

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Kedaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 24. Dezember 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnementspreis: pro Annahmeort 1,10 Mk., monatlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustriertem Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Ostpreußen, Ungarn u. Rumänien, für das übrige Ausland 8 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erste Ausgabe außer Montags.

#### Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsgelaltene Zeile oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengrüße und Schlußzeilen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

## Entlarvte Geheimbündler.

Die Razzia auf russische Verschwörer, die vor einigen Wochen mit so großem Tam-Tam eingeleitet wurde und die dann in dem famosen Waffen- und Papierfunde in der Pantstraße ihren glorreichen Triumph erlebte, hat auch den Kandidaten der Medizin Trofimoff und den Schriftsteller Strelchow wegen Geheimbündelei resp. Verstößen gegen die Bestimmungen des Vereinsgesetzes auf die Anklagebank gebracht. Heute fand nun vor der siebenten Strafkammer die Verhandlung statt. Und das Ergebnis der Haupt- und Staatsaktion? Wenn je ein freiherrlicher Berg ein Käuslein gebirgt, so diese Anklage wegen Geheimbündelei!

Der Inspirator und Kronzeuge der Staatsanwaltschaft, Kriminalkommissar v. Arnim, der Dezernent für den Uebervachungsdienst der Russen, hatte mit wachem Ameisenfleiß Hälmschen um Hälmschen zum Beweis dafür zusammengetragen, daß Trofimoff der Leiter eines gefährlichen Terroristenbundes sei, der an den friedlichen Gewässern der Spree sein polizeischeues, verbrecherisches Untwesen treibe. In der Anklageschrift wurde mit Bedeutung darauf hingewiesen, daß unter den auf der Wahlstatt, d. h. auf dem Fußboden des Zimmers, in dem die aufgelöste Geheim-„Versammlung“ stattgefunden, auch ein Fehler Papier gefunden worden sei, das den Namen Mirski getragen habe, also eines Mannes, bei dem man einen Koffer mit doppeltem Boden gefunden haben will. Und Herr v. Arnim erklärte dann in der heutigen Verhandlung als Zeuge, daß die sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands zwar „offiziell“, d. h. in ihrem Programm und ihren Proklamationen den Terror verwerfe, daß aber der schreckliche Pantstraßenfund beweise, daß die Mitglieder der genannten Partei, zu denen Trofimoff nach Ausweis der von ihm stammenden Einladungen usw. gehöre, dennoch eine höchst gefährliche Gesellschaft sei. Leider wurden vom Vorsitzenden diese interessanten „Expositionen“, als was sie der Vorsitzende selbst bezeichnete, unterbrochen. Leider, denn sonst hätte man noch die wunderbarsten Kombinationen erleben können. Herr v. Arnim, der Dezernent für Russen-sachen, gab nämlich gleich darauf einen kleinen Beweis dieser erstaunlichen Kombinationsgabe. Er schilderte den Schriftsteller Strelchow als höchst gefährliches Individuum, sei er doch Mitarbeiter der — „Sozialistischen Monatshefte“, habe doch die Moskische „Freiheit“ Artikel von ihm gebracht! Die Verteidiger stellten sogleich durch ein unbarmerziges Inquisitorium fest, daß Herr v. Arnim nicht wußte: erstens, daß Mosk seit 2 1/2 Jahren verstorben ist, zweitens welchen Inhalt die fraglichen Artikel der Moskischen „Freiheit“ hatten, und drittens, ob es sich nicht etwa nur um Zitate gehandelt habe, gegen die am Ende nur polemisiert wurde.

Nach solchen Proben erklärt es sich, daß das Gericht auf alle Pantstraßen- und Terroristenkombinationen des Herrn v. Arnim keinerlei Gewicht legte, ja daß es unter ausdrücklicher Desavouierung des in derselben Richtung sich bewegenden „unglücklichen“ Konstruktionsversuchs der Anklageschrift von der Annahme ausgingen zu wollen erklärte, daß Trofimoff, ebenso wie seine Partei, die russische Sozialdemokratie, Gegner des Terrors sei.

Von der Anklage blieb also nur so viel bestehen, daß Trofimoff als Sekretär einer ausländischen Ortsgruppe der sozialdemokratischen Partei Russlands eine polizeilich nicht angemeldete „Versammlung“ abgehalten habe, in der Strelchow, dessen Zugehörigkeit zu irgend einer Gruppe überhaupt nicht zu erweisen war, einen staatswissenschaftlichen Vortrag gehalten hatte. Wobei zugegeben wurde, daß dieser Vortrag einen durchaus akademischen, „rein doktrinären“ Charakter getragen hatte!

Und wegen der Teilnahme an dieser fürchterlichen „geheimbündlerischen“ Aktion waren nicht nur sämtliche Teilnehmer der Ausweisung verfallen, sondern Trofimoff mußte auch, bevor man ihn, dem in achten Semester Studierenden auswies, noch wegen Geheimbündelei prozessiert werden. Und da man selbstverständlich Fluchtverdacht annahm, wurde der Geheimbündler auch noch so und so viele Wochen eingesperrt und trotz des Angebots einer Kaution nicht auf freien Fuß gesetzt!

Aber der Prozeß war nicht allein deshalb interessant, weil er den Zusammenbruch der Geheimbündelanlage und der verwegenen Terroristenkombinationen darstellte, sondern mehr noch wegen der Feststellung der völligen Vogelfreiheit russischer Gäste, speziell auch russischer Studierenden! Trofimoff und sein Verteidiger behauptete und bewies, daß russische Studierende sich bereits durch die Bekundung des leisesten politischen Interesses ans Messer liefern. Sobald sie eine sozialdemokratische Zeitung lesen, eine Volksversammlung besuchen, russische Verhältnisse, ja gesellschaftliche Verhältnisse ganz allgemein erörtern, machen sie sich „lästig“, werden sie ausgewiesen, relegiert und weiter benutzert. Durch dieses unerträgliche Uebervachungs- und Denunziationssystem würden die Russen geradezu gezwungen, auch die harmlosesten Zusammenkünfte der Kenntnis der Polizei zu entziehen!

Der Vorsitzende meinte, er könne ja den Russen das politische Interesse nachsühlen, aber da sie Gäste Deutschlands seien, müßten sie auch die deutschen Gesetze respektieren; täten

...daß, so lege ihnen in Deutschland kein Mensch etwas in den Weg.

Leider vertritt sich dieser liebenswürdige Optimismus so gar nicht mit der rauhen Polizei- und Universitätspraxis. Die Polizei praxis ist derart, daß sie selbst das Kopfschütteln des Staatsanwalts und des Vorsitzenden hervorgerufen geeignet ist. Der Vorsitzende war offenbar des guten Glaubens, daß zwar die bei „Geheimbündelei“ Betroffenen wegen ihrer Nichtachtung des preussischen Vereinsgesetzes die gerechte Strafe der Ausweisung treffe, nicht aber Personen, die sich ohne Gesetzesübertretung politisch zu unterrichten suchten. Aber die Verteidigung stellte sofort fest, daß jeder Russe ausgewiesen und relegiert wird, der sich „lästig“ macht. Und Herr v. Arnim weigerte sich unter Berufung auf das Amtsgeheimnis beharrlich, einmal zu definieren, was denn er unter diesem kauschurartigen Begriff alles verstehe! Leider lehnte auch der Gerichtshof den Antrag der Verteidigung ab, bei der vorgelegten Behörde des Herrn Kommissars für ihn die Ermächtigung auszuwirken, doch einmal darzulegen, was ein Russe eigentlich überhaupt tun darf, um nicht Gefahr zu laufen, von Herrn v. Arnim unter die „Lästigen“ rubriziert zu werden!

Nicht minder interessant waren die Bekundungen eines anderen Zeugen, des Universitätsrichters Geheimrats Daude. Der Herr verweigerte die Beantwortung der meisten Fragen der Verteidigung, indem er sich auf sein Dienstverhältnis, auf die inneren Beschlüsse der Universität und des Ministeriums berief. Da er aber auf alle Fragen, für die er harmlose Erklärungen abgeben zu können glaubte, antwortete, ließ die jedesmalige Verweigerung einer unbehaglichen Frage die nötigen Schlüsse zu. Ueber die Verbindung zwischen Polizei und Universität wurde nur soviel bekannt, daß die Polizeibehörde jedesmal die Universität schleunigst von der Ausweisung in Kenntnis setzt, damit die Ausweisung auf der Ermittelung gewissenhaft vermerkt werden kann. Diese „Empfehlung“ nicht nur für andere deutsche, sondern auch für russische Universitäten wird aber noch interessanter dadurch, daß der Grund für die „Löschung“ der Immatrikulation nicht nur auf der ersten Seite der Ermittelung vermerkt wird, sondern auch noch zum zweiten Male unter genauer Angabe der polizeilich mitgeteilten Ausweisungsgründe im Führungsattest! Auf die Frage, warum man den Universitätszeugnissen so sorgfältig die polizeilichen Informatoren einverleihe, verweigerte der Herr Geheimrat die Auskunft! Ebenso hüllte er sich in den Mantel des Amtsgeheimnisses, als er befragt wurde, aus welchen Gründen er denn russische Studierende bei ihrer Immatrikulation davor gewarnt habe, die von russischen Studierenden in aller Öffentlichkeit errichtete Veschalle zu besuchen! So ergab die Beweisführung, daß Polizei und Universität in trauester Gemeinschaft die Uebervachung russischer Studierenden ausüben und ebenso gemeinsam jeden Versuch gegen die wohlmeinende Vormundschaft durch Ausweisung, Relegation und Stigmatisierung des „lästigen“ Gewordenen ahnden!

Ein wunderbares Kulturbild! Daß die preussische Polizei den Organen Nikolaus' des Blütigen jeden möglichen Liebesdienst erweist, ist zwar für einen mitteleuropäischen Kulturstaat alles eher als eine Ehre, aber immerhin im Charakter „preussischer Traditionen“. Daß aber auch die Universitäten dem gehegten russischen Freiwild, den Anhängern der politischen Ideale europäischer Zivilisation, noch extra den polizeilichen Lechtungsstempel aufbrennen, ist eine Schmach für die deutsche Kultur!

Der „Geheimbund“ der Anklage hat sich nämlich verflüchtigt. Die Strafe — 6 Wochen Gefängnis für Trofimoff, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt erachtet wurden, und 10 M. Geldstrafe für Strelchow — beweist das zur Genüge. Dafür ist ein anderer Geheimbund umso drastischer erwiesen worden: der Bund der preussischen Polizei mit den polizeisichergewordenen Vätern, der Geheimbund zwischen der russisch-borussischen Polizei und unseren Universitätsbehörden!

## Ein Anfang vom Ende?

Die bremischen Volksschullehrer haben in den letzten Jahren oft und in ähnlicher Weise von sich hören und reden gemacht. Im Mai 1905 sprachen sie sich als erste Lehrerkorporation in Deutschland in einer klaren, ungewöhnlichen Resolution für die Beseitigung des Religionsunterrichts aus. Sie begnügten sich aber nicht mit der einfachen Forderung, sie begründeten sie auch in einer Denkschrift mit so schlagenden und triftigen Gründen, daß das Aufsehen, das diese Denkschrift machte, und die Zustimmung, die sie insbesondere von der Parteipresse erfuhr, wohl berechtigt waren. Zur weiteren Befestigung und Vertiefung ihrer Bestrebungen gaben sie vom Juni 1905 an neben dem alten langweiligen Bremer Schulblatt ein eigenes „Organ für freireligiöse Erziehung in Haus und Schule“ heraus, das sie nach altbremischer Tradition „Roland“ nannten. Es kam ihnen dabei wohl hauptsächlich auf die Inskription auf dem Schilde des bremischen Rolandsbildes an, die lautet: „Wahrheit

Auf der letzten deutschen Lehrerversammlung in München, also auf einer weit sichtbaren Tribüne, brachten die bremischen Lehrer ihre radikalen Prinzipien in der Religionsfrage wiederum mit Unerschrockenheit zur Geltung, so daß die offenen Kerikalen und die heimlichen liberalen Dunkelkammer abwechselnd Ach und Weh schrien. Und die letzte rühmliche Tat der bremischen Volksschullehrer war ihr hartnäckiger und schließlich siegreicher Kampf gegen einen orthodoxen Schulinspektor in Bremen.

Bei allen diesen Kämpfen handelte es sich mehr oder weniger um einen Sturmangriff gegen religiöse Reaktion und liberale Mädelerei, ein Kampf, der von jeher in Bremen guten Boden gefunden hat. Aber es mischten sich auch andere Elemente mit in den Kampf. So standen die bekannten pädagogischen Reformers Gansberg und Scharrelmann von vornherein mit im Vordergrund der Bewegung, so klangen aber auch politische Untertöne mit hinein. In der ersten Zeit scheint man freilich darauf weniger geachtet zu haben, weil der Kampf um den Religionsunterricht die Aufmerksamkeit zu sehr auf sich lenkte. Aber nachdem dieser Kampf zu einem vorläufigen Ende gelangt ist, konnte man aus dem „Roland“ mit um so größerer Deutlichkeit auch seine politischen Grundzüge herausgehören.

Dabei handelte es sich vernünftigerweise nicht um irgend ein neues politisches System. Worauf es dem „Roland“ in politischer Beziehung ankam, war zweierlei: er wollte zunächst die Abhängigkeit der Schule und der Pädagogik von den treibenden wirtschaftlichen und politischen Faktoren der Zeit in die richtige Beleuchtung rücken, und er wollte ferner, als eine einfache Folgerung dieser Tendenz einer so durchaus volks- und schulfremdlichen Partei wie der Sozialdemokratie zum mindesten die Gleichberechtigung innerhalb der Lehrerschaft erkämpfen. Bekanntlich ist ein Lehrer heutzutage lieb' Kind bei der Behörde, wenn er ein konservativer Agitator ist, man duldet es auch noch — besonders in der gegenwärtigen Zeit der Blodpolitik — daß er sich im liberalen Sinne betätigt; aber man wirft einem Lehrer kurzerhand zum Tempel hinaus, wenn er sich öffentlich zur Sozialdemokratie bekennt. Der Bremer „Roland“ hatte die vollendete Unsinntigkeit dieser preussisch-deutschen Maxime erkannt, ganz abgesehen davon, daß die bremischen Volksschullehrer einen praktischen Ansehungsunterricht dadurch gewonnen, daß sie bei allen ihren ernstlichen Kämpfen nur die bremische Arbeiterchaft stets rückhaltlos auf ihrer Seite hatten!

Jetzt ist es aber wegen dieser Grundzüge auch innerhalb der radikalen bremischen Lehrerschaft zu einer ernstlichen Krise gekommen. Ein Zeit der Schulreformer, besonders die vorwiegend feuilletonistisch tätigen, ökonomisch und politisch gar nicht gekulten Gansberg und Scharrelmann, haben sich zwar die praktische Unterstützung der bremischen Sozialdemokratie gern gefallen lassen. Als aber die bisherigen eigentlichen Führer der bremischen Bewegung, die Lehrer Sonnemann und Holzmeier, von denen ersterer der Redakteur des „Roland“, letzterer sein wichtigster Mitarbeiter war, bei ihrer grundsätzlichen und entschiedenen Vertretung der Tendenzen des „Roland“ mit besten vorrätigen Hamburger Verleger, Alfred Janßen, zusammenstießen, stellten sich die Feuilletonisten Gansberg und Scharrelmann nicht Schulter an Schulter neben ihre tapferen Kollegen, sondern sie traten als prinzipienlose Rechnungsträger auf die Seite des Verlegers. Herr Janßen hatte der Redaktion stimmungselnd vorgehalten, daß ihm „die Hinneigung zur Sozialdemokratie, die materialistische Geschichtsauffassung, die Abneigung gegen Religion“ nicht passe und daß er aus diesem Grunde nicht länger Lust habe, Opfer für das Unternehmen zu bringen. Die Redaktionskommission des „Roland“ hätte einmütig dem Verleger, der in so unerhörter Weise seine Kompetenzen überschritt und den „Roland“ auf des Niveau irgendeiner beliebigen Zeitschrift niederdrücken wollte, die Türe weisen müssen. Statt dessen knickte die Mehrheit der Redaktionskommission, bestehend aus Gansberg und den Brüdern Heinrich und Wilhelm Scharrelmann, vor dem Nachtworte des Verlegers zusammen und drängte statt des Verlegers den bisherigen zickelaren Redakteur Sonnemann und den verdienten und opferbereiten Holzmeier hinaus.

Wie Sonnemann in einer Zuschrift an unser Bremer Parteiblatt mitteilt, haben er und Holzmeier in der Redaktionskommission den Standpunkt vertreten, daß die Pädagogik von den ökonomischen, sozialen und politischen Verhältnissen unzerrennlich sei. Demgegenüber haben die übrigen drei den bornierten Standpunkt verteidigt, daß die Pädagogik mit der Politik gar nichts zu tun habe. Holzmeier verteidigt dieser Aeußerung auf die jüngsten Schulkämpfe in Preußen. Er hätte auch darauf hinweisen können, daß gerade Gansberg die enge Zusammengehörigkeit von Pädagogik und Politik bereits am eigenen Leibe hat spüren müssen, als er im letzten Sommer vom bremischen Disziplinargerichtshof zu einem Verweis und zu 200 M. Geldstrafe verurteilt wurde, wobei die Urteilsbegründung betonte, daß das Gericht schorf daran gewesen wäre, den bremischen Staat von einem Beamten zu befreien, „der in derartiger Weise seine vorgelegte Behörde und gegen die Schulverhältnisse in Bremen zu Felde zieht.“ Gansberg hatte damals in einer ersten tapferen Aufwallung dem bremischen Senat sein Amt vor die Füße geworfen. Aber er ließ sich rasch überzeugen, daß er im Interesse der bremischen Schule sein Lehramt beibehalten müsse. Dieses klägliche Zurückweichen enttäuschte damals schon alle charaktervollen Elemente in der bremischen und außerbremischen Lehrerschaft.

Jetzt hat Gansberg vor aller Welt bekundet, daß er nur seiner innersten Natur gefolgt ist, als er in diesem Sommer kein Beigab. Und so wie er selbst eine Sünde wider den heiligen Geist begangen hat, so ist er nunmehr auch eifrig bemüht, den übrigen radikalen Lehrern Bremens dieselbe Selbstentmündigung zugumuten. Sonnemann hat die Redaktion des „Roland“ niedergelegt, weil er sich von dem kapitalistischen Verleger nicht seine Ueberzeugung modeln lassen will, Gansberg aber hat keinen Anstand

genommen, in das von Sonnemann verschmähte Joch zu kriechen. Er wird in Zukunft den „Roland“ so redigieren, daß Herr Janssen in Hamburg damit zufrieden ist. Von einer Hinnahme der Sozialdemokratie wird man fürderhin im „Roland“ nichts mehr hören, denn Sonnemann und gar erst Scharrelmann „neigen“ nicht zur Sozialdemokratie. Man wird auch vom Wesen der materialistischen Geschichtsauffassung im „Roland“ nichts mehr erfahren, denn die Sonnemann und Scharrelmann verstehen selbst nichts davon. Und in der Religionsfrage wird man nicht so dorb und unhöflich zupacken, wie es Sonnemann, Holzmeier und Serielmann zu tun gewohnt waren, sondern man wird zupack Glacéhandschuhe anziehen und in dem bekannten ästhetisch-verschwommenen Tone, der niemand wehthut, über die religiösen Probleme faldbadern.

Für die größere Öffentlichkeit, insbesondere für die Klassenbewußte Arbeiterklasse hat der „Roland“ damit sein bisheriges Interesse verloren. Jetzt muß es sich darum handeln, ob die radikale bremische Lehrerschaft sich für Sonnemann und Holzmeier, ihre bisherigen zielbewußten und aufrechten Führer in allen grundsätzlichen und ersten Fragen, entscheidet, oder ob sie den schönrednerischen, prinzipienlosen Feuilletonisten Wandberg und Scharrelmann folgt. Im letzteren Falle wäre es mit der führenden Stellung der bremischen Lehrerschaft, die sie sich in den letzten Jahren in der fortschrittlichen Lehrerbewegung zu erringen verstanden hat, vorbei, die „Roland“-Krisis wäre dann der Anfang vom Ende einer hoffnungslos und tatenlos-strömung der zeitgenössischen Lehrerbewegung. Sehr bald würde dann die bremische Lehrerschaft wiederum ein so gleichgültiges Glied in der liberalen Lehrerschaft Deutschlands sein wie sie es früher gewesen ist. —

## Der fünfte Tag.

In vorgerückter Nachmittagsstunde wurde am Montag den im Vestibül des Kriminalgerichtsgebäudes zu Roabit hoffnungslos wartenden Journalisten die Ankündigung zu teil, daß die Öffentlichkeit wieder hergestellt worden sei. Zwei Stunden durften sie darauf noch zuhören, wie zwei Zeuginnen und ein Arzt zu dem Thema vernommen wurden, ob die Frau v. Elbe glaubwürdig ist oder nicht. Schließlich bekamen sie noch zu hören, daß der Professor Schweningher nebst Gemahlin in München kommissarisch vernommen werden sollen.

Die wichtigen Sachverständigenurteile, die nach der Versicherung des Gerichtsberichts in der geheimen Sitzung erstattet worden sind, durften die Vertreter der Presse nicht hören. Obgleich es ihnen sicherlich nicht eingefallen wäre, sie der Öffentlichkeit in einer Form mitzuteilen, daß die Mitteilung eine unzüchtige Handlung dargestellt hätte. Die Sorge um die Sittlichkeit des deutschen Volkes ist arg groß, und das Gericht tut offenbar lieber zutiel als zu wenig.

Anfolge dieser ängstlichen Sorge ist die Presse denn auch heute nicht in der Lage, bestimmt anzugeben, ob das Gerücht, die Frau v. Elbe und der Gutachter Dr. Hirschfeld seien am Montagnachmittag umgefallen, begründet ist. Der Bericht muß sich mit dem vorsichtigen Worte „soll“ jaldieren, und die Mitteilung verliert so bedeutend an Wert. Jedenfalls ist große Feierde geboten, denn der eine Teil dieses Gerüchts, daß Frau v. Elbe manche ihrer Aussagen im Schöffengerichtsprozeß abgeschwächt oder umgedeutet habe, erscheint durch das in der Öffentlichkeit hervortretende eifrige Bestreben des Oberstaatsanwalts, die Glaubwürdigkeit der Zeugin v. Elbe zu erschüttern, nicht gerade bestätigt zu werden. Der Unfall Dr. Hirschfelds aber wird gewissermaßen als die Folge des Unfalls der Frau v. Elbe und der Erschütterung ihrer Glaubwürdigkeit hingestellt. Daß ein Unfall Hirschfelds für Politik sehr viel wert ist, bedarf keiner näheren Darlegung, daß Herr Hirschfelds Ansehen dadurch nicht vermehrt wird, desgleichen nicht. Dagegen helfen alle Beschönigungen der Herren nicht.

Nach den Dispositionen, die der Vorsitzende am Schluß der Verhandlungen traf, ist nicht ausgeschlossen, daß der Prozeß bis ins Jahr 1908 hinein dauert.

## Der Ausgleich perfekt!

Aus Wien wird uns geschrieben:

Man hat auch das Herrenhaus seinen Beschluß gefaßt, und so ist der Ausgleich zwischen Oesterreich und Ungarn erledigt! Zwar muß im ungarischen Abgeordnetenhaus das Gesetz über die Quote noch gegen die kroatische Lotzerei verteidigt werden, aber da die Generaldebatte am Donnerstag bereits geschlossen wurde, so steht der rechtzeitige Abschluß nicht mehr in Zweifel. Am 1. Januar werden die neuen Verträge, welche das wirtschaftliche Verhältnis beider Staaten bestimmen, in Oesterreich und in Ungarn Gesetz sein. Eine Periode zehnjähriger Wirren und schwerer Krisen schließt damit ab, und wie immer sich die Sachlage nach zehn Jahren gestalten wird — für ein Jahrzehnt jedenfalls ist die Zollvereinheit beider Staatengebiete festgestellt und unerschütterbar. Daneben treten alle dualistischen Fragen und Sorgen weit zurück.

Um den Ausgleich bewegte sich seit zehn Jahren die Politik in beiden Staaten, und die Irrungen und Wirrungen, die dieses Dezennium österreichisch-ungarischer Geschichte ausmachten, haben ihren letzten Grund in den Ausgleichsschwierigkeiten. Um sich für seinen Ausgleich die Majorität zu sichern, erließ Wadani die berüchtigten Sprachforderungen, durch welche die Jungtschechen, damals die tschechische Hauptpartei, ins Reich der Regierungsparteien gefördert werden sollten und von denen der Auflösungsprozeß des Kurienparlamentes datiert. Ueber den Ausgleich fiel das erste Kabinett Gausch, an ihm verblutete sich das Ministerium Thun, und an den ungarischen Wirren zerbrach sich des begabten Körbers Regierung.

Ein anderer Ausgleich hätte dem Parlament des allgemeinen Wahlrechtes auch nicht zugemutet werden, und ein anderes Parlament als das, trotz seiner vielen Kinderkrankheiten im Mark gesunde Volkshaus hätte die in Verruf gekommene Ausgleichsarbeit auch nicht ans Ziel tragen können. Während des Kampfes um die Wahlreform war es das Hauptargument der Volksfeinde: das demokratische Parlament werde unfähig sein, den großen und unpopulären Staatsnotwendigkeiten gerecht zu werden. „Wer wird für den Ausgleich stimmen, wenn die braven Großgrundbesitzer mangeln werden?“ so schallte es der Krone entgegen, die die „Bewegtheit“ besaß, sich auf das „Abenteuer“ des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes einzulassen. Und ohne die Wahlreform wäre der Ausgleich unmöglich gewesen: denn erstens hätte die Regierung einen so guten Vertrag nicht heimgebracht, als sie ihn jetzt erstellte, da sie in den Verhandlungen mit Ungarn die Rückstufung auf das neue Haus nicht außer acht lassen durfte; zweitens haben die Privilegienparteien der Fähigkeit ermangelt, sich über die schädigste

Demagogiepolitik zu erheben, eine die Gesamtheit berührende Frage vom Standpunkte der Gesamtinteressen zu werten. So erhärtete der Ausgleich die alte Wahrheit, daß die schöpferische Kraft, die fruchtbarste Energie in unserer Zeit nur der Demokratie gegeben ist. „Grafen haben es verdröben, Bureaokraten haben es nicht verstanden“, so sagte ein bürgerlicher Abgeordneter in der Debatte, „aber die Demokratie hat es zuwege gebracht!“

Die Sozialdemokraten haben für den Ausgleich, wie selbstverständlich, nicht gestimmt, aber ebenso selbstverständlich haben sie es unterlassen, ihm irgend welche besondere Schwierigkeiten zu machen. Sie haben sogar dazu beigetragen, ihn auf das Geleise der parlamentarischen Verhandlung zu führen. Wie feinergeit dargelegt, konnte er auf die Tagesordnung nur im Wege eines Dringlichkeitsantrages gelangen, zu dessen Bejahung aber nach der Geschäftsordnung eine Zweidrittelmehrheit notwendig ist. Dafür, daß er verhandelt werde, hat nun auch unsere Fraktion gestimmt, was ebenso durch die parlamentarischen Verhältnisse geboten war, als es in der Sache selbst begründet liegt. Ist doch der Ausgleich, der die Zollvereinheit mit Ungarn verbürgt, ein Vertrag zum Freihandel, also eine mildere und Abschwächung der Ausschreitungen des Zollschutzes, die in dem Zolltarif gegenüber dem Auslande vorliegen. Und aus ihrer Klassenlage sind die Arbeiter die überzeugtesten Anhänger dieser Zollvereinheit: an ihr beteiligen als Produzenten, die den ungarischen Markt für die österreichische Industrie erhalten wollen, und als Konsumenten, die die ungarische Lebensmittelproduktion nicht entbehren können. Weitens bessere Anhänger und bessere Stützen als die „Patrioten“, die in der Zollvereinheit nur ein Bedürfnis der Großmachtstellung wahrnehmen und erfüllt sehen wollen.

Was kann nun das Ergebnis der kommenden zehn Jahre sein? Ist das, was jetzt vereinbart wurde, wirklich — wie die Ungarn meinen — ein Trennungsausgleich? Der letzte Ausgleich also, dem die Trennung unabdingbar und automatisch nachfolgt wird? Das ist nicht wahrscheinlich. Es mag kommen, daß der Verkehr zwischen Oesterreich und Ungarn eine Zwischenzolllinie zu überwinden haben wird, aber diese „Zolllinie“ wird immer mehr eine politische als eine wirtschaftliche Einrichtung sein. Was heute zur Aufrichtung der Zollbarrieren drängt: das Bedürfnis Ungarns, sich eine eigene Industrie zu schaffen, wird bald gegen sie streiten; denn die Schaffung einer Industrie geht heute von der Groß- und Massenindustrie aus, und die ist ohne ein größeres Wirtschaftsgebiet nicht zu begründen, ist innerhalb eines begrenzten Gebietes und einer rückständigen Wirtschaft nicht möglich. Also wird Ungarn auf den österreichischen Markt so angewiesen sein, wie Oesterreich auf den ungarischen. Je mehr sich beide Wirtschaftsgebiete ökonomisch einander nähern, desto leichter wird der Ausgleich ihrer Interessen sein. Um so mehr, als in den kommenden zehn Jahren die staatliche Kraft Ungarns sicherlich nicht stärker werden wird. Das allgemeine Wahlrecht, dessen Einführung keine Hinterlist vereiteln kann, wird in Ungarn ebenso die Macht der herrschenden Klassen wie die der herrschenden Nation schwächen; damit wird aber der sogenannten Unabhängigkeitsbewegung der eigentliche Stützpunkt entzogen. Neue Formen werden entstehen, aber die Kraft der wirtschaftlichen Entwicklung wird in ihnen allen ihren Ausdruck finden.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Dezember 1907.

### Meinungsfreiheit.

Unsere Meldung von der Wahregelung des Narburger Universitätsprofessors Schäding wird heute auch vom „Berl. Tagebl.“ bestätigt. Schäding ist Mitglied der freisinnigen Vereinigung und man kann begierig sein, was die Regierungspartei gegen das Attentat auf die freie Meinungsäußerung unternimmt. Schäding ist gemäßigter worden, weil er Gegner der preussischen Polenpolitik ist. Er hat dieser Gegnerschaft in einer Weise Ausdruck gegeben, die sich durchaus innerhalb der gesetzlichen Schranken gehalten hat; denn sonst wäre sicher die Staatsanwaltschaft eingegriffen. Die Regierung mißbraucht also ihre Disziplinarrecht, um den Professoren noch engere Schranken für ihre Meinungsäußerungen zu ziehen als den übrigen „Untertanen“. Dabei begnügt sie sich nicht damit, sich in die eigentliche Behörde einzumischen, sondern sie verlangt von den Angehörigen, die sich zu preussischen Universitätsprofessoren hergeben, auch außerhalb der Hörsäle den Verzicht auf Heberzeugung. Tun sie es nicht, so werden sie verwahrt! Außerhalb Preußens würde es natürlich ein Riesengelächter erregen, wenn so eine gleichgültige und vorübergehende Erscheinung wie ein preussischer Duzendminister einen Gelehrten „verwarren“ würde. Herr Halle, von dessen Ertübnis vor seinem Amtsantritt die meisten Leute keine Ahnung hatten, kann sich aber das Recht herausnehmen, Gelehrte, die ihrer Heberzeugung Ausdruck geben, zu scharfzeln — und in Preußen nehmen das die Universitäten — die Stätten der freien Wissenschaft — mit allem gebührenden Respekt auf. Irren wir nicht, so besteht eine Professorenvereinigung, die sich die Wahrung der Rechte der Universitätslehrer zur Aufgabe gemacht hat. Wir sind wirklich begierig, ob die Herren sich gegen diesen Eingriff in die Rechte eines der ihrigen energisch zur Wehr setzen werden.

Die liberalen Blätter sind vorläufig sehr zurückhaltend. Glauben sie denn noch immer ihren Lesern weismachen zu können, daß der Abgang Studts das preussische Unterdrückungssystem im geringsten erschüttert habe? —

### Mißbrauch von Vereinslisten.

Durch die Spruchpraxis des Kammergerichts sind die Gewerkschaften bekanntlich den Bestimmungen des § 2 des Vereinsgesetzes unterworfen und somit verpflichtet, der Polizei ein regelmäßig zu ergänzendes Mitgliederverzeichnis einzureichen. Wie diese Bestimmung zugunsten des Unternehmertums angewendet, wie von der Polizei solche Listen den Unternehmern in die Hände geliefert werden, ergab wieder drastisch eine Strafammerverhandlung zu Göttingen, in der sich Genosse Edmund Graf aus Sangerhausen (Vizepräsident des Deutschen Bergarbeiterverbandes) wegen Aufreißung verschiedener Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander (§ 130 des Strafgesetzbuchs) zu verantworten hatte. Der Anklage lagen Anzeigen zu grunde, die Genosse Graf in einer Rede über „Die Polizei im Dienste des Unternehmertums“ am 17. Oktober im Schützenhause gehalten hatte. Diese Versammlung war veranstaltet zum Protest gegen eine Beeinträchtigung des Koalitionsrechts. Die Arbeiter der Schwertspatfabrik in Lauterberg, die geschlossen dem Bergarbeiter-Verbande der Polizei waren, hatten gegen den Terrorismus des Gebiets und der Polizei einen harten Stand. Die junge Organisation sollte aus diesem Ausbeutungsparadiese durchaus vertrieben

werden. Dabei fand man natürlich die Behörde sofort kassibereit. Der Landrat des Kreises Duderstadt verhoffte sich, von der Sohamer Polizei eine Liste der Lauterberger Mitglieder des Bergarbeiter-Verbandes, und mit dieser Liste entfiende er strads einen Gendarmen in die Fabrik, wo dieser nun im Goldenen Verein mit dem Herrn Arbeiter, die Arbeiter zur Rede stellte, ob sie Mitglieder des Bergarbeiterverbandes seien. Als nur 6 von 36 Arbeitern zuzückten, hielt er den übrigen keine Liste vor die Augen: „Ihr (!) steht aber auch drin!“ Der Gendarm — Nachtmesser Böhm — verweigerte in der Verhandlung die Auskunft, zu welchem Zwecke diese 36 Mitglieder verzeichnet besorgt worden sei, und zwar berief er sich auf Anraten des Staatsanwalts auf sein — „Amtsgeheimnis!“ Ein merkwürdiges Amtsgeheimnis, dessen sich der Beamte erst erinnerte, als er sich eines demunzistorischen Verrats des Amtsgeheimnisses öffentlich verantworten sollte!

Der Angeklagte Genosse Graf legte vor Gericht dar, daß er lediglich seine Verbandskollegen ermahnt habe, sich ihre russischen Kameraden zum Barbild zu nehmen, die trotz aller Greuel und Schikanen gab an ihrer Organisation festhalten. Das Gericht vermochte dem auch zum Glück den russischen Blutbedaktionen des Staatsanwalts nicht zu folgen und sprach den „Angeklagten“ frei. Das Urteil führt aus, daß der § 130 nur von einer Aufreißung verschiedener Bevölkerungsklassen handle, die Polizeibehörde aber keine solche Bevölkerungsklasse sei. Ueberdies stelle das Gericht fest, daß der „Angeklagte“ in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt habe, indem er die dem deutschen Arbeiter durch das Gesetz verdröchten Rechte, besonders das Koalitionsrecht, schützen wollte. Ein nur knapper Pfaster auf die Wunde der Polizei ist es, daß das Gericht Genossen Graf wegen formaler Beleidigung des Gendarmen zu 50 M. Geldstrafe verurteilte. —

### Der Kampf gegen die Turnvereine.

In Preußen bei Zeit besteht ein Turnverein, an dessen Veranstaltungen auch Personen von 14—17 Jahren bisweilen teilnehmen sollen, wie behördlicher Spürsinn festgestellt haben will. Das durfte natürlich nicht gebildet werden. Die Regierung hat daher dem Vorsitzenden mitgeteilt, daß es sich um einen Jugendunterricht handle, für den gemäß der allerhöchsten Kabinettsorder vom 10. Juni 1884 (I) der Nachweis der wissenschaftlichen und sittlichen Befähigung und die Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde zu erbringen ist. Zugleich wurde dem Verein bis zur Weidbringung dieser Erfordernisse, was für „sozialdemokratische“ Vereine natürlich ein Ding der Unmöglichkeit ist, die Zulassung jugendlicher Personen zu den Veranstaltungen sowie die Erteilung von Jugendunterricht an jugendliche Personen oder die Abhaltung von Übungen mit solchen verboten.

Nun besteht aber der Verein schon seit 35 Jahren und hat sich erst im Sommer dieses Jahres dem Arbeiter-Turnverband angeschlossen. So lange er also — 34 1/2 Jahre lang — der deutschen Turnerschaft angehört, hat er ungehindert Jugendunterricht erteilen können, niemand hat von ihm verlangt, die Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde einzuholen, keine Behörde hat gefunden, daß die Mitglieder keine „wissenschaftliche und sittliche Befähigung“ haben. Was 34 1/2 Jahre rechtens war, ist nun — nachdem der Verein aus dem bürgerlichen Lager ausgeschieden ist — plötzlich anders geartet. Und die Sache hat noch einen Haken. Dem bisherigen Vorsitzenden des Vereins, demselben, dem obiges Schreiben zugeht, wurde bei seiner Entlassung aus dem Militärdienst die Befähigung als Unteroffizier zugesprochen. Er ist also „wissenschaftlich und sittlich befähigt“ zum Ausbilden von Soldaten, nicht aber zur Unterweisung jugendlicher Personen. Das ist ein Beitrag für unser „aufgeklärtes“ Jahrhundert.

### Das Urteil gegen den Gouverneur Horn.

Der Disziplinargerichtshof hat am Montag das Urteil gegen den Gouverneur Horn gefällt. Er hat die Entscheidung der Disziplinarkammer vom 4. Mai, die auf Dienstentlassung lautete, dahin abgeändert, daß gegen Horn nur auf Strafverurteilung und eine Geldstrafe von 300 M. erkannt wurde.

Wir werden auf das Urteil noch eingehender zurückkommen. —

### Preußen in der Welt voran!

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ bespricht eine Schrift des Syndikus Dr. Wartens (Dortmund), betitelt: „Zum Kampfe um preussische Wahlrecht“. Die Schrift gibt eine historische Uebersicht über die Entwicklung des parlamentarischen Wahlrechtes in England, Frankreich und Nordamerika sowie in den deutschen Einzelstaaten. Wenn man das preussische Wahlrecht so schreibt das Essener Blatt, auf diese Weise mißt und wägt an den Wahlrechten anderer Zeiten und Länder, wird man die „erstaunliche Beobachtung“ machen, daß in den oben genannten Ländern, die von deutschen Doktrinären immer als Vorbilder der „Freiheit“ gepriesen werden, das Wahlrecht mehr Beschränkungen aufzuweisen hat als in Preußen und Deutschland.

Das ist allerdings eine sehr „erstaunliche Beobachtung“, umso „erstaunlicher“, als die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ auf Grund der Parteilichen Untersuchungen sich gegen „jede Demokratisierung“ des preussischen Wahlrechtes wendet — was doch wohl sagen will, daß das Dreiklassenwahlrecht noch nicht den Gipfel der Demokratie bedeutet.

Weiter findet es das Essener Blatt „merkwürdig“, daß gerade im Westen, den man sonst als politischen Gegenpart dem „reaktionären Osten“ gegenüberzustellen pflegt, in der letzten Zeit sich „die nachdrücklichsten Stimmen gegen die Einführung des Reichstagswahlrechtes in Preußen erhoben haben“.

Das finden wir nun nicht weiter verwunderlich. Denn es ist bekannt, daß ein rheinisch-westfälischer Schloßjunker es an politischer Borniertheit und Brutalität mit jedem ostelbischen Krausländer aufnehmen, ebenso wie es bekannt ist, daß das journalistische Handlangerum der industriellen Scharfmacher im Westen die Sache seiner Vorkämpfer ebenso gut zu führen weiß, wie die Kreuzzeitungsblätter die Sache des Junkertums. Das beweist die „erstaunliche Beobachtung“, daß Preußen bezüglich seines Wahlrechtes allen anderen Ländern, mit Einschluß von Frankreich, England und Nordamerika, voraus ist.

### Christlich-nationale „Gleichberechtigung“.

Die Christlich-nationale Arbeiterbewegung verliedet als ihre Aufgabe die Anerkennung des Arbeiterlandes als vollberechtigtes Glied der bestehenden Gesellschaftsordnung. Wie dieses Programm zu verstehen ist, zeigt ein Artikel des Stöderblattes „Das Reich“, worin Bezug genommen wird auf den Beschluß der Rönberger Stadtbehörde, den Sozialdemokraten die städtische Festhalle für ihren nächsten Parteitag zu überlassen. Das Stöderblatt ist sehr ergrünnt, daß „diese herrliche deutsche Stadt der Sozialdemokratie die Tore städtischer Gebäude öffnet“. Das sei ein „Zeichen für die schlafende Haltung des Bürgertums, das doch niemals die Sozialdemokratie als eine irgendwie gleichberechtigte politische Richtung ansehen sollte“.

Weiter stellt das Blatt eine Rechnung an, wonach es bei äußerster Anstrengung des Bürgertums wohl möglich wäre, den Sozialdemokraten das Nürnberger Reichstagsmandat zu nehmen. Allerdings werde diese Aussicht von Jahr zu Jahr geringer, wenn von Stadt wegen die Sozialdemokratie noch mit einem gewissen Nimbus umgeben werde, wie das durch die Ueberlassung der städtischen Festhalle geschehen sei.

Das schreibt ein Blatt, das sich als hervorragende Stütze der christlich-nationalen Arbeiterbewegung anpreist und infolgedessen die „vollberechtigte Einordnung des Arbeiterlandes in die heutige Gesellschaft“ als seine Aufgabe anerkennt. Man weiß nunmehr, was von der „Gleichberechtigung“ der christlich-nationalen Stöckerlinge zu halten ist, und wenn diese Sorte wieder mal über „sozialdemokratischen Terrorismus“ wüselt, wird man ihr den Nürnberger Artikel des Stöckerblattes vor die Nase halten, der nichts weiter bezweckt, als die gesamte nicht-kerlische Arbeiterschaft mit den schädlichsten Mitteln des Unrechts und der Gewalt zu terrorisieren. —

### Aus dem Oldenburger Landtage.

Die erste Lesung des Etats, die in den letzten Sitzungen stattfand, führte zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen dem Parlament und dem Finanzminister. Bereits vor den Plenarverhandlungen verlautete, daß durch die neue Steuerreform die Einnahmen des Finanzjahres 1908 gegenüber dem Voranschlage um über 1.300.000 M. höher seien und daß aus diesem Grunde der Finanzausschuß eine Erhebung der Einkommensteuer von nur 85 Proz. des veranschlagten Betrages vorschläge. In den Sitzungen des Finanzausschusses wandte sich bereits der Finanzminister gegen eine derartige Herabsetzung und drohte sogar mit dem Verlassen seines Postens, falls der Beschluß zur Annahme gelänge. Daß der Ausschuß eine eventuelle Demission schließlich gar nicht ungern sehen würde, bewiesen die Ausführungen des betreffenden Berichterstatters im Plenum, der wünschte, „daß bei eintretender Bilanz eine Ministerstelle eingezogen würde, da er fürchte, es sei für drei Minister nicht genügend Beschäftigung vorhanden“. Der Minister betonte, daß es besser wäre, statt schon jetzt auf die gesamte Einkommensteuer 15 Proz. nachzulassen, die unteren Steuerstufen im nächsten Jahre mehr zu entlasten. Scharf wandten sich die einzelnen Redner gegen die Anlegung eines derartigen Reservefonds, besonders Genosse H u g führte verschiedene Fälle an, in denen Einkommen, die sonst 10 M. Steuern zöhlten, jetzt etwa das Doppelte entrichten müssen, und verlangte, daß den Arbeitern ihre Beiträge für die beruflichen Organisationen angerechnet werden. Auf eine Anfrage des Genossen H u g über die Stellung der Regierung zu den Steuerprojekten des Reiches und zum Vereinsgesetz erhielt er keine Antwort. Keine Antwort ist auch eine Antwort! Und so darf man sich wohl keine Hoffnung hingeben, daß Oldenburg im Bundesrat gegen seinen „großen Bruder“ Stellung nehmen wird. Im Laufe der Debatte machte ein bürgerlicher Abgeordneter die Bemerkung, daß die Arbeiter jetzt richtig zur Steuer herangezogen würden, die sie ungern bezahlten, aber ohne Murren 40 M. Streikgelde pro Jahr nach Hamburg abführten.

Die Genossen Schulz, Heitmann und Heidler entgegneten ihm und betonten mit Recht, daß, wären die Arbeiter nicht gewerkschaftlich organisiert, sie nicht auf so hoher Kulturstufe ständen. Nach mehrstündiger Debatte beschloß der Landtag nach den Anträgen des Finanzausschusses in namentlicher Abstimmung mit 38 gegen 1 Stimme, daß nur 85 Proz. der Einkommensteuer wie auch der Vermögenssteuer für 1908 erhoben werden, daß die Ausgaben für den Ausbau des Hunte-Ems-Kanals zum Betrage von 300.000 M. zu Lasten der Kanalbaukasse angeliehen und in zehn Jahren abgetragen werden.

Der zweite Tag der Etatsdebatte führte wieder zu scharfen Zusammenstößen zwischen den Sozialdemokraten und den bürgerlichen Abgeordneten. Grund war das Verlangen der Regierung, wie im vorjährigen Etat auch im neuen 5000 M. für einen Beamten der Handelskammer zu bewilligen, der berufen ist, als Wanderredner für die Hebung des Kleinhandels und Handwerkes tätig zu sein, in Wirklichkeit seine größte Aufgabe jedoch darin erblickt, die Konsumvereine zu bekämpfen. Die Genossen H u g und Heitmann wandten sich energisch gegen eine derartige Verwendung von Staatsgeldern. Die Mehrheit bewilligte jedoch auch für das nächste Jahr die 5000 M.

Der Rest des Etats wurde rasch erledigt; man hatte Eile, in die Weihnachtstagen zu gehen. —

### Von einem Schuhmann erschossen.

Aus M ü n c h e n wird uns geschrieben:

Am Sonnabend, morgens kurz nach 2 1/2 Uhr, wurde in der Schellingstraße der 27jährige Student der Chemie Friedrich W o s c h e l von Lambheim, O. A. Frankenthal, von dem Schuhmann Ulrich S c h a u e r erschossen. Nach dem Polizeibericht ging der Student, stark johlend und schreiend durch die Schellingstraße, wurde von den Schulleuten Schauer und Döbler verwarnt und als er mit Beleidigungen antwortete, festgenommen, worauf er Widerstand leistete. Schauer wollte den Säbel ziehen, konnte ihn aber nicht fassen, da sich der Säbel während des Gerausches verschoben hatte. Schauer drohte daher dem Erzebedienten, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen und tat es auch, als der Erzebedient von ihm nicht ließ; der Schuß ging oberhalb des rechten Auges in die Stirne und führte den sofortigen Tod herbei. Woschel hatte am Freitagabend mit einigen Freunden in einer Wirtschaft zusammen gefessen bei einer intimen Weihnachtsfeier. Als er nach Hause ging, trug er ein Christbaumchen in der Hand. Nach Ausgange eines Augenzeugen waren es aber die Schulleute, die den Studenten provozierten. Der Augenzeuge beobachtete genau, wie Woschel von einem der Schulleute „verwarnt“ wurde. Ein Schuhmann ging Woschel nach, rief mehrmals: „Sie! dann rief er den Studenten mit Gewalt von hinten herum. Gleichzeitig rief der Schuhmann dem überwachenden Studenten zu: „Sie können Sie mich ins Gesicht schlagen? Woschel erklärte darauf: „Ich habe Sie nicht geschlagen, reißen Sie mich nicht so herum. Der Schuhmann ließ dann Woschel gehen. Ich glaube, erzählte der Augenzeuge weiter, den Fall damit erledigt und ging etwa 20 Schritte weiter, da hörte ich jemanden singen: „Lustig sein, fröhlich sein.“ Der Sänger war, wie ich später bemerkte, Woschel. Ich kehrt um, um die Schulleute, deren schroffes Auftreten mir aufgefallen war, weiter zu beobachten. Die Schulleute hielten, als ich hinam, Woschel bereits in ihrer Mitte und rissen ihn kräftig herum, was sich Woschel nicht gefallen ließ. Es kamen einige andere Herren hinzu, die die Schulleute fragten, was denn los sei. Einer der Schulleute antwortete: „Widerstand gegen die Staatsgewalt. Ich gestalte mich zu diesen Herren, erzählte ihnen meine erste Beobachtung und bemerkte, da sei es kein Wunder, wenn ein Widerstand provoziert würde. Die Schulleute waren mit Woschel inzwischen vorwärts gegangen, plötzlich sahen wir, daß Woschel auf dem Boden lag und schrie: „Lassen Sie mich los! Es hatten sich auch einige Leute angefangen, die ebenfalls den Schulleuten zuzurufen: „Lassen Sie den Mann doch los! Ein Schuhmann aber erhob den Revolver gegen die Zuschauer und rief: „Jurid, oder ich schieße! Alles weg jurid, im nächsten Moment brachte ein Schuß und Woschel lag als Leiche auf dem Boden. — Der Schuhmann Schauer, der Revolverheld, verstand dann sofort vom Schauspiel, auf dem sich selbstverständlich eine starke Menschenmenge ansammelte.

Die Staatsanwaltschaft hat gegen den Schuhmann Schauer das Verfahren wegen Totschlags eingeleitet.

### Rheinschiffahrtsabgaben.

Die badische Regierung nahm soeben Veranlassung, durch den Minister v. B o d m a n n in der Budgetkommission ihre Stellung zur Frage der Rheinschiffahrtsabgaben zu kennzeichnen. Aus dieser Kundgebung darf man schließen, daß Baden im Bundesrat die für das eigene Land schädliche Einführung solcher Verkehrsabgaben so lange belächelt, als die Bedenken ihrer Unverträglichkeit mit der Reichsverfassung nicht beseitigt sind. Bekanntlich verriet die Regierung anlässlich der Beratungen über die Mainkanalisation, daß ihr die Flußschiffahrtsabgaben nicht für alle Zukunft ein Bedürfnis sind.

### Ungarn.

#### Das „Duell“.

Wie glaubten, Czujizminister Polonyi und Ministerpräsident Dr. W e l e r l e würden ein paar Löcher in die Luft schießen. Das ist nun bei dem „Duell“, das die beiden am Sonnabend „ausfochten“, doch nicht geschehen. Sie haben keine Löcher in die Luft geschossen, sondern gehauen. Mit richtigen Säbeln! Es fanden zwei „Gänge“ statt — resultatlos, unblutig. Darauf ward der „Kampf“ eingestellt und die „Gegner“ verabschiedeten sich, ob unter Annäherungen und Küßen, darüber liegen keine Meldungen vor. Mit trennerischer Stimme soll der wädrere Polonyi den beleidigten unter Darreichung seiner biederer Rechten um Verzeihung gebeten haben. Ob das alles richtig ist, wissen wir nicht. Nur soviel steht fest, daß nach diesem „Duell“ beide wieder komplette Ehrenglieder sind: der W e l e r l e und der Polonyi. —

### Frankreich.

#### Die Flucht vor dem Kassierer.

Paris, 22. Dezember. (Fig. Ber.)

Die Deputierten V e s t r e, D e b o z e, J o u r n i e r sind „Possibilisten“. Das heißt sie sind für das Mögliche! Unmöglich aber ist ihnen, die von der Partei beschlossene Deputiertensteuer zu zahlen! So erklären sie wenigstens in einem Brief an den Parteikassierer: Unmöglich aus materiellen, aber auch aus „moralischen“ Gründen. . . Sie befinden sich „in einer bescheidenen Situation“. Sie können mit 12.000 Frank kein Auskommen finden, auch wenn — wie dies in Zukunft der Fall sein wird — die Partei die Wahlkosten der Kandidaten bestreitet.

Noch bedeutender sind die „moralischen“ Erwägungen der Herren: Wenn ein Deputierter Geld bei seinen Kollegen einstößt, so leide darunter die Unabhängigkeit der Partei! Die Herren aber wollen unabhängig sein — vor allem von den beunruhigenden Zumutungen des Kassierers. Weiter sei es unmoralisch, so sagen sie, eine Partei vom Gelde der Steuerzahler zu erhalten. „Moralisch“ aber ist es, das Geld der Steuerzahler ganz für sich zu behalten. . . Die Herren geben allerdings vor, daß diejenigen, die die Erhöhung der Abgeordnetenblüten nicht billigen, eigentlich den Mehrbetrag den Steuerzahlern zurückerstatten müßten! Sie sprechen von Zuweisung an die B o h l t ä t i g k e i t s b u r e a u s, trotzdem die Kammer erst vor einigen Tagen ein Mandat darum für ungültig erklärt hat, weil der Gewählte den Wählern die Rückerstattung der 8000 Frank zu wohlthätigen Zwecken versprochen hatte!

Das Verlangen, daß ein Deputierter des Proletariats etwas für die Sache des Proletariats opfern soll, erscheint ihnen unfittlich! Uebrigens ist es ein übliches Bekenntnis, daß ihnen die Wähler näher stehen als die Partei. — Endlich reden sich die edlen Drei darauf aus, daß die Steuer ungerecht sei. Sie verlangen eine progressive Personaleinkommensteuer in der Partei; solange diese nicht durchgeführt ist, halten sie aus Prinzip die Taschen zu! In diesen Dingen sind sie stark prinzipiell. Sie fühlen sich sogar anderen, die Parteisteuer zahlenden Kollegen stützlich überlegen. . . Sie sprechen von „Strebern“, die der Partei beigetreten seien, weil sie Hoffnungen auf den Sieg haben. Einer solchen Niedrigkeit sind sie nicht fähig. Sie lassen sich von der bloßen Hoffnung auf den Sieg nicht verlocken. Dreitausend Frank in der Hand sind ihnen lieber als ein Sieg von J e g e n w o d e m. Sie sind ja auch Possibilisten.

So scheiden sie aus der geeinigten Partei aus. Zwar rufen sie noch die Entscheidung des Nationalrats an, doch da ihr Brief die Antwort auf ein M i t t a t u m ist, so ist das eine bloße Formalität. Was auch geschehe, so schließen sie, den „Prinzipien des Sozialismus“ wollen sie treu bleiben! Sie möchten sich am Ende sogar von den Parteigenossen wiederwählen lassen. Die heiligen drei Könige mit ihrem Stern, sie essen und trinken und bezahlen nicht gern. —

### Hervé.

Paris, 23. Dezember. Heute beginnt vor dem Schurgericht der Seine der Prozeß gegen den Professor H e r v é wegen seines antimilitaristischen Heldenges. Mit ihm angeklagt sind der Verwalter des Blattes „Guerre Sociale“ sowie zwei Mitarbeiter dieses Blattes. Professor H e r v é ist der Verleumdung von Mitgliedern der Armee beschuldigt, seine Mitangeklagten haben sich wegen Aufreizung von Soldaten zu verantworten. Die Mehrzahl der jetzigen Minister und zahlreiche politische Persönlichkeiten sind als Zeugen geladen.

### Persien.

#### Die Verfassung gesichert!

Der Schah ist freigegeben, auf der ganzen Linie bezwungen, niedergebungen. Er hat die Verfassung auf das Allerheiligste, den Koran, beschworen, und diesen Schwur wird er halten — frei oder unfreiwillig. Ihm hat man keinen Pardon gegeben, er aber erkennt alle vom Parlament gestellten Bedingungen an: zieht sein Militär zurück, verbrennt seine konstitutionsfeindlichen Regimenter usw. — Ueber die Einzelheiten des Vertrages meldet Wolff:

Teheran, 23. Dezember. Dem Parlament ist durch seinen Präsidenten bekannt gegeben worden, daß mit dem Schah folgende Vereinbarung ist: Der Schah willigt in die Verbannung Saad ed Daulah und verschiedener Priester und in die Bestrafung der Personen, welche die Unruhen hervorriefen; er erteilt Ala ed Daulah und seinem Bruder die Urlaubnis zur Rückkehr, er stellt für die Parlamentsgebäude eine Leibwache von 200 Infanteristen, unterstellt alle Truppen einschließlich der Kavalleriebrigade, die bisher ein unabhängiges Kommando bildete, dem Kriegsministerium und beläßt den russischen Offizieren nur die Instruktion, nicht wie bisher das Kommando dieser Brigade. — Die Löden in der Stadt werden wieder geöffnet.

Der Schwur soll die Klausel enthalten, daß Mohammed Ali Mirza, der „König der Könige“, an ihn gebunden ist: bei Vermeidung sofortiger Entthronung!

Al das wird den Russen gar wenig gefallen, vielleicht auch den Engländern nicht, obwohl dem Schah durch den Vertrag ungefähr diejenige Stellung eingeräumt zu sein scheint, die dem König von England verstatet geblieben ist: als kaiserliche, überflüssige, dekorative Spitze auf dem Volkskörper zu lasten.

### Türkei.

Begnädigt hat der Sultan den Belgier J o r i s, der vor zwei Jahren wegen eines Anschlages auf das Leben des Sultans zum Tode verurteilt worden war. J o r i s ist aus der Haft entlassen worden und reist heute (Dienstag) nach Belgien ab. —

### Marokko.

Die Meldungen von angeblichen Unterwerfungsbüchsen der Beni Snassen werden wieder einmal von den Tatsachen demontiert. Der Kampf an der algerischen Grenze geht weiter, wie die folgende Meldung zeigt:

Paris, 22. Dezember. Aus Salla Karna wird berichtet, daß die Kämpfe gegen die Beni Snassen, welche sich im Gebirge verborgen halten, endgültig fortgesetzt werden. Man erwartet erste Zusammenstöße, da die Beni Snassen entschlossen sein sollen, bis aufs äußerste zu kämpfen. Das Lager in Ain Sfa wird durch zwei Kompagnien algerischer Schützen bewacht.

Ueber die innere Lage des Landes gehen die folgenden Meldungen ein:

Paris, 22. Dezember. „Petit Parisien“ berichtet aus Tanger: Aus Bez sind erste Nachrichten eingetroffen. Der Stamm der Oulad el Hadj drang am 16. und 17. d. Mts. in die Stadt ein und verursachte einen Aufruhr. Das städtische Pollamt sowie das Handelsviertel wurden geplündert und schließlich das französische Postamt angegriffen. Glücklicherweise waren die Kasse und die Wertpapiere in Sicherheit gebracht worden. Die deutsche Post blieb unversehrt. In der Stadt herrscht vollständiger Terrorismus. Die Behörden sind außer Stande, die Ruhe wieder herzustellen. Das jüdische Viertel in Bez wurde angegriffen, wobei eine Anzahl Juden das Leben einbüßten.

Tanger, 23. Dezember. Gestern wurde in der Hauptmoschee in Gegenwart von el Gebbas, dem hiesigen Vertreter des Sultans, ein Sultansbrief verlesen, der die Lage des Kaïd Anflus als sehr günstig darstellt, den Sieg der Sgharnaleute über Mulay Hafid noch einmal bestätigt und des Sultans baldigen Ausbruch nach Casablanca verkündet. Andererseits aber meldet heute das hiesige offiziöse Franzosenblatt, daß im Gegenteile Mulay Hafid den Sgharnasiamm besiegt und unterworfen, und daß Kaïd Anflus bisher keine Vorteile erungen hat. Die falschen Meldungen des Sultans sollen wahrscheinlich Frankreich für eine neue Anleihe geneigter machen. (Voss. Zig.)

In dem Briefe erklärt Abdul Afis weiter, er werde sich nach Casablanca begeben und die Franzosen würden die Stadt räumen. In der europäischen Kolonie wird dieser letzte Passus belächelt. —

### Amerika.

#### Die Armada.

Wie aus New York berichtet wird, bestätigen dortige Blätter, daß die unter dem Befehl des Admirals Evans nach dem Stillen Ozean entsandte amerikanische Flotte auf den Philippinen vier Panzerschiffe und drei Kreuzer als ständiges Geschwader zurücklassen werde. —

## Der Geheimbundsprozeß Trofimoff und Genossen.

Vor der siebenten Strafkammer des Landgerichts I Berlin begann am Montagvormittag der Prozeß gegen Trofimoff und Genossen, dessen Vorgeschichte den „Vorwärts“-Lesern bekannt ist. Den Vorsitz führte Landgerichtsdirektor S p l e i t z h ö f e r. Die Anklage vertrat der Staatsanwalt Dr. F i e g e n. Der Angeklagte Trofimoff wurde von Dr. O s t a r C o h n, der Angeklagte Dr. S t r e l h o w von Dr. F r e i n e m a n n verteidigt. Trofimoff wurde aus der Untersuchungshaft vorgeführt, in der er sich seit dem 23. Oktober befindet; er ist Kandidat der Medizin, 1881 geboren und unbeschäftigt. Dr. S t r e l h o w ist Schriftsteller, 1875 geboren und ebenfalls noch unbeschäftigt. Beide sind angeklagt, einer geheimen Verbindung anzugehören und sich durch Nichtanmeldung einer Versammlung gegen das Vereinsgesetz vergangen zu haben. Zu der Verhandlung waren geladen: Kriminalkommissar v. F r i n t z, Kriminalkommissar S c h ö n e und Kriminalwachmeister D a u e r t. Als Dolmetscher war Rechtsanwalt A l l b a n s h geladen worden. Auf Antrag der Rechtsanwältin Dr. F r e i n e m a n n und Dr. C o h n war außerdem geladen: der Hofrat und Privatdozent von P l e t n e s s und der bekannte Rechtslehrer und Universitätsrichter Geh. Regierungsrat Dr. D a u d e. Der Angeklagte Trofimoff, welcher der deutschen Sprache sehr wenig mächtig ist, besitz in einer fast unverständlichen Redeweise, daß er Mitglied eines Geheimbundes sei, dessen Zweck vor der Staatsregierung geheim gehalten werden sollten. Der einzige Grund, weshalb die Versammlung und das Bestehen der hiesigen Gruppe der russisch-sozialdemokratischen Partei überhaupt vor der Polizei geheim gehalten worden sei, wäre lediglich der, daß sämtliche in Berlin wohnhafte Russen eine zu große Furcht vor der Polizei haben, die mit Ausweisungen schnell bei der Hand sei. Sobald die Polizei erfahren hätte, daß er Mitglied der sozialdemokratischen Partei sei, so wäre er bestimmt ausgewiesen worden, zum mindesten aber wäre seine Ermittelung von der Universitätsbehörde erfolgt.

Die übrigen Teilnehmer an der Versammlung seien ebenfalls sofort ausgewiesen worden. Die hiesigen Russen müßten sich eben, wenn sie sich als Landleute einmal über die traurige Lage in ihrem Vaterlande unterhalten wollen, geheim treffen, da sonst die Polizei sofort alle möglichen anarchoide Unterredungen wittert. Der zweite Angeklagte behauptete, keinerlei Kenntnis davon gehabt zu haben, daß die Versammlung eine nicht angemeldete gewesen sei. Er sei von dem ihm persönlich bekannten Angeklagten eingeladen worden, einen Vortrag zu halten, und er habe einen rein wissenschaftlichen Vortrag gehalten.

Der Kriminalkommissar v. F r i n t z wurde als erster Zeuge vernommen. Er erklärte mit einer verblüffenden Sicherheit: Die russische Sozialdemokratie ist im Auslande seit organisiert. Die verschiedenen Gruppen vereinigen sich in einem Bund oder Klub, auch Liga genannt, sie werden geleitet von einem Zentralkomitee, das sich auch im Auslande (in der Schweiz) befindet und die Tätigkeit der einzelnen Gruppen überwacht. Arnim bezog sich dann auf den Bericht der russischen Sozialdemokraten an den internationalen Kongreß in Stuttgart. In Berlin bestände eine feste Organisation seit Jahren schon, dies sei erwiesen durch vorgeschickene Briefe, in welchen über die Agitation berichtet wurde und Ratsschläge erteilt wurden, wie man hier eine wirkungsvolle Agitation für die Zweck der Partei in Russland treiben könne. Es sei sehr schwer, der Agitatoren habhaft zu werden, da diese Russen meist falsche Namen tragen. Trofimoff sei Sekretär der Berliner Gruppe, er führte den Namen Nikolajeff; man habe eine Verschönerung vom Zentralkomitee bei ihm gefunden, die beweise, daß er als Sekretär galt. S t r e l h o w sei sozialdemokratischer Schriftsteller, der auch für die „Sozialdemokratischen Monatshefte“ tätig sei und „deutlich links“ schreibe, daß zwei Artikel von ihm in der Moskauer „Freiheit“ abgedruckt worden seien. In der Einladung zu der Versammlung wurde er als „Genosse“ bezeichnet.

Die Verteidiger nahmen den Zeugen darauf in ein Verhör und fragten ihn, ob er denn nicht wüßte, daß Kost schon seit länger als zwei Jahren tot sei. Er gab verlegene Antworten und meinte schließlich, daß ihm bekannt sei, die russische Sozialdemokratie verwerfe den Terrorismus. Die Verteidiger wollten auch wissen, ob er der Universitätsbehörde Mitteilung gemacht habe über das, was er durch seine Leute über Trofimoff erfahren hatte. Der Zeuge lehnte die Antwort ab, weil, wie der Staatsanwalt dazu bemerkte, seine Amtspflicht es erheische. Auf die Frage der Verteidigung, worin denn die VII. Abteilung des Polizeipräsidiums den Begriff der Lätigkeit eines Ausländers finde, erwiderte der Zeuge, das könne er nicht sagen, und jubte fort: „Wir entscheiden ganz allein, ob sich jemand lätig macht oder nicht.“

Geh. Reg.-Rat D a u d e wurde von der Verteidigung befragt, ob es richtig sei, daß die Universitätsbehörde auf besondere Anordnung der Polizei russische Studenten ermatriculiert. Der Zeuge er-

Nähe, daß die nur der Fall sei, wenn der Unberuflichkeit der Anweisungsbefehl von der Polizeibehörde vorgelegt werde. Eine weitere Frage des Verteidigers, ob bei der Immatrikulation von russischen Studenten ein Zeugnis über politische Zuverlässigkeit verlangt werde, beantwortet der Zeuge dahin, daß jeder Student bei der Immatrikulation ein Sittenzugnis beizubringen verpflichtet sei. Bei den russischen Studenten enthalte dieses Sittenzugnis der Heimatsbehörde zugleich einen Vermerk über politische Zuverlässigkeit. Weitere Beantwortungen von Fragen der Verteidiger lehnte der Zeuge ab, da er durch seinen Dienst dazu gezwungen sei. Insbesondere lehnte Geheimrat Daude die Beantwortung der Frage des Rechtsanwalts Dr. Cohn ab, ob er die russischen Studenten unter Androhung der Verweisung von der Universität vor dem Befehl der russischen Botschaft bewarnte; der Zeuge bemerkte, daß darüber Anweisungen des Ministers vorliegen, über die er nicht sprechen könne. Rechtsanwalt Dr. Cohn beantragte darauf, den von ihm geladenen Kriminalkommissar Schöne darüber zu vernehmen, daß dieser Zeuge einem Russen die Verhinderung der ihm drohenden Ausweisung in Aussicht gestellt habe, wenn der Russe bei seinen Reisen in Russland Spionage für die Berliner Polizei treibe, und daß Schöne den Russen hierzu mit einem von der Polizei gefälschten Paß versehen habe. Das Gericht lehnte den Beweisanspruch als nicht zur Strafsache Trofimoff gehörig ab. Rechtsanwalt Dr. Cohn verlangte nunmehr die Vernehmung des Sachverständigen Dr. v. Plettnoff zum Beweise dafür, daß die Studenten in Russland mit Genehmigung der Unberuflichkeitsbehörden Gruppen bilden, die sogar ihre Namen von den politischen Parteien, so auch von der sozialdemokratischen, hernehmen. Auch diesen Antrag lehnte das Gericht ab. Endlich beantragte Rechtsanwalt Dr. Cohn die Verlesung bestimmter russischer Schriften und die Vernehmung des von ihm geladenen Sachverständigen Buchholz zum Beweise dafür, daß die russische Sozialdemokratie als Partei mit privaten terroristischen Unternehmungen und mit Angriffen auf privates Eigentum nichts zu tun habe. Er erklärte, daß er auf diesen Beweis bestehen müsse, da der Staatsanwalt, wenn auch nicht in der Verhandlung, so doch in der Angeklagten, durch Heranziehung des Falles Riesz (Koffer mit Sprengstoffen) den Versuch gemacht habe, die russische Sozialdemokratie mit terroristischen Unternehmungen in Verbindung zu bringen. Das Gericht zog sich hierauf zu einer längeren Beratung zurück. Nach der Beratung gab der Vorsitzende unter wiederholter Zustimmung des Staatsanwaltes folgendes bekannt: Das Gericht hält den Beweis über den antiterroristischen Charakter der russischen Sozialdemokratie für überflüssig, da er für die Beurteilung der Sachlage davon ausgeht, daß Trofimoff als Mitglied der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, wie diese Partei überhaupt, antiterroristisch sei und mit Riesz nichts zu tun habe; das unterstellt das Gericht als wahr. Hierauf verzichteten alle Beteiligten auf die Vernehmung des Sachverständigen Buchholz.

Der Staatsanwalt hält gegen Trofimoff den Beweis des Geheimbundes für geführt, erklärt aber ausdrücklich, daß er diesen Geheimbund als ein rein sozialdemokratisches Unternehmen der Russen ansehe, nicht aber etwa als eine Beteiligung an terroristischen Unternehmungen. Er beantragt gegen Trofimoff wegen Geheimbundes 4 Monate Gefängnis, wegen der Leitung der nicht angemeldeten Versammlung 8 Tage Haft, gegen Strelchow wegen Geheimbundes 2 Wochen Gefängnis.

Rechtsanwalt Dr. Heinemann verlangte aus Rechtsgründen und wegen mangelnden Tatsachennachweises die Freisprechung Strelchows.

Rechtsanwalt Dr. Cohn tritt warm für die Freisprechung seines Klienten Trofimoff ein. Was haben die Leute getan, fragte er. Sie gehörten einer landmannschaftlichen Vereinigung an. Siehensich wissenschaftliche Vorträge halten und sammeln Gelder zur Unterstützung armer verfolgter Gefinnungsgenossen. Er verzichtete in seinen Ausführungen die Anklagerede des Staatsanwaltes und zeigte, daß von einem „Geheimbund“ keine Rede sein könne, weil die Russen durch die Verfolgung gerade der unteren Volksschichten oft gezwungen sind, sich zu verborgen. Nicht vor der Staatsregierung hielten sie etwas geheim, sondern vor den Spitzeln und kleinen Agenten, deren unwahre Berichte sie zu fürchten haben. Sie stehen immer in Gefahr, gleich ausgewiesen zu werden, wenn sie ein unglückliches Zeugnis eines Agenten gegen sich haben oder wenn sie einen der häufigen Versuche abweisen, mit denen sich Berliner Polizeibeamte durch Geldanerbietungen an russische Studenten herandrängen, um sie zu Spitzeln gegen andere Russen zu bestimmen.

Am 8 Uhr abends wurde das Urteil verkündet: Trofimoff wurde zu sechs Wochen Gefängnis und 10 M. Geldstrafe verurteilt, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt erachtet wurden, Strelchow wurde zu 10 M. Geldstrafe verurteilt.

## Soziales.

(Siehe auch 1. Beilage.)

**Weihnachten der Zeitungsfrau.** Die Firma Rudolf Mosse („Berliner Tageblatt“) klagt gegen eine früher bei ihr beschäftigte Zeitungsfrau bei dem hiesigen Gewerbegericht auf Herausgabe von 10,45 M., die sie über den ihr zukommenden Lohn hinaus auf einflusserte Abonnements einbehalten haben soll. Die Beklagte bestreitet dies. Das Geld sei dadurch „abgearbeitet“ worden, daß noch über den Zeitpunkt ihrer Entlassung hinaus ihre beiden Kinder Zeitungen ausgetragen haben sollen. Der Zeuge, Geschäftsführer Rosenthal, gibt zu, daß die Kinder Zeitungen ausgetragen haben, doch sei das nur aus Hilfsweise geschehen und die Kinder seien dafür immer extra bezahlt worden. Bei der Ausherrung des Zeugen, es sei der Beklagten „eine Kleinigkeit“, das Geld zu zahlen, brach diese in Tränen aus. Sie könne das Geld keinesfalls auf einmal zahlen und sie sei auch der Firma keinen Pfennig schuldig, denn das Geld sei ehrlieh abgearbeitet worden. Auf Befragen gibt der Zeuge Rosenthal zu, daß aus seinen Büchern über die Behauptung der Beklagten nichts zu ermitteln sei; wenn eine Anträgerin plötzlich weggehe, so würden die Zeitungen eben zunächst ein paar Tage aus Hilfsweise ausgetragen. Das Gericht beschließt, über die Behauptungen der Beklagten zum nächsten Termin die beiden Kinder der Beklagten — darunter einen noch schulpflichtigen Jungen — als Zeugen zu laden.

## Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

**Trugmanöver.**

Die rechtzeitig enthielten Pläne der Scharfmacher, die die abflauende Konjunktur im Wirtschaftsgetriebe zu einem Vernichtungsfeldzuge gegen die organisierte Arbeiterklasse benutzen möchten, haben auch das in christlich-sozialer Arbeiterfreundlichkeit machende Städtische „Reich“ zu einer Meinungsäußerung veranlaßt. Statt nun aber gegen das isolierte Scharfmachertum, das ja diesen Sommer in Berlin zeigte, daß es im Ernstfalle auch die christlich-organisierten Arbeiter nicht verschont, gehörig vom Leber zu ziehen, legt das fromme Blättchen gegen den „Vorwärts“ los und beschuldigt uns frei aus dem Handgelenk heraus der „Heterie“. Und lasse das Herz im Leibe bei der Aussicht auf einen Miesenkampf, schwindelt das Blatt frech weiter, und warnt dann, die Stimmung des Klassenkampfes zu pflegen, die dem gewerblichen wie dem gewerkchaftlichen Interesse widerspreche und nur der Sozialdemokratie diene. Diese

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: H. Wode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag, u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

vom „Reich“ unternommene Kollenzuteilung ist zu plump und ungeschickt, als daß nicht auch die christlichen Arbeiter den Worten zögen. Es soll wieder der rote Lappen geschwungen werden, damit die Christlichen ja kein stille halten und die Unternehmer um so sicherer zu ihren Ziele gelangen können. Das „Reich“ empfiehlt „Verhandlungen in friedlichen und verständlichen Geiste.“ Dabei kennt der spiritus rector des Städtischen die Verhältnisse recht genau und weiß, daß die Scharfmacher auf friedliche und verständliche Verhandlungen pfeifen, wenn ihnen die Situation ein rücksichtsloses Draufgängertum geraten erscheinen läßt. Das einzige Mittel, die Unternehmer in Schach zu halten und ihren Kampfesifer gegen die Arbeiterorganisationen zu dämpfen, bleibt nach wie vor die Organisation der Arbeiter und ihre gewerkchaftliche und politische Aufklärung im Sinne der Klassenbewußten Arbeiterbewegung. Die stürzten aber die Dunkelmänner am „Reich“ eben so sehr, wie sie von dem Scharfmachertum geholt wird. Und es ist nichts als ein Trugmanöver, wenn das politische Blatt der christlichen Arbeiter es unternimmt, gegen den „Vorwärts“ Mißtrauen zu säen, wo es alle Kraft gegen die verbrecherischen Absichten des strapellosesten Scharfmachertums konzentrieren sollte!

## Die Streiks in den Cafés Braun und Opera und die schwarze Liste des Cafetiervereins

lautete die Tagesordnung einer öffentlichen Versammlung der Cafésangestellten, die gestern am frühen Morgen in den „Germania-Praktiken“ stattfand. Der Saal war voll besetzt. Der zahlreiche Besuch, wie die Stimmung der Versammlung zeugten dafür, daß die Cafésangestellten mehr und mehr den Wert der gewerkchaftlichen Organisation begreifen. Der Referent Hegewaldt schilderte, wie es gekommen ist, daß die Kellner, die sonst allerlei Unrecht und Beleidigung mit Lammsgeduld zu ertragen pflegen, vor ungefähr vier Wochen in jenen beiden Cafés plötzlich die Arbeit einstellten. Er widerlegte die in den Kreisen der Cafetiers verbreitete Behauptung, daß der Verein oder Verband der Cafésangestellten die Streiks organisiert habe. In beiden Fällen habe die Organisationsleitung ihre Zustimmung zur Arbeitsniederlegung nicht gegeben. An jenem Tage als der Streik im Café Braun ausbrach, sei wohl ein Kollege von dort in das Verbandsbureau gekommen und habe mitgeteilt, daß gewiß ein Streik ausbrechen werde, aber der Verbandsvorsitzende Warnat habe ihm den Rat gegeben, nichts zu unternehmen, bevor der Vorstand Stellung dazu genommen hätte. Gleichwohl wurde abends um 10 Uhr die Arbeit niedergelegt. Das war am 23. November. Drei Tage später folgte die Arbeitsniederlegung im Café Opera, von der der Vorstand erst anderen Tages Nachricht erhalten habe. Bald darauf tagte dann die Versammlung des Cafetiervereins, die stärker als je, von 45 Mitgliedern besucht war. Man schilderte offenbar, daß den beiden Arbeitsniederlegungen weitere folgen würden. Dort gab Herr Verlowicz, der bekanntlich auch an Versammlungen der Angestellten teilzunehmen und sich als lieber Freund seiner ehemaligen Kollegen zu geben pflegte, Bericht über die Streiks. Er hat aber dabei, wie der Redner ausführte, eine in manchen Punkten falsche Darstellung gegeben, unter anderem behauptet, daß im Café Braun die Streikenden dem Inhaber Ebert gar nicht Zeit gelassen hätten, ihre Forderungen durchzusetzen. Tatsache sei, daß Herr Ebert selbst von vornherein alles rundweg ablehnte. In der Cafetierversammlung sprach dann Herr Verlowicz für energische Maßnahmen und kam mit dem Antrag, die Streikenden zu boykottieren. Einen zweiten Antrag, überhaupt die Mitglieder des Vereins der Angestellten vom Engagement auszuschließen, brachte der Cafetier Rutschera ein, und einen dritten, allen Cafetiers unter Namensnennung der Streikenden, Mitteilung von den Streiks zu machen, stellte der Cafetier Rahmeier. — Dies ist dann inzwischen auch ausgeführt worden. In großer fetter Druckschrift, als gelte es eine marktschreierische Geschäftserkennung, hat man die Namen der Streikenden herumgeschickt, um sie dauernd in Berlin brokos zu machen. — Aus der ausführlichen Schilderung, die der Redner dann von der Entwicklung der Arbeitsniederlegungen gab, ist zu entnehmen, daß im Café Braun neben der Lohn- und Anstellungsbedingungen und der Protektionenwirtschaft noch ein besonderer Vorgang mitwirkte. Dort hatte der Oberkellner den Auckenford eines Revierkellners an sich genommen, und als dieser ihn zurückverlangte, gab er ihm eine Ohrfeige, zahlte ihm dann die 1,50 M. für den Aucken mit ungefähr den Worten: „Die Ohrfeige haben Sie für die Freiheit zu zahlen, ich hätte Ihnen den Aucken los gehalten.“ Der so Mißhandelte holte sich in seiner Aufregung einen Feuerhaken und ging damit auf den Oberkellner los. Dieser hat jedoch keineswegs ernste Verletzungen davongetragen. Der Redner bemerkte zu diesem Vorgang, daß das Verhalten jenes Kollegen nicht ohne weiteres zu billigen, wohl aber begreiflich sei. — Im Café Opera ist der Streik ebenfalls provoziert worden. Den Kellnern wurde hier gesagt, daß sie alle „rausfliegen“ würden, wenn sie nicht mehr Lösung als bisher machten. Wie sie mehr Gäste heranzuschaffen oder den Gästen mehr Waren aufzutragen sollten, wurde wohl nicht weiter erörtert. Sie selbst hatten natürlich das größte Interesse daran, so viel wie möglich zu servieren, um, wenn sie einen Teil ihres Trinkgeldverdienstes an den Cafetier abgegeben hätten, auch noch etwas übrig zu behalten.

Zu der schwarzen Liste bemerkte der Redner noch, daß selbst die Geschäftsführer, die nur eine Stunde im Geschäft tätig waren, aber die Arbeit mit niederlegten, ebenfalls mit aufgeführt sind. Uebrigens hat der Cafetierverein es auch nicht verüßelt, bei den Namen der Ausländer gleich die Nationalität mit beizufügen, als wollte man der Polizei einen freundlichen Wink geben. Der Redner sprach ferner davon, daß sich im Cafetierverein ein neuer Wind von Zentrumsleuten, Antisemiten und Freiwütligen gebildet habe, und daß Leute jüdischen Glaubens, wie der Herr Verlowicz, gerne mit dem Redakteur der „Staatsbürgerzeitung“ zusammenstehen, welches Blatt denn ja auch die falschen Behauptungen der Cafetiers besonders ausführlich wiedergegeben hat. Der Redner bemerkte schließlich, daß es ja das gute Recht des Cafetiervereins sei, den Verband der Angestellten zu bekämpfen, daß dieser aber ebenso das Recht habe, sich zu wehren. Gegen die Art und Weise, wie von den Unternehmern falsche Behauptungen in die Welt gesetzt werden, wie die Koalitionsrecht der Angestellten zu vernichten suchen, müsse energisch Protest erhoben werden, und um so kräftiger müsse der Ruf erschallen: „Cafésangestellte Berlins vereinigt Euch!“

Die Versammlung nahm dann folgende Resolution an: „Die von 500 Personen besuchte öffentliche Versammlung der Cafésangestellten protestiert auf das entschiedenste gegen die den Tatsachen widersprechenden Beschlüsse des Cafetiervereins, der durch die Veröffentlichung einer schwarzen Liste diejenigen Kollegen, die durch die ausdeutenden Manipulationen der Cafetiers in den Cafés „Braun“ und „Opera“ in der Verzeiwung die Arbeit niederlegten, in ihrem weiteren Fortkommen auf das schwerste zu schädigen suchte. Die Versammelten sind der Ueberzeugung, daß nach der erfolgten Aussprache zwischen dem Cafetierverein und dem Verein der Cafésangestellten keine Veranlassung zu diesem provokatorischen Vorgehen des Cafetiervereins vorlag. Sie sind ferner davon überzeugt, daß der Cafetierverein nur bezweckt, die Organisation der Angestellten zu vernichten, um ihre schamlosen Ausbeutungen ungehindert und schlimmer als bisher betreiben zu können. Alle Anwesenden erkennen deshalb die Notwendigkeit an, ihre eigene Organisation mehr als bisher zu unterstützen und zu stärken, ihr Koalitionsrecht zu verteidigen, damit das Vorgehen der Unternehmerorganisation, das allem Treu und Glauben widerspricht, unmöglich gemacht wird.“

Aus der Diskussion, die noch nach Annahme der Resolution fortgesetzt wurde, ist zu erwähnen, daß ein Cafetier, der offenbar etwas überempfindlich war, aus den Worten des Referenten eine

Ärztung seiner religiösen Gefühle herausgehört haben sollte. Man suchte ihm dann klar zu machen, daß etwas Derartiges ganz ausgeschlossen war. Herr Verlowicz, der auch diesmal wieder das Wort nahm, wollte den Anwesenden die Meinung beibringen, daß der Anschlag des Vereins der Cafésangestellten an den Gastwirtsgehilfenverband ihnen zum Schaden gereiche, besonders auch mit Rücksicht auf den zu gründenden paritätischen Arbeitsnachweis. Mit dieser Sache steht es jedoch so, daß der Verein der Cafésangestellten noch vor kurzem wieder dem Cafetierverein seine Bereitwilligkeit zur Gründung des gemeinsamen Nachweises kundgegeben hat, obwohl die Cafetiers dazu pro Mitglied nur 1 M., im ganzen etwa 60 M. im Monat, zahlen wollen, während der Verein der Angestellten bereit ist, 450 M. monatlich dafür zu spenden. Allerdings sollen die Cafetiers dann auch die Verpflichtung übernehmen, den Stellennachweis zu benutzen.

Der Redakteur des „Gastwirtsgehilfen“, Hugo Poesch, wies darauf hin, daß der von den Mitgliedern mit allen gegen nur eine Stimme beschlossene Anschlag des Vereins der Cafésangestellten an den Gastwirtsgehilfenverband in keiner Weise die Tendenzen des Vereins verändert hat. Werkwürdig ist, mit was für schönen Mitteln man in den Kreisen der Cafetiers nun gegen den Verein und Verband zu kämpfen sucht. So hat der „geistige“ Berater der Serren, Redakteur Döring von der „Staatsbürgerzeitung“, in ihrer Vereinsversammlung aus mitgebrachten Zeitungsausschnitten vorgelesen, daß dieser Poesch wegen falscher Anschuldigung vier Monate im Gefängnis gesessen habe. — Der Redner bemerkte dazu, ohne weiter auf die Schmutzigkeit jenes Verfahrens einzugehen, daß es nicht vier, sondern acht Monate waren, die er feinerzeit als Redakteur am „Vorwärts“ wegen Freigebens abzusitzen hatte, und daß er dies als eine Ehrenfrage ansehe. — Die Versammlung bewies denn auch durch lebhaften Beifall, daß sie diese Worte sehr wohl zu würdigen wußte.

## Polizei und Streikposten.

In welcher scharfen Weise die Polizei zugunsten der Unternehmer gegen Streikposten vorgeht, zeigt sich wieder recht deutlich an den Differenzen bei der Tischlerei Laade, Rixdorf, Neuterstraße 43/44. Hier sind sämtliche Holzbildhauer entlassen worden, weil sie das indirekte Anjinnen des Herrn Laade, billiger oder unter verlängerter Arbeitszeit zu arbeiten, abgelehnt hatten. Es hat sich denn auch ein Kleinmeister mit etlichen Gehilfen gefunden, um hier als Werkführer Kundstreikdienste zu leisten. Die Arbeitszeit ist sofort um ½ Stunde pro Tag verlängert worden.

Die hinausgeworfenen Bildhauer machten natürlich von dem ihnen gesetzlich zustehenden Koalitionsrecht Gebrauch, und um zu verhindern, daß Kollegen unter diesen verächtlichsten Verhältnissen in Arbeit treten, stellten sie Streikposten aus. Wie immer, wenn der Unternehmer in seinem Profit bedroht ist, trat auch hier sofort die Polizei in Aktion und verfügte kurzerhand: Das Postenfachen ist nicht nur in der Neuter-, sondern auch in einem halben Duzend angrenzender Straßen verboten! Gleichzeitig wurde den Ausgesperrten eröffnet: Die Arbeitswilligen wären von ihnen belästigt worden und würde nunmehr ein jeder von ihnen, der sich in den „gesperrten Straßen“ sehen lassen sollte, einfach einen Tag „eingesperrt“ werden. — Fehlt nur noch, daß man ihnen das Wohnen und Steuerzahlen in Rixdorf gleichfalls verboten hätte.

Da die Ausgesperrten sich nicht im entferntesten betwagt sind, einen der Arbeitswilligen „belästigt“ zu haben, vorausgesetzt, daß ein Auflären über die Vorgänge in der Fabrik nicht schon als ein solches aufzufassen ist, dann aber auch das so gern gesehene „Verkehrshindernis“ hier nicht in Frage kommt, da selbst am Mittag und Feierabend herum von einem Verkehr fast gar nichts zu merken ist, denken sie nicht im geringsten daran, der Polizei und Herrn Laade den Gefallen zu tun und von ihrem guten Recht Abstand zu nehmen. Im weiteren sind Schritte unternommen, die in Frage kommenden Polizeibeamten auf die Grenzen der ihnen zustehenden Befugnisse zu verweisen.

## Deutsches Reich.

### Lohnbewegung der städtischen Arbeiter zu Frankfurt a. M.

In einer außerordentlich zahlreich besuchten Versammlung der städtischen Arbeiter in Frankfurt a. M. wurde einstimmig beschlossen, bei der diesjährigen Stabsberatung den Stadtverordneten und dem Magistrat die Forderungen der städtischen Arbeiter zu unterbreiten. Die Arbeiter fordern Abschaffung der Tagelöhne, einen Mindestlohn von 25 Mark wöchentlich und Erreichung des Höchstlohnes statt wie bisher in 13, schon in 6 Jahren. Ferner Zulagen bei auswärtigen Arbeiten, Regelung der Urlaubsverhältnisse und Verkürzung der Arbeitszeit.

Die freisinnige Stadtverordnetenmehrheit bekommt also bald Gelegenheit, ihr „warmes“ Herz für die Arbeiter zu zeigen, wie sie es vor kurzer Zeit den oberen Beamten gegenüber getan hat.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Ungetreuer Beamter.

Dortmund, 23. Dezember. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der ehemalige Oberlandessekretär Heiß, der heute wegen Veruntreuung amtlicher Gelder in Höhe von 7000 Mark vor Gericht stand, wurde zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Heiß hatte bereits eine Dienstzeit von 23 Jahren hinter sich und bezog zuletzt ein Gehalt von 4000 M. pro Jahr.

### Dor Unternehmer Weihnachtspäsent.

Köln, 23. Dezember. (W. Z. B.) Der „Kölnischen Zeitung“ wird aus Krefeld telegraphiert: Der Verband der niederrheinischen Samt- und Plüschfabrikanten hat in seiner heute nachmittags abgehaltenen Hauptversammlung einstimmig beschlossen, wenn bis Ende dieser Woche der Ausstand in den Seidenfabriken nicht beendet sein würde, einer dann einzuberufenden Hauptversammlung das Verhängen der Sperre in den Samtfabriken vorzuschlagen.

### Fernbeben.

Hamburg, 23. Dezember. (W. Z. B.) Von den Apparaten der hiesigen Hauptstation für Erdbebenforschung ist ein Fernbeben mäßiger Stärke in der Nacht vom 23. Dezember registriert, dessen Herd gegen 9000 Kilometer entfernt liegen dürfte und das von etwa 2 Uhr 25 bis 2 Uhr 50 Minuten dauerte.

### Maschinengewehre gegen ausländische Arbeiter.

Washington, 23. Dezember. (Melbung der Associated Press.) Das Staatsdepartement hat von seinem Vertreter in Lquique die Melbung von einem Zusammenstoß zwischen den Truppen und ausländischen Arbeitern der Salpeterwerke erhalten. Die Truppen hätten von Maschinengewehren Gebrauch gemacht, und es seien etwa 200 ausländische Arbeiter getötet worden.

Prozeß Harden.

Fünfter Tag.

Die äußere Lage ist unverändert: das ominöse Schild mit den Worten „Die Öffentlichkeit ist ausgeschlossen“, prangt noch wie vor an der Eingangstür zum Gerichtssaal, Zeugen und Pressevertreter promenieren noch immer auf dem Vestibül des Treppenhauses. Bis kurz vor 12 Uhr wurde über Beweisanträge verhandelt. Der Angeklagte soll u. a. betont haben, daß er noch die Vernehmung von Zeugen, teilweise aus den höchsten Kreisen, beantragen müsse, die ihm seitens seines Anwaltes...

Gegen Mittag erließen Fürst Philipp zu Eulenburg wieder im Gerichtsgebäude. Der Gerichtshof lehnte die Anträge des Justizrats Dr. Sello als unerheblich ab, indem er davon ausging, daß nur wichtige, welche Mitteilungen dem Angeklagten von Herrn und Frau Professor Schweninge gemacht worden sind. Es sei deshalb auch unerheblich, sonstige Zeugenaussagen für Frau v. Elbe zu laden, es komme vor allem darauf an, festzustellen, inwieweit dem Angeklagten der gute Glaube innezuwohnte. Es soll dann noch Herr Dr. Curtz über den Gesundheitszustand der Frau v. Elbe vernommen werden. Es wurde die Frage angeregt, ob Professor Dr. Schweninge auch bereit sein werde, sich vernennen zu lassen, der Angeklagte versicherte aber jeden Zweifel, indem er darauf hinwies, daß Professor Dr. Schweninge ja sein bester Freund sei. In einer längeren Diskussion über die Wichtigkeit oder Unwichtigkeit der Zeugen erklärte der Oberstaatsanwalt mit einem gewissen Nachdruck, daß die ganze Sache sich hier ja doch um die Glaubwürdigkeit der Frau v. Elbe drehe. Der Oberstaatsanwalt beantragte zugleich nunmehr die Wiederherstellung der Öffentlichkeit nach vorheriger Vernehmung der beiden Kriminalkommissare.

Umfälle?

Es wurde alsdann noch einmal Frau v. Elbe als Zeugin in den Saal gerufen, die ein wahres Kreuzfeuer von Fragen auszuhalten hatte. Das Ergebnis derselben soll gewesen sein, daß Frau v. Elbe in vielen Punkten ihre früheren Äußerungen über den Nebenkläger wesentlich einschränkte bzw. anders gedeutet wissen wollte, eine Tatsache, die dem Angeklagten und dem Justizrat Bernstein Veranlassung gab, über diese Abweichung der Zeugin ihre Verurteilung auszusprechen. In den Fragen, die an diese Zeugin gerichtet wurden, beteiligten sich auch die Sachverständigen Geh. Rat Prof. Dr. Eulenburg, Sanitätsrat Dr. Noll und Dr. Magnus Hirschfeld. Letzterer soll eine Erklärung dahin abgegeben haben: Sein Gutachten in der schöffengerichtlichen Verhandlung habe sich auf die beidseitige Zeugenaussage der Frau v. Elbe gestützt, von der der Vorsitzende des Schöffengerichts bemerkt hatte, daß sie zweifelsfrei sei. Nachdem die Zeugin ihre Aussage wesentlich abgeschwächt und von den verschiedenen Seiten ihre objektive Glaubwürdigkeit in Zweifel gezogen sei, seien die Voraussetzungen und Grundlagen seines früheren Gutachtens so hinsichtlich geworden, daß natürlich auch die früherzeit daraus gezogenen Schlüsse — die als wahr unterstellten Handlungen und Worte des Grafen Rolffe beruhten auf einem ihm selbst nicht bewußten normwidrigen Empfinden — fortfallen. Hierauf fand eine kurze Mittagspause statt.

Die Vernehmung des Kriminalkommissars v. Tredow nahm lange Zeit nicht in Anspruch. Er erklärte, daß er die Erlaubnis habe, alles über den Grafen Rolffe auszusagen. Er habe niemals etwas erfahren, daß Graf R. homosexuell veranlagt sei; er sei auch nie an solchen Orten gesehen worden, wo sich Leute von anormaler Gefühlrichtung aufzuhalten pflegen. Ein anderer Graf Rolffe aus der dänischen Linie sei einmal in Eppeserhände gefallen. Auch über den Fürsten Philipp zu Eulenburg seien ihm Tatsachen über etwaige Verfehlungen gegen § 175 absolut nicht bekannt. Ueber Herrn Beromic dürfe er sich nicht äußern, da dieser der Vertreter einer fremden Macht sei. Auf Befragen erklärte der Sachverständige, daß homosexuelle Menschen in den höchsten und in den niedrigsten Kreisen vorkommen.

Kriminalkommissar Dr. Rapp konnte die Aussage des Herrn v. Tredow nur bestätigen. Gerüchte über den Grafen Rolffe seien in sehr großer Form aufgetaucht, sie seien aber erst nach den Ehescheidungsangelegenheiten entstanden. Kriminalwachmeister Tiede weiß über homosexuelle Reigungen des Nebenklägers gleichfalls nicht. Er habe gerücheweise nur folgendes gehört: ein Mann, der an Gehirnerweichung gestorben sei, habe vier Wochen vor seinem Tode erzählt, daß ein Graf Rolffe dänischer Linie einem Expremier 3000 Kronen aus Kopenhagen gesandt habe. Vom Grafen Kuno v. Rolffe wisse er absolut nichts.

Hierauf wird die Öffentlichkeit wieder hergestellt.

Die als Zeugin herbeigerufene Schwester Hedwig Lange hat die Frau v. Elbe in der Zeit vom Herbst 1899 bis Anfang 1900 während schwerer Krankheit derselben gepflegt. Sie sei sehr nervös gewesen und habe sehr wenig über ihren Gatten geredet. Es ist der Zeugin nicht aufgefallen, daß Frau v. Elbe unwahr oder ungläubwürdig sei.

Vorl.: Wie hat sich Frau v. Elbe denn über ihren Gemahl geäußert?

Zeugin: Sie sagte gesprächsweise, der Graf wäre eifersüchtig auf seinen Stiefsohn.

Justizrat Sello: Wie ist das zu verstehen: der Graf sei eifersüchtig auf seinen Sohn, sollte damit gemeint sein, daß der Graf meinte, der Stiefsohn entziehe ihm die Liebe seiner Gemahlin?

Zeugin: Ich habe selbst nicht darüber nachgedacht. Oberstaatsanwalt Dr. Hensel: Hat Frau v. Elbe niemals Ihnen gegenüber den Grafen Rolffe beschuldigt, er habe sie unfreundlich behandelt, habe sie geschlagen oder dergleichen?

Zeugin: Niemals. Vorl.: War Frau v. Elbe während Ihrer Pflege sehr krank?

Zeugin: Ja, sie hat schwer phantasiert und hat erst allmählich wieder gehen gelernt, sie erholte sich sehr langsam. Prof. Eulenburg: Haben Sie bemerkt, daß während Ihrer Pflegezeit das Gedächtnis der Frau v. Elbe schwach war?

Zeugin: Nein, davon habe ich nichts bemerkt. Oberstaatsanwalt Dr. Hensel: Die Gräfin hat niemals Ihnen gegenüber den Grafen Rolffe beschimpft?

Zeugin: Nein. Vorl.: Die Aussagen dieser Zeugin halten wir für so unerheblich, daß wir ihr keine Zeugengebühren bewilligen werden. Frau v. Elbe bittet hierauf, entlassen zu werden, da sie dem Gang der Verhandlung nicht mehr zu folgen vermöge. Der Vorsitzende befragt hierauf den Angeklagten, wie lange er noch glaube, die Verhandlung auszuhalten.

Harden bittet, die Verhandlung um 4 Uhr zu schließen.

Vorl.: Der Gerichtshof wird diesem Wunsch Rechnung tragen. Es wird hierauf zur Vernehmung der Zeugin Rosenbauer geschritten, die bei Frau v. Elbe als Gesellschafterin tätig war.

Die Zeugin erklärt auf Befragen des Vorsitzenden: Ich war vom Juli 1900 bis Mai 1901 bei Frau v. Elbe als Gesellschafterin angestellt. Frau v. Elbe hat mir öfters von ihrer zweiten Ehe und ihrem Ehescheidungsprozeß erzählt und dabei gesagt: „Einem von uns kostet es den Kränzen, hoffentlich ihm.“

Vorl.: Wie kamen Sie auf das Gespräch?

Zeugin: Wir haben beim Spazierengehen und auch im Hause häufig gesprochen, dabei kam auch oft die Rede auf die zweite Ehe. Sie sagte mir mit Bezug auf die Aussage einer früheren Gesellschafterin, diese habe ihr die Keuherung nachgefragt: „Graf Rolffe liebt mich nicht, er liebt nur seine Freunde.“ Daraufhin sei sie bei der Ehescheidung als alleinige Schuldige erklärt worden. In Wirklichkeit hätte sie aber diese Keuherung nicht getan, sondern nur gesagt, das Zusammenleben mit dem Grafen sei nicht so, wie es ein Ehemann mit seiner Frau führt. Er sei spät zu Tisch gekommen und habe sie warten lassen, er habe auch den Ausdruck gebraucht: Die Frau sei ein Klotz.

Justizrat Sello: Hat die Frau Gräfin Ihnen nicht einmal selbst erklärt, sie hätte gelogen?

Zeugin: Ich hielt Frau Gräfin vor, wie Unrecht sie mir mit ihren Anschuldigungen getan hätte. Sie sagte mir darauf: Ja, sie hätte gelogen und bäte mich um Verzeihung.

Frau v. Elbe: Ich bitte dabei zu berücksichtigen, daß ich mit Frau Rosenbauer sehr herzlich verkehrte und unsere Gespräche als durchaus vertraulich betrachtete. Was ich alles gesagt habe, um unsere Differenzen wieder in Reich und Glied zu bringen, kann ich jetzt nicht sagen.

Justizrat Sello: Ich habe ja auch die Briefe, die die Zeugin aus freien Stücken an den Grafen v. Wartensleben gerichtet hat, will aber davon jetzt keinen Gebrauch machen.

Oberstaatsanwalt Dr. Hensel: Hat Frau v. Elbe nicht auch davon gesprochen, daß sie sich mit Journalisten in Verbindung setzen wollte, um den Grafen Rolffe bloßzustellen.

Zeugin: Frau v. Elbe hat mich gefragt, ob ich ihr nicht Journalisten nennen könnte, namentlich solche aus Wien, denen sie Material aus ihrer zweiten Ehe zur Verordentlichung geben könnte.

Landgerichtsrat Dr. Simonsen: Hat Frau v. Elbe die Vertraulichkeit eines Schriftstellers gesucht, um aus ihrer zweiten Ehe Veröffentlichungen zu machen und den Grafen Rolffe bloßzustellen? Das haben Sie voriges Mal nicht gesagt.

Zeugin: Frau v. Elbe sagte: Verschaffen Sie mir die Vertraulichkeit irgend eines dieser Herren, ich habe viel Material über meine zweite Ehe, um den Grafen Rolffe bloßzustellen.

Justizrat Sello: Sie hat also ausdrücklich gesagt: „um den Grafen bloßzustellen.“

Zeugin: Jawohl, ich habe das damals genau aufgezeichnet. Frau v. Elbe: Erinnert sich die Zeugin genau, daß ich das schreckliche Wort „bloßstellen“ gebraucht habe, oder ob sie nicht aus dem Gespräch zu ihrer Auffassung erst gekommen ist?

Zeugin: Ja, das Wort ist gebraucht worden. Auf einige weitere Fragen des Verteidigers Justizrat Kleinholz befuhrte die Zeugin Frau Rosenbauer weiter: Die Frau Gräfin v. Rolffe war oft sehr gereizt und sehr launisch, wenig wahrheitsliebend, ich konnte es ihr nie recht machen. Ich habe oft namentlos gelitten, wurde krank und mußte in ärztliche Behandlung. Die Frau Gräfin hat dann, als ich weg war, über mich selbst allerlei verbreitet, was absolut unwahr war.

Auf eine Frage des Oberstaatsanwaltes erklärt die Zeugin: Die Frau Gräfin habe ihr nichts von etwa unsauberen Freundschaftsverhältnissen ihres Gatten gesagt, ebensowenig, daß er sie geschlagen, mit Füßen getreten, daß sie schwarze Flecken gehabt habe. — Oberstaatsanwalt Dr. Hensel: Hat Ihnen die Frau Gräfin nicht einmal gesagt: Ursprünglich habe ja der Graf die Schuld im Ehescheidungsverfahren auf sich nehmen wollen; er habe ursprünglich gesagt, er wolle sich wegen unüberwindlicher Abneigung scheiden lassen? — Die Zeugin weiß nur, daß sich die Gräfin nicht scheiden lassen wollte, weil sie ihre gesellschaftliche Stellung nicht gern aufgeben wollte.

Justizrat Dr. Sello stellt weiter durch Fragen an den Zeugen Geris fest, daß Fürst Eulenburg schon lange die Absicht gehabt hätte, nach Territet zu gehen und daß dies nicht etwa eine Folge der Harden'schen Artikel gewesen sei, wie behauptet worden.

Angeklagter Harden: Ich möchte darauf hinweisen, daß während der auf diesen Punkt bezüglichen Aussage des Herrn Baron v. Berger der Fürst Eulenburg im Saale anwesend war und diese Mitteilung, die heute Herr Geris macht, von ihm nicht gemacht worden ist. — Reichiger Landgerichtsrat Simonsen: Das ist doch der Fall!

Hysterisch oder nicht?

Zeuge Dr. med. North befuhrte: Ich bin Hausarzt bei der jetzigen Frau v. Elbe in den achtziger Jahren bis zum Jahre 1902 gewesen. Die damalige Frau v. Kruse war leicht erregbar, aber doch nur innerhalb der normalen Grenzen. Sie war in der Regel heiter und fröhlich, zuweilen aber auch niedergedrückt, aber weder ihre Heiterkeit noch ihre Depression überschritten das normale Maß der Grenzen ihres sanguinischen Temperaments. Die Ehe mit Herrn v. Kruse war sehr glücklich. Ich habe sie in der Ehe mit Herrn v. Rolffe meines Wissens nur einmal gesehen. Da kam sie mir sehr gereizt vor, was ich auf den jähren Uebergang von dem ruhigen Landleben in das Großstadtleben schieben zu müssen meinte. Der Zeuge hat in der Ehescheidungssache der Frau v. Elbe mehrere Gutachten abgegeben. Danach ist bei Frau v. Elbe die Nervosität in den Jahren 1898 und 1899 noch hochgradiger gewesen; sie litt an Schlaflosigkeit und dagegen wurde ihr Trional verschrieben. Im Jahre 1899 stellten sich allerlei auffällige psychische Symptome ein. Die ursprünglich als falscher Diagnose Veranlassung gaben. Sie litt an Neuralgien, an allgemeiner Nervenerschwäche, so daß sie manchmal hinfiel, an Ohnmächten, heftigen Nervenschmerzen u. dergl. Sie littierte manchmal erregte Briefe, die sie dann gar nicht abschante. Ich hielt es für Neurosthenie und riet ihr, eine Kurenanstalt aufzusuchen, was von ihr aber abgelehnt wurde. Sie wurde immer elender, konnte eine ganze Zeit gar nicht mehr aufstehen, zeigte große Empfindlichkeit gegen Geräusche, litt an Appetitlosigkeit, und schließlich wurden ihr die Kräfte dahin einig, daß es sich um Trionalvergiftung handelte, infolge allzu reichen Genußes des Trionals. — Vorl.: Was können Sie uns über die Wahrheitsliebe der Frau v. Elbe sagen? — Zeuge: Ich habe nie die Wahrnehmung gemacht, daß Frau v. Kruse unwahrhaftig sei. Ich habe mich aber mit ihr nur über Krankheitsfragen unterhalten.

Oberstaatsanwalt Dr. Hensel: Sind Sie nicht der Meinung, daß Frau v. Elbe hysterisch ist? — Zeuge: Nein, während ihrer Ehe mit Herrn v. Kruse habe ich sie nicht für hysterisch gehalten. Später hat sie sich ja sehr gereizt gezeigt. — Justizrat Bernstein und Justizrat Kleinholz richteten mehrere Fragen an den Zeugen, die er dahin beantwortete: er habe nicht die Ansicht, daß die spätere Gräfin Rolffe von Anfang an hysterisch gewesen sei.

Oberstaatsanwalt: Dann bleibt mir nichts übrig, als den Prof. Sträubing-Greifswald, der charakteristische Merkmale der Hysterie festgestellt hat, ebenso den Dr. Frey-Wien, der in dem Ehescheidungsprozeß ein Gutachten abgegeben hat, als Sachverständige befragen. Zeugen zu laden.

Reichiger Landgerichtsrat Dr. Frischken: Ist dem Angeklagten etwas von der Trionalvergiftung bekannt gewesen? — Harden: Ja, es ist wohl davon gesprochen worden, ich habe auch aus den Ehescheidungsakten davon etwas gelesen, aber irgendwelche Folgen dieser Vergiftung waren nicht bemerkbar. Prof. Schweninge, durch den ich ja die Frau v. Elbe kenne, hat mir gesagt: es sei keine Spur davon vorhanden, sie sei völlig klar und ruhig und spreche flug und zurückhaltend.

Der Gerichtshof beschließt, Dr. Frey am Freitag um 11 Uhr zu vernehmen.

Justizrat Dr. Bernstein: Ich bitte, den Beschluß der Zeugenvernehmung des Geheimrats Prof. Dr. Schweninge dahin zu ergänzen, daß er auch als Sachverständiger vernommen wird.

Vorl.: Die diesbezüglichen Fragen können ja in den Entwurf für die kommissarische Vernehmung hineingebracht werden, über den wir am Freitag noch zu beraten haben.

Oberstaatsanwalt Dr. Hensel: Bei der Beratung des Entwurfs für die kommissarische Vernehmung werde ich es mir nicht nehmen lassen, umfangreiche Fragen zu lenken. Ich möchte auch auf den Antrag, Prof. Schweninge als Sachverständigen zu vernennen, bemerken, daß er niemals Frau v. Elbe ärztlich behandelt hat.

Vorl.: Er ist aber der einzige Arzt gewesen, mit dem sie gerade in der kritischen Zeit geschäftlich in Verbindung kam.

Der Vorsitzende verliest sodann, daß am Sonnabend keine Sitzung stattfindet, weil an diesem Tage Landgerichtsrat Simonson und ein Assessor nach Rügen fahren, um Prof. Schweninge, der durch Krankheit am Erscheinen verhindert ist, kommissarisch zu vernehmen. Um 5 1/2 Uhr wird die Sitzung auf Freitag, den 27. d. M., 10 Uhr vormittags, verlegt.

Aus der Partei.

Ein Obergenoße als Reichslügenverbandmitglied.

Diese sensationelle Enthüllung brachte dieser Tage die „Korrespondenz“ des Reichslügenverbandes. Sie teilte mit: Am 14. März 1907 ging bei der Hauptstelle des Reichslügenverbandes eine Beitrittserklärung ein (Zahresbeitrag 10 Mark, Spende 5 Mark), die unterzeichnet war „Emil Kerfin, Hauseigentümer, Berlin N. 20, Paulstraße 32b.“

Es folgt dann die Feststellung, daß dieser Hauseigentümer Emil Kerfin identisch ist mit dem ehemaligen sozialdemokratischen Stadtverordneten Kerfin und daß das Haus Paulstraße 32b jenes ist, in dem das Waffen- und Papierlager russischer Sozialdemokraten gefunden wurde.

Wer die Notiz der Reichslügenverbands-Korrespondenz liest, muß den Eindruck gewinnen, daß Genosse Kerfin 15 M. an die Kasse des Reichslügenverbandes gezahlt habe. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat denn auch einfach mitgeteilt: „Er (Kerfin) zahlt außer dem Beitrage von 10 Mark noch eine Spende von 5 Mark.“

In Wirklichkeit hat Genosse Kerfin an die Kasse des Reichslügenverbandes nichts gezahlt und denkt natürlich auch nicht daran, etwas zu zahlen. Wenn die „d. d. R.-B.“ hätte ehrlich sein wollen, so hätte sie mitteilen müssen, daß der Reichslügenverband auf jenes Schreiben hin, das seine Korrespondenz jetzt triumphierend veröffentlichte, 15 Mark durch Postauftrag vom Genossen Kerfin einzuziehen suchte und daß Genosse Kerfin die Zahlung verweigert hat, so daß der Reichslügenverband noch heute auf die 15 M. wartet. Man wird zugeben, daß dieser Umstand nicht unerheblich ist, und daß gewissenhafte Leute durch die Zahlungsbewertung veranlaßt worden wären, Nachforschungen darüber anzustellen, wie die Beitrittserklärung zustande gekommen ist. Mindestens hätten sie das getan, ehe sie das Schriftstück gegen den angehenden Abfender in der Öffentlichkeit ausgepielt hätten.

Wenn die Reichsverbandsleute beim Hauseigentümer Kerfin angefragt hätten, weshalb er denn sein schriftlich gegebenes Wort nicht halten wolle, so würden sie sofort erfahren haben, daß Genosse Kerfin niemals eine solche Beitrittserklärung geschrieben, noch abgeschickt hat! Sein Name ist von Dritten gemißbraucht worden!

Wenn die „d. d. R.-B.“ die Jahrgangsüberweisung Kerfins mitgeteilt hätte, so würde die Öffentlichkeit diese Erklärung oder eine ihr nahekommende selbst gefunden haben. Sie hätte sofort erkennen können, daß das Gerücht von dem Obergenoßen, der Mitglied des Reichslügenverbandes sei, Unsinn ist. Der „Korrespondenz“ des Reichslügenverbandes lag aber daran, den Eindruck des Gegenteils zu erwecken, und so teilte sie die Wahrheit nur halb mit — die wichtigste Hälfte hatte sie ihr ab. Sie hat nicht gelogen, betraute: Sie hat die Wahrheit gesagt. Aber sie hat sie so gesagt, daß eine Fälschung der Endeffekt ist. Saubere Kumpanei, die Leute von der „Korrespondenz“ des Reichsverbandes.

Der Königsberger Schandjäulensprozeß.

Am Sonnabend, 4. Januar findet der Kuffischen erregende Prozeß gegen zwei Redakteure der „Königsberger Volkszeitung“ statt wegen des vielgenannten Artikels zur Enthüllung des Memeler Nationaldenkmals. Es ist nicht nur, gegen den verantwortlich zeichnenden Redakteur, Genossen Markowitsch, sondern auch gegen den vermeintlichen Verfasser des Artikels, den Genossen Markwald Anklage erhoben worden und zwar wegen Majestätsbeleidigung und Verleumdung des Denkmalskomitees.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Eine Gendarmenbeleidigung.

Vor dem Schöffengericht zu Elsterwerda standen dieser Tage drei Genossen aus Vorkwitz unter der Anklage, einen Gendarm beleidigt zu haben. In dem Vorkwitz-Lauchhammer'schen Industriebezirk, in dem bis dahin nichts von einer Arbeiterbewegung zu spüren war, haben unsere Genossen seit etwa drei Jahren einen außerordentlich energiegelassen Kampf um Versammlungsorte geführt. Noch bei der letzten Reichstagswahl, die unterm Kandidaten Genossen Feilner in diesem Bezirke (leider nicht im Wahlkreise) eine überwältigende Majorität brachte, mußten sich unsere Genossen bei strenger Kälte in Schuppen usw. ver sammeln. Dieser Kampf förderte die Bewegung außerordentlich und führte schließlich zum Siege, da sämtliche 13 Saalbesitzer der Gegend ihre Säle zur Verfügung stellten. Aber der Kampf hat ungeheure Opfer gekostet. Genosse Richard erhielt allein neben hohen Geldstrafen in verschiedenen Strafsachen 4 1/2 Monat Gefängnis, der Parteivertrauensmann Genosse Starke 14 Tage Gefängnis und andere Genossen hohe Geldstrafen.

Die Gendarmverwaltungen und die Leiter des Elsterwerdaer Lauchhammer hatten alles aufgeboden, die Bewegung niederzuhalten, und ganz besonders tat sich bei der Verfolgung der in Lauchhammer stationierte, im „Vorwärts“ schon oft genannte Gendarm Parl herab. Im August hatte nun in Halle gegen den Genossen Fröhlich vom „Halleischen Volksblatt“ ein Prozeß stattgefunden, in dem dem Gendarm zum zweitenmal befristet wurde, daß er nicht in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes gehandelt, als er eines Tages mit Streifposten auf der Dorfstraße ins Handgemenge geriet. In diesem Prozeß waren neben dem Gendarmen auch eine Anzahl Volkswirer Genossen als Zeugen anwesend. Der Gendarm lebte es nur, trotz seiner hohen Kilometergelder als Zeugengebühren aus Sparsamkeitsrücksichten IV. Klasse zu fahren und, wie bei allen früheren Prozeßen, in dem Wagen, in dem sich unsere Genossen setzten. Auf der ganzen Heimfahrt von Halle bis über Elsterwerda sollen nun die oben erwähnten Genossen durch Singen von Spottliedern auf den Gendarm die Ehre dieses Namens verlegt haben. Sie haben dem Beamten vorgeworfen, daß sein eigener Sohn gestohlen habe und nicht bestraft worden sei. An diese Tatsache, die die Anklage nicht befreit, haben unsere Genossen recht drastische Bemerkungen gefügt. Anklage war nur aus § 185 erhoben. Die Ermittlungsakten gegen den stehenden Gendarmensohn waren „nicht mehr zu finden“ gewesen, wie der Amtsrichter den Angeklagten bezeugte. Der Prozeß endete damit, daß Genosse Richard zu

vier Wochen, Genosse Köhler zu zwei Wochen Gefängnis, Genosse Thieme zu 80 Mark Geldstrafe verurteilt wurden.

Auch ein Bild aus unserem Polizeistaat.

**Strafkraft der Presse.** Wegen Vergehens gegen die §§ 17 und 18 des Preßgesetzes hatte sich am Sonnabend der Redakteur der „Königsberger Volkszeitung“ Genosse Marchionini vor der Königsberger Strafkammer zu verantworten. In dem Bericht über eine Gerichtsverhandlung gegen den ehemaligen Redakteur des „Völkischen“ hatte die „Königsberger Volkszeitung“ zur besseren Erläuterung einige Stellen aus dem schriftlichen Urteil, das ihr vom Verteidiger des Angeklagten zur Verfügung gestellt war, wörtlich abgedruckt. Nun hatte aber der beurteilte ehemalige Redakteur des „Völkischen“ gegen das Urteil Revision angemeldet. Das Urteil war also zur Zeit der Veröffentlichung noch nicht rechtskräftig, es darf also aus dem Aktenmaterial des noch schwebenden Verfahrens nichts veröffentlicht werden. Vergeblich wies der Verteidiger Marchionini darauf hin, daß mit der Veröffentlichung einiger Tatsachen nichts Neues, sondern nur das, was öffentlich verhandelt worden war, gesagt worden sei, außerdem betonte er, daß der Angeklagte sich im guten Glauben befand, da er nicht wußte, daß Revision eingelegt worden war und daß er das Material von einem Rechtsanwalt erhalten hatte. Der Staatsanwalt beantragte trotz alledem 100 Mark Geldstrafe und das Gericht verurteilte den fahrlässigen Nebertreter des Gesetzes zu 100 Mark Strafe.

Vor den Gerichten zu Weihenfeld und Halle, so wird uns aus Halle berichtet, stand am Sonnabend und Montag der Genosse Leopold vom „Völkischen“ für Halle. In Weihenfeld gab man ihm vor dem Schöffengericht wegen Abdrucks einer Wohlfahrtsresolution 100 M. Geldstrafe. In Halle verurteilte ihn das Schöffengericht wegen Verletzung eines Landgendarmen Paul zu sechs Wochen Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte drei Monate beantragt. Wäre Leopold ein Student gewesen, der Laternen zertrümmert oder einem Polizisten den Spazierstock auf dem Kopf schlägt, dann wäre er vielleicht auch mit einer Geldstrafe davon gekommen. So vergriff er sich aber an der gebelagten Person eines Landgendarmen und warf diesem eine Pflichtwidrigkeit vor — Gen darmen handeln bekanntlich immer pflichtgemäß — und da mußte natürlich auf Gefängnis erkannt werden.

## Soziales.

### Ländliche Wohnungen und Arbeiterquartiere im Königreich Preußen.

Die Flucht der Arbeiter vom Lande in die Städte ist der dauernde Schmerz der Agrarier. Stumpelos nutzen sie ihre politische Macht für ihre rein wirtschaftlichen Profitinteressen aus. Über alle möglichen Versuche, ein neues Verhältnis durch Legitimationszwang, Kontraktstrafgesetze, Strafbestimmungen usw., alle Hilfe der Polizei- und Gerichtsbehörden können das Festhalten der Landarbeiterfluten nicht bewirken, nicht endgültig die Landarbeiterflucht aufhalten. Es gibt nur ein Mittel: Schaffung menschenwürdiger Wohn- und Existenzbedingungen für die ländlichen Arbeiter.

Aus der trostlosen Misere des Landarbeiters sei für heute etwas aus dem wiederholt von uns behandelten Kapitel der ländlichen Arbeiterwohnungen und Arbeiterquartiere hervorgehoben.

Wie zitiert aus einer wiederholt von uns benutzten amtlichen Quelle, dem von der Medizinalabteilung des preussischen Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten bearbeiteten Buch über das Gesundheitswesen des preussischen Staates im Jahre 1905. Niemand erwartet von einer Arbeit eines preussischen Ministeriums, daß es die Verhältnisse auf dem Lande — dem Herrschaftsbereich des Junker- und Agrariertums — zu schwarz malt. Im Gegenteil kann man immer damit rechnen, daß solche Schilderungen mit roseneroter Tinte gemalt sind. Und was sagt die Medizinalabteilung über ländliche Wohnungen in Preußen?

In den abgelegenen Ortshäusern des Regierungsbezirks Gumbinnen sieht man massive Gebäude nur selten, dagegen häufig Behausungen mit nicht zu öffnenden Fenstern. Der Kreisarzt von Niederung traf in seinem Amtsbezirk vier aus Torfrasen erbaute Häuser und eine Erdhütte. Im Regierungsbezirk Allenstein und im Kreise Sensburg wurden noch einige Erdhöhlen als Wohnungen angetroffen. In dem Dorfe Jemblau im Regierungsbezirk Danzig fand der Kreisarzt gelegentlich einer Typhusepidemie keinen einzigen Aberg im Dorfe. Nur allmählich machen die alten Lehm- und Strohhäuser im Regierungsbezirk Köslin gesundheitsgemäße Neubauten Platz. Daß ein einziger Raum zwei verschiedene Familien, jederviel, Kartoffeln und Kohl beherbergt, kommt im Regierungsbezirk Bromberg auf dem Lande „oft“ vor. Mehrere, von Stichen bewohnte Gemeindegüter in Landkreis Oppeln mußten geräumt werden. Die Armenhäuser der Dörfer im Regierungsbezirk Merseburg werden vielfach als dürftig geschildert, einige gar für unbewohnbar erklärt. In einem Arbeiterhaus im Regierungsbezirk Schleswig lagen Schweineflast, Abtritt und Wohnung unter einem Dach, zwischen Schweineflast und Küche war eine Verbindungstür. Die Mietshäuser der Tagelöhner im Regierungsbezirk Lüneburg und auch die häufig vermieteten Gemeindegüter sind meist „ohne Dichtung, Schornstein, Abort und Brunnen.“ Beseferung zu schaffen „gelingt nur allmählich.“

Ueber die „ländlichen Arbeiterquartiere“ wird aus dem Regierungsbezirk Allenstein gesagt, daß es eigentliche Schnitterhäuser kaum gibt. Die große Zahl der Wanderarbeiter wurde vielfach in Scheunen untergebracht, wobei „oft eine Trennung der Geschlechter nicht stattfand“. Ueberbelegung, Fehlen von Krankenstuben kamen im Regierungsbezirk Pommern „häufig“ vor. In den Quartieren des Nitterguts Stolpe im Kreise Nieder-Pommern war eine Reihe von Choleraerkrankungen vorgekommen. Die Quartiere waren stark überfüllt. So fehlte die vorgeschriebene Krankenstube. Bei den Arbeiterwohnstätten auf den Gütern fehlte es oft an einer Aborteanlage, einmal wurde das auch bei einer — Domäne festgestellt. Geradezu unfaßlich ist die Mitteilung in dem Buche über die Art der Unterbringung von Bauhelfern und Bauarbeitern. Diese waren in hölzernen Baracken (im Kreise Regenwalde, Regierungsbezirk Stettin) untergebracht. Bei der Revision des Kreisarztes, die von der Kreispolizei veranlaßt worden war, stellte es sich heraus, daß in den Baracken der Schlafraum zu stark belegt, das Stroh unsauber war und Waschgelegenheit und Aborte fehlten. Die Massenquartiere der Saisonarbeiter im Regierungsbezirk Stralsund wurden wegen „der häufigen Verschleppung ansteckender Krankheiten“ häufig von der Polizei überwacht. Die Ausbreitung der Pocken, die von den Russen fast in jedem Jahre eingeschleppt werden, wurde geradezu bedingt dadurch, daß die ausländischen Arbeiter bei einzelnen einheimischen Familien verteilt wurden. Das Massenquartier für die beim Bahnbau beschäftigten galizischen Arbeiter, das in einer Scheune aufgeschlagen worden war (in Neuruppin, Kreis Goldberg, Regierungsbezirk Pommern) wurde aufgelassen. In dem Kreis Schleswig ist es mit der Trennung der Geschlechter in den Quartieren „vielfach“ schlecht bestellt. Aus dem Kreise

Hadersleben wird folgendes „Kulturbild“ wörtlich vorgelesen: „Auf einem Hofe hausten in einem geräumigen Zimmer drei Ehepaare mit Kindern und ein junger Mann; eine Frau war eben entbunden, während die andere kurz vor der Entbindung stand.“

Im preussischen Abgeordnetenhaus war neulich gar viel von Kontraktbruch ländlicher Arbeiter die Rede. Es wurde von keiner Seite auch nur der Versuch einer Begründung dieser Behauptung aufgestellt. In Wahrheit liegt es oft so: Die ländlichen Arbeiter können überhaupt keinen Vertrag brechen, weil er von den „Herren“ von vornherein durch Nichterhaltung der Vertragsbestimmungen verletzt wird und überdies von Anfang an ungültig ist, da er ein wucherischer gegen die guten Sitten verstößender Ausbeutungsvortrag ist. Es gehört die abgebrühteste Schamlosigkeit hartgefolgten Sünden dazu, unter diesen Umständen gar neue Maßnahmen nicht gegen die profitgierigen Großgrundbesitzer, sondern gegen die ausgebeuteten Arbeiter zu verlangen. Vorstehend ist auf Grund der amtlichen Quelle wieder einmal der Nachweis geführt, daß die Herren in einer empörenden, die Gesundheit ihres Willensenden verachtenden, der Sittlichkeit ins Gesicht schlagenden Weise ihre Verpflichtung verletzen, den Kontrakt brechen und dann über Kontraktbruch der mit Zug und Recht dem barbarischen Absolutismus raffziger Großgrundbesitzer entsetzenden Landarbeiter zetern. Das, was für den Bruch des Vertrages durch die Besitzer rücksichtslos der Nichterhaltung von menschenwürdigen Wohnungen gilt, gilt nicht minder, wie wir oft gezeigt haben, rücksichtslos aller übrigen Verpflichtungen der Großgrundbesitzer. Dringend erforderlich ist ein Gesetz zum Schutz der Landarbeiter gegen die Großgrundbesitzer.

## Aus Industrie und Handel.

### Getreidespekulation.

Lange bevor die sehr problematischen Ernteschätzungen der Regierungen vorliegen, bevor noch das Getreide ausgereist, geschnitten und gedroschen war, viel früher: während die junge Saat noch im Keime unter der schützenden Erd- und Schneedecke überwintert, begannen die Haus- und Rasse-Treibereien, an denen die arischen Großgrundbesitzer ebenso eifrig wie die semitischen Händler sich beteiligen. Ehe noch die großen Vorräte der Ackerordnungen von 1905 und 1906 aufgehört und ein sicheres Urteil über die Ernte von 1907 möglich war, wurden die Vorbereitungen zu einem neuen Auszuge getroffen. Die Ernteresultate sind nunmehr bekannt und auch von Argentinien, dessen Ernte zeitlich die letzte ist, welche für die Weltapprovisionnement in Betracht kommt, liegen bereits Meldungen vor. Das allgemeine Resultat steht nun zweifellos hinter den Erwartungen der glänzenden Vorjahre zurück, aber zusammen mit den Vorräten reicht die Weltrente doch aus, um den Bedarf zu befriedigen.

Nichtdestoweniger zeigen die Getreidepreise seit geraumer Zeit eine harmlose Tendenz zur Aufwärtsbewegung, und zwar an allen Weltplätzen des Getreidehandels. Daß dabei die Spekulation im Spiele ist, kann man täglich den Börsenblättern entnehmen. Vor einiger Zeit ließ man sich aus Argentinien die denkbar günstigen Nachrichten fabeln. „Das Resultat ist ein sehr gutes, die Exportfähigkeit des Landes wird wesentlich größer sein als im Vorjahre“, hieß es am 15. Dezember. Zwei Tage später wurde die Welt mit einer „Verschlechterung der Dreschergebnisse“ überrascht, und gleichzeitig machte man die betrübende Mitteilung, daß die Winterfrucht in Russland schlecht stehen. Eine neuerliche Verteuerung der Weizenfrucht sei zu befürchten, und selbstverständlich wurden die ungünstigen Nachrichten mit einem Hinzuwirken der Weizenpreise (in Berlin gleich um 4-5 Mark) prompt beantwortet.

### Die Abschwächung des Eisenabfages.

Im kürzlich erschienenen Novemberberichte konstatiert der Stahlwerkverband zum erstenmal den Rückgang des Abfages und die Verminderung der Nachfrage. Der Verband in Halbzeug, Oberbaumaterialien und Formeisen sank vom Oktober auf November um 18 877 Tonnen. Die Lage des Innenmarktes erforderte Preisermäßigungen und eine Aufrechterhaltung der höheren Preise für das erste Quartal 1908 wäre „nicht zu rechtfertigen“ gewesen. Danach rechnet der Verband im nächsten Jahre mit weiteren Preisermäßigungen, und offenbar tut dies auch der Konsum, denn er hält sich augenblicklich zurück, obgleich die Bezugsverpflichtungen erleichtert wurden und die Vorräte abgenommen haben. Im einzelnen stellt sich der Abfall gegenüber dem Vormonat wie folgt:

	Oktober	November
Halbzeug	120 014	115 801
Oberbaumaterial	188 808	222 074
Formeisen	129 921	85 091
	438 743	423 066

Per Arbeitstag ergibt sich eine Differenz von 1370 (17 627 gegen 16 257) Tonnen. Der Bericht nennt dies in Anbetracht der Geldverhältnisse und der Jahreszeit „recht befriedigend“. Im Oberbaubereich trifft dies allerdings zu; da ergibt sich sogar eine Steigerung, und da es sich nicht um Lieferungen für die Staatsbahnen handelt, soll, ist die Befriedigung um so erfreulicher.

Deutschlands Roheisenerzeugung. In den abgelaufenen elf Monaten dieses Jahres betrug die Roheisenerzeugung Deutschlands 11 939 385 Tonnen, gegen 11 408 429 Tonnen in der gleichen Zeit des Vorjahres. Im Monat November betrug die Erzeugung 1 112 225 Tonnen gegen 1 135 576 Tonnen im Oktober und 1 061 572 Tonnen im November des Vorjahres.

Sibirien. Die Bergwerksgesellschaft „Sibiria“ erzielte in der Zeit vom Januar bis November 1907 einen Bruttogewinn, der unter Schätzung des Gewinnes pro Dezember die Ausschüttung einer Dividende von 14 Proz. ermöglicht.

## Aus der Frauenbewegung.

### Eine Kritik der bürgerlichen Frauenbewegung.

Die Sittlichkeitsfrage! Stagnation trotz aller Vorträge, trotz der vorhandenen Organisation, trotz der sich dahinschleppenden Ueberzeugung von den verschiedensten Seiten aus, daß es Punkte gibt, denen alle Richtungen zustimmen, daß Ziele aufgestellt sind, denen alle Strömungen in dieser Frage sich zuwenden können. Wäre nicht die Mutterkutschbewegung vorhanden, wir würden überhaupt keine Stöhrkraft in der Sittlichkeitsbewegung verspüren haben. Reform der Ehegesetzgebung! Auch hierin gibt es Fragen, in denen eine gemeinsame Arbeit zu erzielen wäre. Leider werden die Reformvorschlüge für die Aenderung des Gesetzes durch die entstellende Polemik einiger Führerinnen der gemäßigten Richtung zu einem wahren Mattentönu tollster Widerstandnisse gelenkt. Sie konzentrieren sich in wunderlichen Gebilde in ihrer Phantasie, weil sie selbst fern dieser Bewegung stehen; sie belächeln Grundzüge, die nicht vertreten werden, greifen Entwürfen an, die nicht ausgesprochen sind, — kurz, sie rufen Verwirrung hervor, dadurch aber Schwächung in dieser hochwichtigen Frage.

Die Reform des Strafgesetzbuches! Die Regierung kündigt beständig die bevorstehende Reform an. Die radikale Richtung in der Frauenbewegung bemüht sich unangelegentlich, die Frauen auf die Notwendigkeit hinzuweisen, ihre ganze Kraft in der nächsten Zeit auf bestimmte Paragraphen des Gesetzbuches zu verwenden, die durch eine völlige Aenderung erfahren müßten. Stills, fast überall Stills! Oder ist vielleicht eine großartige stille Arbeit im Gange?

Wir nehmen gern Belehrung an, wenn dem so ist. Sollte es den Frauen keine schmerzliche Lehre für immer gewesen sein, daß sie zu spät beim bürgerlichen Gesetzgeber kamen?

Und nun zu der niemals endenden Bildungsfrage! Es ist freilich ein Kongreß für diese Frage abgehalten worden. Wir wollen nicht noch einmal hier auf die vielen Fehler eingehen, die dabei begangen worden sind. Man hat sich in Stoffel auf eine mittlere Linie geeinigt, man ist auch von dem preussischen Kultusminister empfangen worden. Aber das Resultat, wo bleibt das Resultat? Ruhe des Grabes scheint die Folge zu sein. Nichts verkauft, nichts rührt sich — Propaganda, Aktionsfähigkeit, Stöhrkraft fehlen eben.

So urteilt ein bürgerlicher Frauenorgan, die „Frauenbewegung“. Trotz dieser so gelehrzweifelhaften Unfruchtbarkeit glauben die weiblichen Ausgaben der liberalen Wochenblätter nichts Besseres tun zu können, als bei ihren gelegentlichen Kränkchen die sozialdemokratische Unfruchtbarkeit zu verdammen.

### Für das Frauenwahlrecht in Dänemark.

Das kommunale Frauenwahlrecht ist in dem dänischen Regierungsentwurf zur Reform des kommunalen Wahlrechts enthalten, dessen Verwirklichung allerdings vorläufig im Landsting gescheitert ist, nicht des Frauenwahlrechts wegen, sondern weil dieses „Herrenhaus“ die Uebermacht der Wohlhabenden in den Gemeindevertretungen nicht eingeschränkt wissen will. Für die Einführung des staatsbürgerlichen Frauenwahlrechts liegt dem Folketing ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion vor. Inzwischen entfalten die dänischen Frauen selbst eine eifrige Wahlrechtsagitation. In Kopenhagen fand kürzlich ein Frauenwahlrechts-Kongreß statt, auf dem 88 von den 40 Frauenvereinen Dänemarks vertreten waren. Hier wurde ein Landesverband für das Frauenwahlrecht gegründet, dessen Ziel die völlige Gleichberechtigung der Frauen mit den Männern bei allen politischen wie kommunalen Wahlen ist. Auch wurde beschlossen, ein Verbandsorgan herauszugeben, das monatlich erscheinen soll.

## Gerichts-Zeitung.

### Die Hamburger Strafenordnung — ein Kampfmittel gegen ausgeperrte und streikende Arbeiter.

Es ist erreicht! wird die Polizeibehörde Hamburgs andrufen, der vom Hanseatischen Oberlandesgericht als Revisionsinstanz die Nachbefugnis zugesprochen worden ist, ein Präventivverbot gegen das Betreten gewisser Stadtteile auszusprechen. Auf Grund der Strafenordnung muß in der „Republik“ Hamburg jeder Aufforderung eines Polizeibeamten zum Weitergehen Folge gegeben werden, vorbehaltlich der Beschwerde des Betroffenen. Das subjektive Ermessen des Polizisten feiert höchste Triumphe, denn er braucht nur zu befürchten, daß durch die „Ansammlung“ eines einzelnen Menschen die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährdet werden könnte, um zu seinem Vorgehen „berechtigt“ zu sein. Bei der letzten Ausübung der Hafensarbeiter erließ die Polizei ein Verbot gegen das Betreten der Hafengegend. Dieses Verbot richtete sich nur gegen Ausgeperrte. Auf Grund der ihnen erteilten Instruktion trieben die Polizisten jeden Ausgeperrten aus der Hafengegend, und jeder Ausgeperrte oder jeder Streikposten, der nicht sofort die Beine in die Hand nahm, erhielt eine hohe Strafverfügung. Das Oberlandesgericht hat die Revision eines Schauerannes verworfen, weil die Polizeibehörde auf Grund der Strafenordnung im Interesse der öffentlichen Ordnung berechtigt sei, derartige Präventivmaßnahmen zu treffen, damit keine Ausschreitungen passieren können.

Die Uebeder Streikpostenverordnung wurde vor Jahren vom Reichsgericht für unzulässig erklärt, weil gegen die Gewerbeordnung verstößend. In Hamburg versucht man wie in Preußen und Sachsen mit Hilfe der Strafenordnung den Arbeitern das Streikrecht illusorisch zu machen.

Ein Gesetz zum Schutz des Koalitionsrechts der Arbeiter ist dringend erforderlich.

### Ein Bauernprozeß

spielte sich in dieser Woche vor der Strafkammer zu Offenburger (Baden) ab, der unter den Redleuten der Ortenauer Gegend große Unzufriedenheit erregt. Sie sollen der Verbreitung der Reichsaus Vorladung geleistet und sich deshalb gegen das Reichsgesetz vom 8. Juli 1904 und die badische Verordnung vom 18. Oktober 1905 verhalten haben. Diese mittelbadischen Winger sind befreit, ihre immer geringere Erträge liefernden Rebflächen hohen Alters wegen abzuschaffen. Vom Anbau einer amerikanischen Rebsorte, die erwiebsamer einen ganz erheblichen höheren Ertrag liefert, erhoffen diese ökonomisch gedruckten Bauern ein Emporkommen aus der verzweifeltsten Lage ihres Wingerlandes. Ihre Hoffnung ist durch Gesetz und Verordnung, durch Anklage und Verurteilung vernichtet worden. Viele Bauern, welche infolge der eingeleiteten Untersuchung ihrer Bestellungen rückgängig zu machen suchten, sind ganz trostlos über die Verurteilung ihrer etwa 50 vor der Strafkammer erschienenen Berufungswesen. So gering die Geldstrafe ausfiel, es heißt auch hier: Wir haben ein Gesetz, und nach diesem Gesetz muß ihr sterben. Der Anbau amerikanischer Reben oder deren Kreuzungsarten ist verboten, weil dieselben, wie behauptet wird, „reblausfest“ sind. Das heißt: Das gefährlichste Insekt beeinträchtigt als Schmarotzer auf diesen Pflanzen das Wachstum nicht, zerstört aber beim Ueberzug auf unsere einheimischen Rebbestände diese vollständig. Auch will man mit dem Verbot die Produktion geringerer Weinqualitäten verhindern. Die Verteidigung bestritt die Anwendbarkeit der gesetzlichen Bestimmungen auf diesen Fall, wo man diese Anpflanzungen aus im Lande angelegten amerikanischen Traubenreben gezogen hat. Die beiden Sachverständigen gaben direkt entgegenstehende Meinungen kund. Den Bauern wurde die Widerlegung der Falschheit eingekramt. Es sollen noch eine große Anzahl Bauern an die Reihe kommen. Demnach müßte das Land schon ganz verheult sein. Die Aufregung ist eine große. Da es aber keine temperamentsvollen Südfrenzen, sondern gewaltige Zentrumsbauern voller Mittelstandshoffnung sind, wird es nicht zur Bauernrebellion kommen.

### Schantwirtschaftsbetrieb?

Der Direktor eines Areselder Varietè-Theaters, Herr Trost, sollte sich gegen die Vorkritik einer Polizeiverordnung von 1897 verhalten haben, welche die Duldung von jugendlichen Personen unter 16 Jahren bei Varietè-Vorstellungen untersagt, die Kopf- und Schantwirtschaft veranstalten oder veranstalten lassen, vorausgesetzt, daß ein höheres Interesse der Kunst nicht abwaltet. Herr Trost läßt in seinem Theater auf eigene Rechnung Bier umfuchen. Seine Vorstellungen sind nach sachverständigem Urteil als Ganzes keine mit höherem Kunstinteresse, wenn auch gewissen Einzelleistungen das höhere Kunstinteresse zugesprochen wird. In zweiter Instanz wurde er wegen Uebertretung jener Verordnung verurteilt. Das Kammergericht hob dieser Tage jedoch das Urteil auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück. Die Verordnung spreche von Kopf- und Schantwirtschaft, die derartige Vorstellungen, wie sie näher in der Verordnung bezeichnet würden, unternehmen oder unternehmen lassen. Es sei aber noch nicht jeder Theaterdirektor, der einmal Ausschank betreibt, ein Kopf- oder Schantwirt im Sinne der Verordnung. Das wäre nur der Fall, wenn in seinem Gewerbebetriebe der Ausschank die Hauptsache bildete. Solche Theater gebe es ja auch, wo die Vorstellungen nur zum Erlaufen veranlassen sollten. Hier fehlten darüber nähere Bestimmungen. Das Landgericht müsse sich nochmals mit der Sache beschäftigen.

Diese Entscheidung steht im Widerspruch zu der sonstigen Rechtsprechung des Kammergerichts, die sogar ein einmaliges Gestatten, im Laden eine Flasche Bier zu trinken, als strafbare Ausübung des Schantgewerbes erachtet hat.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Heute Dienstag bleiben die Theater geschlossen.

**Berliner Theater:**

Heute: Geschlossen. Morgen: **Blaubart**

## Blaubart

Donnerstag, nachm. 3 Uhr: **Blaubart**.  
Abends: **Blaubart**.

### Neues Theater.

Heute: Geschlossen.

Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Sonnabend:

### Baccarat.

Anfang 8 Uhr.

### Kleines Theater.

Heute: Geschlossen.

Mittwoch nachmittags 3 Uhr: Ein Puppenheim (Kora). Abends 8 Uhr: Mandragola.

Donnerstag nachm. 8 Uhr: Maria Magdalena. Abends: Mandragola.

Freitag nachm. 8 Uhr: Nachtschl. Abends 8 Uhr: Mandragola.

### Theater des Westens.

Nachm. 3 Uhr zu kleinen Preisen: Schneewittchen u. die sieben Zwerg.

Abends: Geschlossen.

### Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Heute: Geschlossen.

Mittwoch 3 Uhr: Der blinde Passagier. Abends 8 Uhr: Madame Sans Gêne.

Donnerstag nachm. 3 Uhr: Nathan der Weise. Abends 8 Uhr: Der gelehrte Schmeichele. Siegfrieds Tod.

Freitag nachm. 3 Uhr: Der blinde Passagier. Abends 8 Uhr: Madame Sans Gêne.

### Lovizing-Theater.

Heute: Geschlossen.

Mittwoch nachm. 3 Uhr: Nigolotto. Abends 8 Uhr: Der Trompeter von Sodingen.

Donnerstag nachm. 3 Uhr: Die letzten Weiber von Andros. Abends 8 Uhr: Die Hausbesitzer.

Freitag nachm. 3/4 Uhr: Rumpelstilzchen. Abends 8 Uhr: Urdine.

### Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander. - Anfang 8 Uhr.

### Ganz der Papa.

Schauspiel in 3 Akten von Max und Dezaire. Deutsch v. R. Schönau. Paron des Hubrats; Rich. Alexander.

Mittwoch den 25. Dezember, nachm. 3 Uhr: **Edette**.

Donnerstag, 26. Dezember, nachm. 3 Uhr: Eine Hochzeitnacht.

### Lustspielhaus.

Heute: Geschlossen.

Mittwoch und Donnerstag nachm. 8 Uhr: Pension Schöller.

Abends 8 Uhr: **Husarenliebe**. Ganz höher als Gast.

### Zentral-Theater.

Schauspiel des Hebbel-Theaters. Heute: Geschlossen.

### Luisen-Theater.

Reichenbergerstr. 34.

Heute: Geschlossen.

Mittwoch nachm.: Berlin wie es meist und last. Abends: Krieg im Frieden.

Donnerstag nachm.: Maria Stuart. Abends: Das Heiratstuch.

Freitag nachm.: Der Leiermann und sein Weibchen. Abends: Ein gallisches Haus.

Sonnabend 4 Uhr: Frau Holle. Abends: Krieg im Frieden.

Sonntag nachm.: Die Waise. Abends: Amerikasappel.

Montag: Krieg im Frieden.

### BERNHARD ROSE THEATER

Str. Hauptstr. 132.

Heute: Geschlossen.

Morgen:

Die Verlobung im Bett. Anfang 8 Uhr. - Sonntagspreise.

### Apollo Theater

Heute: Geschlossen.

An beiden Weihnachtsfeiertagen nachm. 3/4 Uhr bei kleinen Preisen: **Große Familien-Vorstellung**.

Abends 8 Uhr: **Elite-Vorstellung**.

### Folles Caprice

Innenstr. 132, Ecke Friedrichstraße.

Heute Dienstag: Geschlossen.

Morgen und folgende Tage:

### Mal was Anderes.

Dunkle Punkte.

Eine anständige Frau.

## Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).

Dienstag: **Geschlossen**.

Mittwoch nachm. 3 Uhr: **Rosmersholm**.

Schauspiel in 4 Akten v. Henrik Ibsen. Deutsch von Wilhelm Lange.

Mittwoch, abends 8 Uhr: **Ein Fallissement**.

Schauspiel in fünf Aufzügen von Björnstjerne Björnson.

Donnerstag nachm. 3 Uhr: **Maria Stuart**.

Donnerstag, abends 8 Uhr: **Relterattacke**.

Schiller-Theater Charlottenburg.

Dienstag: **Geschlossen**.

Mittwoch nachm. 3 Uhr: **Gebildete Menschen**.

Vollständ. in 3 Aufzügen von Viktor Ibsen.

Mittwoch, abends 8 Uhr: **Götter von Berlichingen**.

Schauspiel in 5 Aufzügen von Johann Wolfgang v. Goethe.

Donnerstag nachm. 3 Uhr: **Der Richter von Zalamea**.

Donnerstag, abends 8 Uhr: **Web' dem, der lügt**.

### XIII. Saison. Zirkus Busch

Heute: Geschlossen.

An allen 3 Weihnachtsfeiertagen: **Je 2 Große Gala-Vorstellungen**.

Nachm. 4 Uhr und abends 7 1/2 Uhr.

Nachm. 4 Uhr zahlen Kinder unter 10 Jahr. auf alt. Sitzpl. halbe Preise.

Auftreten sämtlicher Clowns mit den neuesten Stücken und Späßen.

Nachmittags 4 Uhr: **Jokel und Koko**.

Die entpangenen Affen in der Sommerfrische.

Große humorist. Wasserfontäne in zwei Bildern.

Abends 7 1/2 Uhr: **Auf der Hallig!**

### W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Ill. Strassenstr. 10.

An allen drei Feiertagen: **In der Irre**.

Schauspiel n. d. neuelt. "Korngospot"-Roman.

Am 1. Feiertag: Anfang 8 Uhr.

2. und 3. Feiertag: Anfang 7 Uhr.

Sitzplatzverkauf täglich a. d. Kasse.

### Passage-Theater.

Abends 8-11 Uhr.

Die singenden **Engelsköpfe**.

Martin Kettner  
Erna Fröhlich

und das großartige **Dezember-Programm**.

### Gebr. Herrnfeld-Theater.

57 Kommandantenstraße Nr. 57.

Anfang 8 Uhr.

Vorverkauf ab 11 Uhr.

Heute: Geschlossen.

Morgen Mittwoch (1. Feiertag): die erfolgreichste Revue:

### Papa u. Genossen.

Komödie in 2 Akten mit den Autoren Kintin u. Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.

Revue:

**Madame Wig-Wag**.

Nachmittags 3 Uhr (halbe Preise): **Die Meyerhains**.

### Parodie-Theater.

Dreddenstr. 97. Anfang 8 Uhr.

An allen drei Feiertagen: **Zapfenreich. Tannhäuser. Monna Hanna**.

An allen drei Feiertagen nachm. 3/4 Uhr zu halben Preisen: **Zapfenreich. Wilhelm Tell**.

## 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis

Donnerstag, 26. Dezember 1907 (2. Weihnachtsfeiertag):

# Weihnachts-Matinee

im gr. Saal der Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59.

Mitwirkende: Festrede: H. Schulz; Violine: Frau Am. Radwaner-Birnbaum;

Rezitation: Max Laurence; Klavier: Leo Keutenberg; Männerchor „Union“ (M. d. A.-S.-B.).

Billet 30 Pf. Anfang präzise 12 Uhr.

Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein **Der Vorstand**.

### Urania.

Wissenschaftliches Theater.

Heute: Geschlossen.

Mittwoch u. Donnerstag 8 Uhr: **Kairo und die Pyramiden**.

Freitag 4 Uhr: **Am Golf von Neapel**.

8 Uhr: **Kairo und die Pyramiden**.

Invalidenstr. 57-59: Sternwarte.

Zur Beobachtung: Mars, Saturn, Doppelsterne, Nebelhaufen.

### Kajino-Theater.

Lothringenstr. 37. Täglich 8 Uhr:

Heute: Geschlossen.

### Biederleute.

Komödie in 4 Akten v. Rob. Misch.

Vorher das glänz. hunte Programm.

### Trianon-Theater.

Heute: Geschlossen.

An allen Weihnachtsfeiertagen 8 Uhr:

**Fräulein Josette - meine Frau**.

1. Weihnachtsfeiertag 3 Uhr:

**Cyprienne**.

2. Weihnachtsfeiertag 3 Uhr:

**Gastons Frauen**.

### Reichshallen-Theater.

Heute: Keine Seires der Stettiner Sänger.

Anfang a. l. u. 2. Feiertag: 7 Uhr.

Anfang am 3. Feiertag: 7 1/2 Uhr.

Donnerstag, den 26. 12. (2. Feiertag): Große Weihnachtsfest-Benefiz-Matinee. Zum 1. Male: Die Südwest-Afrikaner.

Weihnachtsbild v. Kengel.

### Pelzwaren

direkt aus der Fabrik, auch im Einzelverkauf zu Engrospreisen.

**Stolas, Kolliers,**

Muffen, sehr schön gearbeitet, Damenhüte, Barets, Herren-, Knaben- und Mädchen-Garnituren, Fußstöße, Jagdtaschen, Pelztopf, Samt, gangbare Pelzarten a. Lager. Große Auswahl, bestes Material. Keine Bezugspreise, keine Heilmittel oder Jodwasser, Gelegenheitskäufe, trotzdem billiger.

**F. Kalman, Kürschnermeister,**

jetzt nur Kommandantenstr. 15, 1. gegenüber Deutschstr., beim Dönhofsplatz. Verkauf bis 9 Uhr abends. Sonntag geöffnet. Telefon 1 3917.

### Sanssouci

Kottbuser-Str. 6.

Direktion: Wilhelm Reimer.

Wegen Vorbereitungen zum Weihnachtsfest geschlossen.

An allen 3 Feiertagen: Große Extra-Fest-Vorstellungen.

Hochaktuelles Programm. Elite-Soiree von Hoffmanns Nordl. Sänger-Tanztruppen.

Am Dienstag, den 7. Jan. 1908: 1. gr. Spezialitäten-Vorstellung.

### Gummischeuhe

Warum wälen Sie nicht durch eine geringe Ausgabe ihrer Gesundheit diesen?

Tragen Sie unsere leicht, schlag-samen Gummischeuhe.

Sie schützen Ihre Füße gegen Schmutz und Nässe.

Sie schützen Ihre Füße vor Erkältung.

# SALAMANDER-SCHUH-Ges.m.b.H.

Centrale W. Friedrich-Str. 103

C. König-Str. 47

SW. Friedrich-Str. 221

### Gebr. Herrnfeld-Theater.

57 Kommandantenstraße Nr. 57.

Anfang 8 Uhr.

Vorverkauf ab 11 Uhr.

Heute: Geschlossen.

Morgen Mittwoch (1. Feiertag): die erfolgreichste Revue:

### Papa u. Genossen.

Komödie in 2 Akten mit den Autoren Kintin u. Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.

Revue:

**Madame Wig-Wag**.

Nachmittags 3 Uhr (halbe Preise): **Die Meyerhains**.

### Parodie-Theater.

Dreddenstr. 97. Anfang 8 Uhr.

An allen drei Feiertagen: **Zapfenreich. Tannhäuser. Monna Hanna**.

An allen drei Feiertagen nachm. 3/4 Uhr zu halben Preisen: **Zapfenreich. Wilhelm Tell**.

### Oscar Arnold, Dresdenerstr. 116.

Hut und Mützen Engrosgeschäft

Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen!

Weiche Herrenhüte v. 1,50-7,00

Nur fehlerfreie moderne Ware.

Größte Auswahl in Hüten, Mützen und Pelzwaren.

Stiefe Herrenhüte v. 2,00-7,00

Nur fehlerfreie moderne Ware.

Größte Auswahl in Hüten, Mützen und Pelzwaren.

### W. Zapel, Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131.

Größtes Spezial-Geschäft für Seiden- und Filz-Hüte.

Lager in Schirmen und Mützen.

### H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.

Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.

Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.

Sämtliche bekannten **Zigaretten** an Originalpreisen.

Amt 4, 3014.

### Erster Weihnachts-Feiertag, abends 7 1/2 Uhr

## Gewerkschaftshaus:

### Heiterer Weihnachts-Abend.

Leitung: Margarete Walkotte.

Mitwirkende:

Herr Willy Hagen, der bekannte Satiriker vom Kabarett Unter den Linden. Frä. Lisa Becker, Konzertsängerin. Frau Ilka Pauliet, die lustige Schwiegermutter vom Wintergarten.

Emil Walkotte, Marg. Walkotte, ein Intermezzo. Am Flügel: Herr Nitzsche.

Entree 75 Pf. - Im Vorverkauf bei Herrn Horsch, Engel-Ufer 15. - An der Abendkasse 1 M.

### Haben Sie schon

die

## Deutschen Konzerthallen,

An der Spandauerbrücke 3, besneht???

### Walhalla-Variété-Theater

Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor

Heute geschlossen.

An beiden Weihnachtsfeiertagen: **2 Vorstellungen**

Nachmittags 3/4 U.: kleine Preise.

Jeder Erwachsene ein Kind frei.

Abends 8 Uhr.

Dienstag, 31. Dezember: **Große Silvester-Feier**.

Tunmel: Rhythopelle, Schrammeln.

Theaterbesucher freier Eintritt.

### Biogr.-Theater „Westend“

Charlottenburg, Potsdamerstraße 11.

Heu! Elegant! Interessant!

Täglich Vorstellung von 5-11 Uhr.

Sonntag von 3-11 Uhr.

Elektr. Eingang von Reichellen.

# Herren-Artikel für die Festtage:

## Herren-Hüte

Steif und weich 1 M. 90  
6.— 4.25 2.90

## Wäsche-Kragen

Viele neueste Formen, 4-fach, das 1/2 Dutzend 95 Pfg.

## Oberhemden

in weiß u. farbig, 5.— 3.75 2 M. 90

## Zylinder-Hüte

16.50 12.— 9.— 6.— 1/2 M

Pelzmützen u. -Kragen, Hosenträger, Taschentücher, Manschetten, Serviteurs, Spazierstöcke, Handschuhe, Trikotasen, Strümpfe usw. zu sehr niedrigen Preisen.

## Krawatten

Schönste Neuheiten 50 Pfg.  
1.50 0.95

## Auto-Skarfs

Gestrickte Kragen-schoner . . . von 75 an

## Regenschirme

1<sup>a</sup> Taffet-Gloria. 3 M. 90  
Seiden-Bezug. 2 Jahre Garantie.

## Chapeaux clagues

Beste Fabrikate 16.— 12.— 9.— 6 M. 50



Rockbügel und Hosenstrecker Mit Stoff bezogener praktische Konstruktion zusammen für 50 Pfg.

# Baer Sohn

Spezialhaus größten Maßstabes  
Chausseestraße 29-30 • Brückenstraße 11

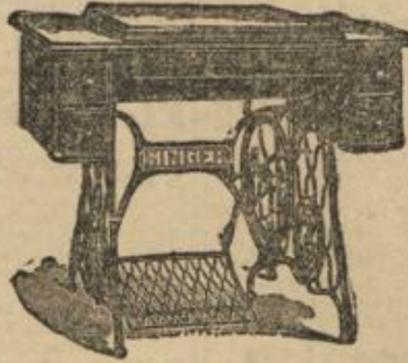
Katalog No. 32 (Wäsche-Artikel) gratis und franko.

Immerwährender Kalender an Kunden kostenlos.

# Zu Weihnachten sind die nützlichsten Geschenke

## SINGER

Nähmaschinen



käuflich in unsern sämtlichen Läden mit dem bekannten „S“-Schild.

## SINGER CO.

Nähmaschinen Act. Ges.  
Berlin, Leipzigerstraße 92.  
Filialen in allen Stadtteilen.

# Herren-, Damen- u. Kinder-Garderobe,

neueste Fassons, größte Auswahl.  
Pelzstolas u. Kolliers  
alles auf bequemste Teilzahlung.

## S. Dorn,

Waren- u. Möbel-Kredithaus  
Alte Schönhäuserstr. 3,  
am Schönhäuser Tor.  
Telephon Amt 3, 300.

Eile zu Weile!  
119 Dresdenerstr. 119  
Eckhaus Oranienplatz

## Spezial-Haus nur für Pelz-Stolas Colliers und Muffen.

Riesenhafte Auswahl in echt Skunks von 25 Mark an  
Nerz von 40 Mark an  
Persianer von 60 Mark an  
Bisam von 10 Mark an  
Tibet von 9.50 Mark an  
Kanin von 3.75 Mark an  
Eigene Werkstatt.

J. Weile Dresdenerstr. 119,  
Eckhaus Oranienpl.  
Auf Wunsch wird jede Stola aus dem Fenster verabsolgt.

Sonntag geöffnet!

Dr. Schünemann  
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.  
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.  
10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.



## Albert Marquard

Berlin, Neanderstr. 26  
Weingroßhandlung u. Likörfabrik  
empfiehlt seine gut gepflegten  
Bordeaux-, Rhein- und Moselweine  
sowie  
Mediz. Ungarwein unter Garantie der Reinheit.  
Ferner  
feinst. Rum per Flasche 1.50-5.00  
Arrak . . . 1.60-3.75  
Cognak . . . 1.75-6.00  
Burgunder-, Rum- u. Arrak-Punsch per Ltr. 3.00 u. 3.50,  
feinen Punsch-, Grogk- und Glühwein-Extrakt per Ltr. 1.50-2.50.

Eine Mark wöchentliche Teilzahlung liefert elegante, fertige Herren-Moden.  
Erstiz Ihr Mass.  
Mass-Anfertigung  
feinste Verarbeitung, garantierte tadelloser Sitz.  
**J. Kurzberg,**  
Hauptgeschäft: Rosenthalerstr. 40/41, am Hackeschen Markt.  
2. Geschäft: A. d. Jannowitzbrücke 1, 1.  
Klein Waren-Kredithaus.

Das beste Weihnachtsgeschenk!  
ist doch ein Kistchen guter Cigaretten von

**I. NEUMANN**  
Cigarren-Fabriken • 103 Zweigggeschäfte

Davon in BERLIN: Brunnenstr. 32, E. Anklamerstr. — Chausseestr. 16  
E. Invalidenstr. — Chausseestr. 36/37 E. Schwartzkopffstr. — Dresdenerstr. 3  
E. Adalbertstr. — Friedrichstr. 171 E. Französ. Str. — Gertraudenstr.  
E. Breitestr. 20a — Invalidenstr. 148 E. Bergstr. — Jerusalemstr. 41  
E. Krausenstr. — Kaiser Wilhelmstr. 19 E. Münzstr. — Markgrafenstr. 17  
E. Junkerstr. — Oranienstr. 30 E. Adalbertstr. — Potsdamerstr. 57/58  
E. Bülowstr. — Prinzenstr. 91 E. Ritterstr. — Rosenthalerstr. 48 E.  
N. Schönh. Str. — Umlandstr. 33 E. Lietzenburgerstr. — Wallstr. 14a E.  
Neue Grünstr. — Wienerstr. 22 E. Grünauerstr. — Rixdorf, Bergstr. 146.

Elegante Weihnachtsgeschenke!

# D. Lechner.

Auf Kredit. 1 M. pro Woche.  
Anzahlung von M. 5 an  
Garderoben f. Herren u. Damen.  
**Ulster große Auswahl!**  
Sprechmaschinen, Kronen, Betten, Kleiderstoffe, Pelzstolas, Teppiche usw.  
Jeder Käufer erhält ein Weihnachtsgeschenk!  
**Brunnenstraße 192**  
Heute bis 9 Uhr geöffnet.

# Victoria-Brauerei

Aktien-Gesellschaft  
Fernsprecher: Amt VI Nr. 728 Berlin und Stralau Fernsprecher: Amt VII Nr. 3835  
empfiehlt in Gebinden und Flaschen:  
**Victoria Saatzer-Bräu** (Pilsener Art)  
**Victoria Export-Bier** (Münchener Art)  
**Victoria Tafel-Bier** (ganz hell)  
**Bock-Bier** (hochfein)

Feiner Hamburger Familien-Kaffee-Ersatz.  
Bergisches Kaffeetrunk von hohem Nährwert, aus gerösteten Kaffeebohnen hergestellt von  
**Ferd. Kleiner, Hamburg.**  
Detail-Verkaufsstelle: 1/2 Pfund 50 Pf., 1/4 Pf. 25 Pf., 1/8 Pf. 15 Pf.  
In allen Kolonialwarenhandl. käuflich. 11072  
Engros-Vertrieb und Lager: **Fritz Markgraf, Neue Königstr. 5, Berlin NO.**

**Leih-Haus Friedrich-Karl-Platz 12, Charlottenburg**  
Beleiht v. Brillant-, Gold- u. Silberfach-, Uhren, Näh-, Nähmaschinen, Kleidungsst. etc.

Auf Teilzahl. wöchentl. nur 1 M.  
Grammophone, Phonographen, echte Menzenhauer-Zithern, Konzert-Zithern, Geigen, Mandolinen, Handharmonikas usw.  
Gr. Lager in Zonophon-Platt Edison-Walzen usw.  
Eigene Reparatur-Werkstatt.  
**Jahre's Musik-Spezial-Geschäfte**  
Berlin N., Teplitzstr. 2, an Brunnenstr. 50, Weiyerstr. 10, am Rosenthaler Tor, NW, Hohenstr. 22, am Bahnhof Weißbierstr.

Zum Weihnachtifest kaufen Sie bei uns am besten.  
**Auf Teilzahlung wöchentl. nur 1 Mk.**  
Grosse Auswahl in:  
Herren- u. Damen-Uhren, Regulateure, Brochen, Ringe, Ketten, echte Menzenhauer Zithern, Phonographen, Platten-sprechmaschinen, Grammophone, Harmoniken, Mandolinen, Geigen etc.  
Verkauft v. prima Platten, echten Edisonwalzen Stück 1 Mark.  
**Jahre & König,** Warschauerstr. 72, 1. Etage, Reinickendorferstrasse 101, 1. Etage.

# Engelhardt-Malzbier

das beliebteste, überall käuflich.  
Preis 10 Pf. pro Flasche.  
**Brauerei Ernst Engelhardt Nachf., Pankow.**  
Größte Malzbier-Brauerei Deutschlands.



Partei-Angelegenheiten.

Das Bureau des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine bleibt am Dienstag, den 24., Freitag, den 27., und Dienstag, den 31. Dezember, nachmittags geschlossen.

Matinen

haben der zweite, der vierte und der sechste Kreis wie alljährlich auch in diesem Jahre an dem zweiten Feiertage veranstaltet, um für ein geringes Eintrittsgeld den Parteigenossen einige angenehme Stunden zu bereiten.

Der zweite Kreis hält seine Matinee im großen Saale von Altem Hofenheide 13/15, ab. Das Eintrittsgeld beträgt inklusive Garderobe 30 Pf.

Der dritte Kreis veranstaltet seine Matinee im großen Saale der Arminkasse, Kommandantenstr. 58/59. Der Preis der Billets ist auf 30 Pf. festgesetzt.

Der vierte Kreis hat zwei Matineen arrangiert, und zwar im „Konzerthaus Sanssouci“, Kottbuserstr. 8 (Auftreten der Volksliedergesellschaft Wandowitz) und in „Ablers Festhölzer“ (Inhaber Freyer), Kottbuserstr. 29 (Auftreten der Gesellschaft Strzelewicz). In beiden Lokalen: Konzert, ausgeführt von Zivilberufsmusikern. Das Billet kostet 30 Pf.

Der sechste Kreis hat folgende Veranstaltungen getroffen:

- 1., 2. und 3. Abteilung (Schönhauser Vorstadt) in den Gesamträumen der Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10, und Berliner Prater-Theater, Kasanien-Allee 7/9. Unter Mitwirkung des „Berliner Ill-Trio“ und der „Volksliedergesellschaft Hugo Anke“.
4. und 5. Abteilung (Rosenthaler Vorstadt) in Wallfischbier-Etablissement, Wadstr. 16. Mitwirkende: „Kenoß und Huber“, städtisches Gesangs- und Jodel-Duett. Gesangsverein „Neu erwacht“ (R. d. A.-S.-V.), Chormeister H. Bleil. Elite-Streich-Orchester des Musikdirektors Herrn F. Blume.
6. Abteilung (Oranienburger Vorstadt). Germania-Säle, Chausseestraße 110 (großer Saal). Unter gütiger Mitwirkung des Gesangsvereins „Nordwest“ (R. d. A.-S.-V.) und Otto Steidts „Hamburger Sängers“.

7. und 8. Abteilung (Moabit). 1. Artushof, Perlebergerstr. 26. Mitwirkende: „Vereinte Sängersbrüder“, Turnverein „Fichte“, Theatergesellschaft „Walzée“, 2. Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 48/49. Gesangsverein „Viederlust II“, Turnverein „Fichte“, Theatergesellschaft Loewie.

9. und 10. Abteilung (Wedding) in den Pharus-Hallen, Müllerstraße 142. Ausgeführt von der Hausmusikcapelle (Harmonium-Aufführung) und den Viktoria-Sängern (Herren Görn, Wajohr, Hartung und Schaub) sowie der Opernsängerin Frä. Schläpfe und ersten Soubrette Frä. Ellen Kanke. Rauchen verboten.

11. Abteilung (Gesundbrunnen) im Bernhard-Rose-Theater, Wadstraße 58 und bei Schirm (Inh. Franke), Wadstr. 19. Unter Mitwirkung des gesamten und beliebigen Personals des Bernhard-Rose-Theaters — in beiden Lokalen.

Der Eintrittspreis beträgt 25 Pf. Sämtliche Veranstaltungen beginnen um 12 Uhr mittags. Da in keinem der genannten Lokale offene Kasse stattfindet, tun die Genossen gut, sich vorher mit Billets zu versehen, die bei den Bezirksführern zu haben sind.

Sußerdem veranstaltet der zweite Kreis am Mittwoch, den 25. Dezember (1. Weihnachtstfeiertag) ein Winterfest in den Gesamträumen der Viktoria-Brauerei, Bülowstr. 111/112. Mitwirkende: Berliner Sinfonie-Orchester (Dirigent: Maximilian Fischer), Gesangsverein „Viederlust Berlin W.“ (Chormeister: Herr F. Stempel), Orchester-Ensemble. Nach der Vorstellung: Ball. Herren zahlen 50 Pf. nach. Anfang 8 Uhr. Garderobe 10 Pf. Eintritt 30 Pf.

Niederf. Achtung! Billets für das Weihnachtsfest sowie zur Theatervorstellung sind nur noch in der Parteipedition Redarstr. 2 in beschränkter Zahl vorhanden und bitten wir die Mitglieder, sich rechtzeitig damit zu versehen. — Die Bibliothek ist bis zum 2. Januar 1908 geschlossen.

Der Vorstand.

Stralau. Die Genossen werden nochmals auf die am 1. Feiertag stattfindende Weihnachtsfeier des Wahlvereins in den Markgrafenschloß aufmerksam gemacht. Beginn des Konzerts 8 Uhr. Saalöffnung 5 Uhr. Billets sind am 1. Feiertag im Restaurant Guadach, Markgrafenschloß 3, noch zu haben. Die Genossen werden ersucht, sich mit ihren Familien zahlreich einzufinden.

Der Vorstand.

Königs-Wusterhausen und Umgegend. Den Parteigenossen zur Kenntnis, daß am Sonntag, den 23. Dezember, vormittags 10 Uhr, in den drei Bezirken Königs-Wusterhausen, Hohenlehme-Wildau und Niederlehme je eine Bezirksversammlung stattfindet, welche sich mit der anfangs Januar stattfindenden Generalversammlung des Wahlvereins beschäftigt. Die Parteigenossen, welche mit ihren Beiträgen in Rückstand sind, werden ersucht, dieselben in der Sitzung zu begleichen. Pflicht eines jeden Genossen ist es, zu erscheinen.

Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Die juristische Sprechstunde

fällt heute abend, an den beiden Feiertagen und am 27. d. M. aus.

Der Brotpreis steigt mannhaft. Immer teurer wird das Brot, richtiger gesagt: immer kleiner und leichter wird es bei gleich hoch bleibendem Preise. Das Resultat der Ermittlungen, die für Berlin von dem Statistischen Amt der Stadt hierüber angestellt werden, ist nun auch für November 1907 vorgelegt worden. Die Wägung der Brote, die im November in verschiedenen Bäckereien Berlins — gegenwärtig in 40 — gekauft worden waren, ergab pro Pfundbrot ein Durchschnittsgewicht von nicht mal mehr 1500 Gramm, also von weniger als drei Pfund. Der hieraus berechnete Durchschnittspreis für 1000 Gramm Brot war nun schon 33 1/2 Pf., während er im November 1906 noch 27 1/2 Pf., im November 1905 noch 25 1/2 Pf., im November 1904 noch 23 1/2 Pf. gewesen war.

Die städtischen Kassen und Bureaus werden der Feiertage wegen am Heiligabend um 1 Uhr geschlossen.

„Christbaum“ G. m. b. H.

Auf was nicht alles spekulative Unternehmer verfallen! Sie haben herausgefunden, daß sich eine Notwendigkeit ergeben hat, bestimmten Bevölkerungskreisen die Sorge um den Weihnachtsbaum abzunehmen. Unter dem Namen „Christbaum“ hat sich eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung aufgetan, die diese Sorge übernehmen wird. Das soll erreicht werden, daß sie Bäume für die Feiertage vermietet und je nach der Höhe des Mietpreises mit Schminke verziert. Die „Post“ ist außer sich über diese Gründung und wettert, was das Zeug hält, gegen die „Gefühllosigkeit“, die sich hierin offenbare. Sie jammert u. a.:

„Der liebe, grüne Weihnachtsbaum, das uralte deutsche Symbol des ewigen Sonnenlichts, die freudigen, die unsere Ahnen liebten, um der steigenden Sonne entgegenzulaufen, durch den Stern von Bethlehem mit einem neuen feinen Gehalt

versehen, eins der wichtigsten Wahrzeichen der Unvergänglichkeit reichsten deutschen Gefühlslebens, wird nun auch durch profitlistige Spekulation in den Schmutz des Geschäftstausches gezerrt. Die holden Reize, welche die Weihnachtsbäume mit dem bestreudenden Zauber umkleiden, das sorgliche Aussehen des schönsten Baumes, das geheimnisvolle Eindringen in das Haus, das fröhliche Schmücken im verschlossenen Zimmer, vor dessen Tür die Kindlein lauern und in jedem Kacheln die beglückende Nähe einer freundlichen, freudenspendenden Nacht ahnen, sie sollen schwinden, und so wie geschickte Hände ein Schaufenster schmücken, so wird sich künftig der Beruf des „Christbaum schmückers“ herausbilden, der sich gewiß bald bis zu der in unserer Zeit unermesslichen höchsten technischen Höhe erheben wird. Wo war bisher ein Däumchen, so verträpelt, daß es nicht doch einen Käufer gefunden hätte, der es glücklich seinen frohen Kindern entgegen nach Hause trug? Von nun an werden die Däumchen wohl künftig tadellos zurechtgestutzt erscheinen, um allen gesellschaftlichen Ansprüchen zu genügen, dafür wird ja die Gesellschaft m. b. H. „Christbaum“ sorgen. Es ist gar traurig, wenn den Deutschen die Freude am Lichterbaum zur „Sorge“ wird, und wenn Eltern, allzu beschäftigt, nicht mehr Zeit finden, ihren horren Kindern das Däumchen zu schmücken. Es ist nicht zufällig, daß die „Jugend“ in ihrer jüngsten Kummer mit dem häßlichen geschmacklosen Weihnachtsbaum paradiert, daß da ein Lämmel zum anderen sagt: „Ich kann die Familienfünklein nicht leiden! Ich lasse Mama die Weihnachtsgebente immer beim Oberkellner der Bar für mich abgeben.“ Merkt ihr noch nichts, ihr Deutschen? Es gilt euer Familienleben, langsam und fast unbemerkt wollen euch die Jertörer die Seele nehmen. In der toten Form suchen sie den lebendigen Kern zu ersticken, den Jahrtausende nicht ersticken konnten. Halbt den Weihnachtsbaum in Ehren, nicht als nötige gesellschaftliche Form, sondern als Mittel zum Untergänglichen, Starben, Lichten, würdigt eure Feste nicht zur Frage herab, nehmt ihren lebensvollen Inhalt in euer tiefstes Herz, in euer Gefühl auf und schafft einen Wall starken, von den Altordern überkommenen Gefühls gegen die Kluten des platten und häßlichen Geschäftstums, die unser gut deutsch Land und unsere deutschen Feste zu erniedrigen versuchen! Laßt uns eine echte Weihnacht feiern!

Es liegt uns fern, uns mit der „Post“ über die Bedeutung des Selbstschmückens des Weihnachtsbaumes auseinanderzusetzen, und interessiert nur, daß die „Post“ es traurig findet, daß den Deutschen die Freude am Lichterbaum zur „Sorge“ wird, und „wenn Eltern, allzu beschäftigt, nicht mehr Zeit finden, ihren horren Kindern das Däumchen zu schmücken“. Uns interessiert das um desto williger, weil dadurch die „Post“ gerade die Gesellschaftskreise trifft, die zu den bemittelten gehören. Es ist doch gar kein Zweifel, daß außer größeren Geschäftsleuten gerade die besitzenden Klassen es sind, denen das Schmücken des Weihnachtsbaumes Sorge macht. Selber etwas tun, ist ihnen unangenehm, sie haben ihre Leute dazu. Ob diese Arbeit nun angestellt oder andere Leute verrichten, ist doch gleichgültig. Auf die Trägheit dieser Bevölkerungskreise ist ja die neue Gründung „Christbaum“ G. m. b. H. zugeschnitten. Warum also das Geschrei?

Pharisäer!

Dicht bei der Reichshauptstadt, auf Schöneberger Gemarkung, wo die „Millionenbauern“ wohnen, die vor ein paar Jahrzehnten bei der Erschließung Schönebergs zur Stadt zu reichen Leuten wurden, hat man auf freiem Felde in einer Erdhöhle einen Arbeiter mit seinen drei Kindern entdeckt, die dort mangels einer Wohnung sich ein erbärmliches Unterkommen verschafft haben. Nach bürgerlicher Zeitungsmeldung handelt es sich um einen durchaus fleißigen, durch Not und Unglück in seinen Verhältnissen heruntergekommenen Arbeiter und seine drei Kinder. Der älteste, etwa 12—13 Jahre alte Knabe machte einen etwas geistig schwachen Eindruck; hinter ihm liegen in einem Haufen Lumpen seine beiden zum Skelett abgemagerten sechs und acht Jahre alten Brüder. Sobald sie aus der Schule kommen, kriechen sie hungrig und frierend unter die schmuckigen, von Wasser triefenden Decken, wo sie sich in den Schlaf weinen. Das bißchen troden Brot, das die Ärmsten täglich auf ihrer Tafel sehen, verdient der Vater mühsam mit Gelegenheitsarbeiten. Aber zum Sattessen, auch bloß zu einer warmen Mahlzeit, reicht's nicht...

So rinnen die Tränenbächen der mitleidenden Zeitungsschreiber. Die Pharisäer! Sie waren dabei, als es galt, dem Volke die notwendigen Lebensmittel zu verkauern; sie sind heute dabei, den Armen neue Lasten aufzuerlegen zugunsten der Kanonen- und Panzerplattenfabrikanten, der Meer-, Marine- und Kolonialinteressenten; sie sind dabei, wenn es gilt, der nichtbesitzenden Klasse das Mitbestimmungsrecht im Staats- und Gemeinwesen vorzuenthalten. Und jammern dann mit heuchlerischem Schluchzen über die Früchte der von ihnen gewollten und verteidigten Weltordnung, wenn einmal das Elend sich zu augenfällig und ohne jede Hülle zeigt... Pharisäer!

Zu der bestehenden Teuerung und Knappheit der Kohlen und des Koks

wird amilich von den städtischen Gaswerken berichtet: „Infolge der Beschäftigung der Industrie war eine so hohe Koksfrage nach Koks vorhanden, daß nicht nur die gesamte Koksproduktion des laufenden Jahres, sondern auch noch 33 322 Tonnen aus dem vorjährigen Bestande abgefordert werden konnten. Auch der strenge und lange andauernde Winter hat den Koksbedarf gütig beeinflusst. — Für die zur Gasproduktion erforderlichen Kohlen mußten höhere Preise gezahlt werden. Die Kohlenbeschaffung gestaltete sich noch schwieriger als im Vorjahre. Der Wagenmangel der Eisenbahn hielt das ganze Jahr über an. Auch der Bezug von Kohlen auf dem Wasserwege war durch die ungünstigen Schiffsfahrverhältnisse im August und September erschwert. Schließlich mußte eine Kohlengrube in England wegen eines Kohlenbrandes ihre Lieferungen an die städtischen Gaswerke gänzlich einstellen. Die Zufuhren an Kohlen waren unter diesen Umständen völlig ungenügend und es gelang auch nicht, die vollständig erschöpften Vorräte genügend zu ergänzen. Die Zahl der Gasconsumenten, die Gas durch gewöhnliche Gasmesser bezogen, ist um 17 989, die der Konsumenten, welche Automaten benutzten, um 5949, der Gasverbrauch aber um 16 Millionen Kubikmeter gestiegen. Der Gesamtgasverbrauch stellte sich auf rund 243 1/2 Millionen Kubikmeter, die durch Automaten abgegebene Gasmenge allein auf 18 1/2 Millionen Kubikmeter Gas. Der größte Gasverbrauch an einem Tage, nämlich: 1 108 600 Kubikmeter, hat am 18. Dezember stattgefunden.“

Bei dieser Gelegenheit möchten wir darauf hinweisen, daß die städtischen Gaswerke den kleinen Leuten ungeheure Preise für Koks abnehmen, Preise, die durch nichts gerechtfertigt sind. Allgemein wird über diese hohen Preise Klage geführt. Der Geschäftsgang bei den städtischen Gaswerken ist so, daß mit großen Abnehmern von Koks Abschlüsse gemacht werden zu einem bestimmten Preise. Das mag notwendig sein, entbindet aber die Verwaltung der Gaswerke nicht der Pflicht, ein genügendes Quantum für den Kleinverkauf zu reservieren und an kleine Leute abzugeben. Daß aber in diesem Falle derartige Preise genommen werden müssen, wie das jetzt geschieht, ist ein Verfahren den städtischen Bürgern gegenüber, das entschieden gerügt werden muß.

Die Taschendiebe hatten am goldenen Sonntag einen reichen Erntetag. Ganz besonders hatten sie ihre Tätigkeit auf die Leipziger-

und Friedrichstraße verlegt. Aber auch in den größeren Warenhäusern benutzten die Langfinger das Menschenvergnügen, um ihrem unsauberem Gewerbe nachzugehen. Die Geschäftsleitungen hatten überwachte Beamte aufgestellt und auch eine ganze Reihe von Kriminalbeamten waren auf dem Posten. So konnte denn auch gar manchem Taschendieb, der auf frischer Tat erwischt wurde, das Handwerk gelegt werden.

Drei Tragödien.

Drei blutige Tragödien, bei denen sechs Menschen getötet oder verletzt wurden, sind noch kurz vor dem Weihnachtsfeste in die Chronik Berlins einzuzichnen.

Am verhängnisvollsten verlief ein Liebesdrama, das sich Sonntag nachmittag im Hause Ackerstr. 86 vollzog. Dort erschloß der 27jährige Bauarbeiter Baumgart seine 20jährige Geliebte Marie Budde und richtete dann die Waffe gegen sich selbst. Ueber die näheren Vorgänge wird mitgeteilt: Der in der Hufschmiedstr. 15 wohnende Baumgart unterhielt seit längerer Zeit ein Verhältnis mit Marie Budde, die in der Ackerstr. 86 im zweiten Stock seit Oktober dieses Jahres eine kleine Stube innehatte. Das junge Mädchen war bei der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft beschäftigt, Baumgart aber war seit längerer Zeit arbeitslos. Es fiel auf, daß das Mädchen sich am letzten Freitag krank melden ließ und zu anderen Arbeiterinnen äußerte: „Wenn ich in den nächsten Tagen nicht wiederkomme, dann bin ich totgeschossen.“ Sonntag mittag kaufte sie noch in einem Brillenmacher ein. Bald nach 1 Uhr hörten Hausbewohner zwei Schüsse und einen lauten Ausschrei, der aus der Stube des Mädchens kam. Als der Hauswirt die Stubentür öffnete, stand Marie Budde an die Wand gelehnt. Unmittelbar darauf fiel sie tot zu Boden. In der Mitte der Stube lag Baumgart, dem das Blut aus der linken Schläfe riefelte. Die Polizei und zwei Aerzte wurden herbeigeholt, die den bereits eingetretenen Tod des Mädchens feststellten. Es hatte einen Schuß in die Brust erhalten. Baumgart lebte zwar noch, wurde aber in hoffnungslosem Zustande nach dem Lazarus-Arankenhaus gebracht, wo er bald darauf starb.

Ueber eine zweite blutige Tragödie, einen Mord- und Selbstmordversuch wird berichtet: In der Nacht vom Sonntag gegen 11 Uhr gab der vor kurzem aus der Privatirrenanstalt Landwirth beurlaubte geistesranke Kanzleisekretär beim kaiserlichen statistischen Amt August Stärke, Stephanstr. 24 in seiner Wohnung auf seine Ehefrau einen Revolverbeschuss ab. Die Frau wurde nicht erheblich an der Stirn verletzt. Gleich darauf schoß sich Stärke in die linke Brustseite. Anscheinend schwer verletzt wurde er der Charité zugeführt. Die Ehefrau ist in der Wohnung geblieben.

Mord- und Selbstmordversuch liegt auch einer mysteriösen Liebes- tragödie zugrunde, die zwei Berliner Familien in Trauer versetzt hat. Die 18 Jahre alte Tochter eines Hausbesizers D. aus dem Westen Berlins unterhielt mit dem 23 Jahre alten M., einem Kachbardsohn, ein Verhältnis. Die Eltern des Mädchens waren aber gegen eine Verlobung, und in der Verzweiflung hierüber beschlossen die beiden jungen Leute, aus dem Leben zu scheiden. Der junge Mann wurde mit einer Schußwunde im Kopf in seinem Geschäft in der Fruchtstraße aufgefunden und liegt vernehmungsunfähig in einem Krankenhaus. In einem letzten Moment konnte er nur mitteilen, daß er das Mädchen erschossen habe. Bisher ist aber dessen Leiche noch nicht gefunden worden.

Nach einer anderen Meldung soll sich das Paar in Stettin aufgehalten haben und dort zur Ausführung seines Vorhabens geschritten sein.

Herr Kommerzienrat Bügenstein als Kollektionsleiter. In der „Welt am Montag“ lesen wir: „Die schöne mittelalterliche Institution des Tor- und Waidenzolls fängt an, sich wieder einzubürgern. Der Igl. Kommerzienrat Herr Bügenstein erhebt neuerdings den Vorschlag von jedem, der sich darauf versteht, den Durchgang über D's Grundstück zu benutzen, der von Wilhelmstr. 9 zu Friedrichstr. 240 führt. Wir hielten die Nachricht anfangs für einen schlechten Scherz, mußten uns aber überzeugen, daß die Sache ihre Richtigkeit hat. Am Tore fordert ein barbeiziger alter Herr gebieterisch die „Vahfarte“. Wer so rüchsigend ist, keine zu bestigen, wird mit dem Hinterteil zurückgewiesen: „Im Kontor des Herrn Kommerzienrats sind Karten a 2 M. pro Vierteljahr zu haben!“ Als wir zwei Schulkollegen, die in der Nähe das Trottoir bespünnen, über das Kuriosum interpellierten, äußerten sie lachend: „Wir dürfen selbst ohne Karten nicht durch!“

Daß der Durchgang über D's Grundstück gesperrt ist und viele Passanten dadurch genötigt sind, einen erheblichen Umweg zu machen, ist auch uns mitgeteilt worden; daß aber der Besitzer des Grundstücks für die Vermengung des Durchgangs Entree erhebt, ist auch uns neu und mutet recht sonderbar an.

Ein schwerer Straßenaunfall hat sich am Sonntagnachmittag auf dem Gesundbrunnen zugezogen. Vor dem Bahnhof Gesundbrunnen war der 36 Jahre alte Gärtler Friedrich Weder aus der Grünhaldenstraße im Begriff gewesen, den Fahrdamm zu überschreiten. Er verfuhr sich nicht richtig vor einem herankommenden Straßenaunfallwagen der Linie 35 die Gleise zu überschreiten. Der Unvorsichtige wurde jedoch von der Vorderplattform erfasst und eine Strecke mitgeschleift. In besinnungslosem Zustand wurde Weder nach dem Lazarus-Arankenhaus gebracht. Er hatte so schwere innere und auch äußere Verletzungen bei dem Unfall erlitten, daß so gut wie gar keine Hoffnung vorhanden ist, ihn am Leben zu erhalten.

Nach verbährter Strafe Selbstmord verübt. Nachdem er eine vierjährige Gefängnisstrafe in Zegel verbüßt hatte, hat sich gestern der Kaufmann Felix Stahr das Leben genommen. St. hatte zuletzt eine vierjährige Gefängnisstrafe zu verbüßen. Vor einigen Tagen war die Strafe zu Ende und St. konnte wieder entlassen werden. Die Lust am Leben schien er aber jetzt verloren zu haben. Von seinen Gripparissen, die er durch Gefängnisarbeiten erworben hatte, kaufte er sich Zisol und suchte dann wieder die Strafanstalt Zegel auf. An der hinteren Mauer trank der Lebensmüde das Gift. Er wurde später von Spaziergängern als Leiche aufgefunden und nach der Leichenhalle des Zegelers Friedhofes übergeführt.

Große Anfreugung rief ein Selbstmord herbor, der Sonntag nachmittag am Tiergarten-Ufer ausgeführt wurde. Eine unbekannte etwa 35 Jahre alte Dame hatte im Tiergarten einen Spaziergang unternommen und am Tiergarten-Ufer angelangt legte sie ihren Hut, den Schirm und eine Tasche auf eine Bank und schritt hierauf direkt auf den Schiffahrtskanal zu. Vor den Augen zahlreicher Spaziergänger kletterte sie über das Geländer hinweg und sprang in den Kanal hinab. Auf ihre Hilferufe kamen einige Schiffer auf Rähnen hinzugerudert, doch sie vermochten die Selbstmörderin nicht mehr zu finden; sie war bereits untergegangen. Die Leichensmüde, deren Leiche nicht gelandet werden konnte, hat ihrer Kleidung nach den besseren Ständen angehört.

Insammentuß zwischen Feuerweh und Straßenbahn. In der Ecke der Reuen König- und Liegnitzstraße erfolgte gestern (Montag) mittag gegen 1 Uhr ein heftiger Zusammenstoß zwischen einer mechanischen Leiter der Feuerweh und einem Straßenaunfallwagen der Linie 74 (Königstor—Schöneberg). Der Wagen der Feuerweh kam aus dem Depot in der Reibelstraße und wollte nach der Liegnitzstraße. Bei der Kreuzung der Reuen Königstraße kam es zu der Karambolage. Von dem Motorwagen 2881 der Straßenbahn gingen bei dem Anprall drei Scheiben in Trümmer. Außerdem wurde eine Seitenwand arg beschädigt. Personen kamen glücklicherweise nicht zu Schaden.

Ein Heberfall wurde am Sonntagabend auf den Kaufmann Paul Schacht, der in der Remelerstr. 47 eine Kolonialwarenhandlung betreibt, verübt. Unter dem Vorwand, das Geschäft zu kaufen, stellte sich gegen Abend ein junger Mann ein, um über den Kaufpreis zu verhandeln. Nach einigen Besprechungen legte sich der Geschäftsmann hin, um den Kaufvertrag niederzuschreiben, während der Käufer im Zimmer auf- und abging. Als er mit dem Schriftstück fast fertig war, bekam er von dem ihm Bekanntschaft machenden Fremden plötzlich hintertrübs einen Schlag auf den Kopf, der ihm eine neun Zentimeter lange Fleischwunde beibrachte. Als der Schläger sah, daß er sein Ziel, den Kaufmann zu töten oder wenigstens zu betäuben, um ihn berauben zu können, nicht erreicht hatte, ergriß er das Mund mit vier Schlägen und entkam mit deren Hilfe durch die Tür- und Haustür. Als der Tat verdächtig ist ein Kaufmann namens Kerber verhaftet worden.

Ein entsetzlicher Straßenbahnunfall hat sich vorgestern mittags in der Landsberger Allee zugetragen. In der Nähe der Petersburgerstraße versuchte der 30 Jahre alte Kutscher August Fünke, Längstraße 88/89 wohnhaft, von einem in der Fahrt befindlichen Rotorwagen abzuspringen. Er glitt auf dem schlüpfrigen Treibbrett ab und stürzte unter den Wagen. Die Hinterräder gingen dem Kernsten so unglücklich über die rechte Hand, daß diese vollständig abgerissen wurde. Nur an einem Stückchen Haut hing sie am Unterarm. Außerdem erlitt Fünke schwere innere Verletzungen und einen komplizierten Armbruch. In bestimmungslosem Zustand wurde er in das Krankenhaus am Friedrichshain eingeliefert. Sein Zustand ist hoffnungslos.

Leichensund. Das königliche Polizeipräsidium teilt mit: Am 20. d. M., vormittags gegen 10 1/2 Uhr, wurde im Landwehrkanal vor dem Hause Königin Augustastr. 51 die bereits in Verwesung übergegangene Leiche einer männlichen, anscheinend dem Arbeiterstande angehörigen Person gefunden. Bei der Leiche wurde eine Umhüllung zum Militärpaß sowie ein dazu gehörendes Futteral mit der Aufschrift „Gefreiter Walter Otto Friedrich Trippler, Jahressklasse 1900“ vorgefunden. Trippler kann nach der Farbe des Militärpaßumschlages bei der Probierung-Artillerie und zwar bis zum Jahre 1900 gedient haben. Beschreibung: circa 30 Jahre alt, 1,65 hoch, anscheinend dunkelblondes Haar, trug dunklen Jacketanzug und Jagdstiefel. Mittelungen werden von der Kriminalpolizei zu 10 080 IV. 41. 07 entgegen genommen.

Die Freie Volkshöhle bringt in ihren nächsten Veranstaltungen zur Aufführung: „Goethe: Iphigenie auf Tauris“, Henry Vernstein: „Die Kralle“, Dörmann: „Ledige Leute“, Maeterlinck: „Das Wunder des heiligen Antonius“, Mongrén: „Der Krug seiner Ehre“, Molière: „Der eingebildete Kranke“, Juida: „Robinsons Island“, Mozart: „Entführung aus dem Serail“ und „Figaros Hochzeit“.

Im Theater an der Spree wurde am Sonntag viel und herzlich gelacht. Den Anlaß hierzu gab die Erstaufführung der von einem alten Possenreiteren, Louis Hermann, verfassten Berliner Posse mit Gesang in 4 Akten „Doktor Spasmod“. Es geht etwas toll in derselben her. Ein ehemaliger Barbier Wilhelm Carus Brässel, der in der Singspieltheater gewonnen hat, hat sich in den Kopf gesetzt, der Welt parvo etwas Neues, etwas Besonderes vorzumachen. Die höhere Magie ist sein Ideal. Um seinen Plan ausführen zu können, engagiert er die Tochter eines bankrott gewordenen holländischen Wäschereibesizers unter der Bedingung, diese vor der Welt als seine Tochter ausgeben zu dürfen. Während der Vater des Mädchens das Faktotum spielt, muß ein Zauberlehrling die sonderbarsten Hinführungen verrichten, damit der Widdium in Szene gehen kann. Der Lehrling aber entbrennt in heißer Liebe zu der Wäschetochter und es kommt in der Folge zu den eigenartigen Konstellationen. Durch einen sein angelegten Plan der Schwester Brässels, der Olga, wird Brässel schließlich von dem faulen Zauber gründlich kuriert. In das Stück sind zahlreiche mehr oder minder gute Witze und Couplets eingestreut, von denen die von Josefina Dora vorgetragen, unter anderen: „Da sucht man's mir“, stürmischen Applaus ernteten. Herr Hans Senius gab einen vorzüglichen Illusionisten ab, während Heinz Gordon als Zauberlehrling und Albert Plümenreich als pleitegegangener Wäschereibesitzer und Faktotum ganz annehmbar waren. Neben der Dora tat auch Fräulein Henze ihr Bestes.

Ni auch das noch nicht das Stück, das sich Herr Spandow wünscht, so steht doch neben dem Widdium eine ganze Portion Scherz und Humor in der Neuerscheinung.

Das Bernhard Hofe-Theater hat auch noch schnell eine Komödie geliefert durch Aufnahme des einaktigen Schwanes: „Die Verlobung im Bett“; außerdem gelangt noch das Volksstück: „Die oberen Jehntausend“ zur Aufführung.

Zirkus Schumann. Gerade noch zu Weihnachten hat und der Direktor Schumann eine neue Pantomime beiseite. „Amerika zur Zeit der Sklaverei 1863“ betitelt sich das neue Klänge-schauspiel. Wir werden auf eine Form geführt zur Zeit des Bürgerkrieges in den Vereinigten Staaten. Unter den Sklaven gibt es zwar auch die Sklaven des Farmers Brown unter Aufsicht des treuen Dieners Bob und der langjährigen Dienerin Mary ihrem Herrn zugehörig. Das ändert sich aber, als der reiche Sklavenhändler Tom Jock erscheint, in dessen Händen der gutmütige Plantagenbesitzer steht. Weil der nicht zahlen kann, muß er Haus und Hof verlassen. Die Sklaven der Farm unter Führung Bobs empören sich jetzt und beschließen, die Flucht zu ergreifen, nachdem der Sklavenhändler, der sein Recht auf die schöne Mary geltend machen will, gefesselt worden ist. Er wird aber bald befreit und nun beginnt eine wilde Jagd nach den geflüchten Negern, wodurch so auch die jüdische Kunst Gelegenheiten zur Entfaltung bekommt. Im Gebirge werden die Andeurer erwischt und nach dem Sklavenmarkt geführt, um hier verhandelt zu werden. Da, als die Händler bei der besten „Arbeit“ sind, erscheinen berittene Policemen, um das Delict des Präsidenten Lincoln zu verhindern, daß die Sklaverei aufgehoben sei. Große Freude unter den Schwarzen.

Das vierte Bild zeigt uns New York im Jahre 1907. Der Regier bewegt sich als freier Bürger unter den Straßenspatenten, wie unter der Bevölkerung überhaupt. Wir sehen das Leben und Treiben auf dem Broadway und werden Zeuge einer großen Brandkatastrophe, die in einem der Wolkenkratzer ausbricht. Die Feuerwehr tritt in Tätigkeit, und es bietet sich ein malerisches Bild, das in der Schlupfapothek seinen Höhe- und Mittelpunkt findet. Die Inszenierung war ganz nett, zumal dafür Sorge getragen war, daß über 100 echte Schiavone mitwirkten. Im Schluß-bilde feierte die Beleuchtungstechnik wahre Triumphe. Herr Schumann, der das neue Schauspiel entworfen, wurde wiederholt gerufen. Auch der erste Teil des Programms enthält einige sehr gute Nummern, es seien nur die Kunstschüler De three Demons und die Reitkünste des Direktors Schumann hervorgehoben. Es mag Nähe genug gelost haben, dem Pferde, das Herr Schumann ritt, den 2a Ratcliffe beizubringen.

Die Treptower Sternwarte wird am 2. Weihnachtstage, Donnerstag, den 26. d. M., nachmittags um 2 Uhr wieder geöffnet. Nachmittags um 5 Uhr führt Direktor Dr. Rechenhold in einem mit zahlreichen Lichtbildern angelegten Vortrag: „Ein Ausflug in die Sternwelten“ in die Astronomie ein. Das Thema für den 7. Uhr-Vortrag lautet: „Geschichte der Kometen mit besonderer Berücksichtigung der bevorstehenden Erscheinung des Halleyschen Kometen“. Auch am 3. Feiertage, den 27. Dezember, findet nachmittags um 5 Uhr ein Vortrag über: „Die Wohnbarkeit der Welten“ statt. — Führungen durch das astronomische Museum finden jeden Tag von 2—5 Uhr abends statt. Die Sammlungen sind in letzter Zeit durch Ankauf von alten Porträts und Emblemen, durch seitene Kometenzeichnungen und durch Darstellungen aus der Luftschiffahrt bedeutend vermehrt worden.

Feuerwehrbericht. Gestern abend um 8 Uhr fiel im Warenhaufe 5. Dieg am Alexanderplatz und zwar in dem im 2. Stock befindlichen Schuhwarenlager der Dedenshuf von einer 2-3 Quadratmeter großen Fläche herab. Die Feuerwehr sperrte die Luftfalltür ab, das zahlreich anwesende Publikum blieb ruhig. Personen wurden nicht verletzt. In einem Drogenkeller in der Essenerstr. 38 war nachts ein Balkon mit Solonial ausgelassen. Durch Aufsteigen von Eißig wurde die Gefahr von der Feuerwehr beseitigt. Vor dem Hause Königin, 30 brannte das Benzin auf einem Automobil. Durch die Explosion einer Petroleumlampe kam in einer Wohnung in der Wanteuffelstr. 104 Feuer aus. Wegen eines Wasserrohrbruchs erfolgte ein Alarm nach der Braunbergerstr. 5. Früh um 3 Uhr brannten auf dem Ostbahnhof Preßkollern. Küchen- und Wohngebäude wurden aus der Vornimstr. 2, Fildichstr. 1, Kreuz-Jakobstr. 5, Stromstr. 24, Landsbergerstr. 60, Raishenowstr. 19 und anderen Stellen gemeldet. Aus anderen Anlässen hatte die Feuerwehr dann noch in der Dresdenstr. 44, Elbingerstr. 40 und anderen Orten zu tun.

## Vorort-Nachrichten.

### Lichtenberg.

Die Stadtverordnetenwahlen haben vorläufig ihr Ende gefunden. Erstwahlen werden erst dann vorzunehmen sein, wenn die im Januar zu erwartenden Wahlen zum Magistrat erfolgt sind. Das Organ der „Blodherren“ orakelte am Vorabend der Wahl: „Am 16., 17. und 18. Dezember wird die Entscheidung von unseren Wählern darüber getroffen werden, welche Grundzüge und welcher Geist in der jungen Stadtgemeinde herrschen sollen. Die bürgerlichen Parteien haben sich vereinigt, um in gemeinsamer Front gegen die Sozialdemokratie Stellung zu nehmen. Die Listen der bürgerlichen Kandidaten sind ihre Richter! Die Stunde der Abrechnung ist gekommen.“ Die „Abrechnung“ ist nun erfolgt: 4257 Abstimmende erklärten sich für die Kandidaten der Sozialdemokratie und 1805 vereinigte Bürger stimmten für die Kandidaten des „Blod“. Gewiß deutlich! In der dritten Wählerklasse brachte der Blod von 10 134 eingeschriebenen Wählern 1332 Stimmen auf! In der zweiten Wählerklasse folgten dem Blodrufer 420 abstimmende von 1123 eingeschriebenen Wählern. In selbst die „Edelsten des Blod“, deren die junge Stadt 78 Stimmberechtigte in der Wählerliste aufweist, stellten nur 44 Abstimmende! Wahrhaftig eine Generalabrechnung! Die Abrechnung in hier dargestellter Form aber wurde gegeben trotz oder wegen einer Agitation, die der „Blodagitation“ des Jahresanfangs würdig zur Seite steht. Die Manieren des Reichstagenverbandes, offener Wahlschwindel und ein bisher noch nie dagewesener Terror vorwärtigen das Wahlrecht, dessen Verletzung und Ertrag durch das Reichstagswahlrecht ein „Unrecht“ sein soll. Gemeinde- und Staatsbeamte bildeten die Wahlvorstände, Eisenbahnbeamte und Arbeiter fanden ihre Vorgesetzten im Wahllokal, Gemeindebeamte, Postbeamte hörten die freundliche „Ermutigung“: wer nicht in den Verdacht sozialdemokratischer Gesinnung kommen will, der muß sein „Wahlrecht“ ausüben! Und die Kettenmeister und Kleingewerbetreibenden? O heiliger Vorkaufsbankdirektor! Das heutige Kommunalwahlrecht hat auch hier wieder den Finger gezeigt und korumpierend gewirkt. Eine weitere Blüte des „Wahlrechts“ ist, daß die Wähler der dritten Klasse, die in 16 Bezirken zu wählen hatten, jeder einem Stadtverordneten seine Stimme geben durfte und erst in sechs Jahren wieder zur Wahl aufgerufen wird. Anders die der zweiten Klasse; hier durfte in den vier Bezirken jeder Wähler für vier Stadtverordnete stimmen, während gar jeder der 44 „erfolgslosen“ Wähler in einem Bezirk für — 16 Stadtverordnete seine Stimme in die Wagtschale werfen durfte. Die letzteren werden nun alle zwei Jahre an den Wahltag treten. Während die dritte Wählerklasse sich auf die „gefällige Wunderschuld“ der Hausbesitzer (8) beschränkte, wählte die zweite Klasse zwölf dieser Mehrinteressierten. Daß bei den „Erstklassigen“ der Mensch erst beim „Hausbesitzer“ anfängt und ein anderes Individuum daher zur Vertretung dieser „Stadteliten“ nicht berufen werden kann, ist selbstverständlich. Es werden daher unter den 43 Stadtverordneten 38 Herren vom Reiz und Bildung wirken, die dann noch im Magistrat durch einige „Vertrauensleute“ Unterstützung finden werden. Neben den verschiedenen Unternehmergruppen haben selbstverständlich noch die Terraingesellschaften, auch die Verkehrs-gesellschaften (Große Berliner) ihre Vertretung und nicht zu vergessen ist, daß auch die — Lehrer- und Militäranwärter in je einem Mandat den Lohn für treue Wählerhilfe einheimen dürften. Nun die 15 Sozialdemokraten (bisher 7) werden das Vertrauen der Mehrheit der Wähler zu rechtfertigen sich bemühen und den Waden für weitere Abrechnung gewissenhaft vorbereiten.

### Rigdorf.

#### Todessturz vom Wagen.

Verhängnisvolle Folgen hatte gestern für den 41 Jahre alten Kutscher Wilhelm Wenzel aus der Steinmühlstr. 103 ein Unfall. Er war mit einem Kohlenwagen durch die Hermannstraße gefahren. Nicht weit vom Hermannplatz entfernt wurde er plötzlich von einem Schwindelfall heimgesucht und er stürzte kopfüber auf die Straße hinab. Unglückslicherweise schlug er mit dem Kopfe auf das Pflaster auf, so daß er sich einen schweren Schädelbruch zuzog, an dessen Folgen er kurz darauf starb. Die Leiche ist polizeilich beschlagnahmt worden.

### Friedrichsfelde.

#### Wie der Gemeindevorstand den Grundbesitz:

„Gleiches Recht für alle“ befohlen, wurde in der letzten Gemeindevorstandssitzung wieder einmal klar illustriert. Der in letzter Zeit in so erfreulichem Wachstum begriffene Arbeiterturnverein hatte an den Gemeindevorstand den Antrag gestellt, ihm die Turnhalle zur Benutzung überlassen zu wollen. Vorgesagter Verein glaubte, daß das, was dem an Mitgliederzahl weit schwächeren bürgerlichen Turnverein gestattet sei, ihm nicht vorenthalten werden könne. Doch da hatte man sich getäuscht. Es wurde dem Verein vom Gemeindevorstand und Schulvorstände geantwortet, daß dem Antrage nicht stattgegeben werden könne, da die Turnhalle jeden Abend besetzt sei. Diese eigenartige Begründung veranlaßte den Arbeiterturnverein, sich einmal davon zu überzeugen, ob die Turnhalle jeden Abend in Anspruch genommen wird. Nach mehrwöchentlichen Beobachtungen stellte er fest, daß an zwei Abenden in der Woche der bürgerliche Turnverein mit 11—12 Turnern in der Halle sitzt. Hierauf interpellierte Genosse Vinseler den Gemeindevorstand, warum dem Arbeiterturnverein die Benutzung der Turnhalle untersagt sei. Er erhielt eine recht begehrende Antwort. Der Gemeindevorstand erklärte, eine solche Interpellation vorausgesetzt und vorkünftigerweise den Schulrektor um Auskunft ersucht zu haben, inwiefern die Turnhalle noch frei sei. Hiernach wäre der Montag und Donnerstag für die Lehrer zu Übungszwecken reserviert, während der Dienstag, Mittwoch und Sonnabend vom Turnverein „Eiche“ besetzt sei. Frei sei nur der Freitag, dieser müsse jedoch zu „Aktionen“ und „Reinigungs-zwecken“ frei bleiben. Als Genosse Vinseler an der Hand der Enquete die Benutzung der Turnhalle darlegte, gab es lange Gesichter. Die Dringlichkeit der Interpellation wurde gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt, nachdem der Gemeindevorstand vorher erklärte, er sei gegen die Dringlichkeit. — Ansehender ist nicht aufgehoben. — Eine lange Debatte rief die Genehmigung der Kanalisation des Regerischen Terrains hervor. Dieser Terraingesellschaft war im Sommer fröhlich die Genehmigung erteilt, ihr Gelände selbst nach einem zu genehmigenden Projekt zu kanalisieren. Getrennt von der Schmutz-

wasserkanalisation sollte die Regenentwässerung ebenfalls unterirdisch erfolgen. Die Kanalisationskommission hatte sich in mehreren Sitzungen mit dieser Angelegenheit zu befassen. Die Terraingesellschaft kam fortgesetzt mit neuen Anträgen, so unter anderem, daß die Gemeinde ihr die Anlage der unterirdischen Regenentwässerung erlassen sollte, weil — dieselbe nicht durchführbar sei. Als Entschädigung wollte die Gesellschaft an die Gemeinde großmütig 10 000 M. zahlen. Der Gemeindevorstand wurde beauftragt festzustellen, ob die unterirdische Regenentwässerung der Vorort nicht durchführbar sei. Dieser kam jedoch über gebundene Erklärungen nicht hinaus. Später erbot sich die Gesellschaft 40 000 M. zu zahlen, falls ihr Gelände nicht zur Kanalisation angeschlossen, sondern zur Pumpstation Friedrichsfelde entwässert würde. Der Anschlußkanal sollte auf Gemeindefosten geführt werden. Selbstverständlich sollte die Gemeinde auch auf die unterirdische Regenentwässerung verzichten. Der Gemeindevorstand wurde nun vorgeschlagen, ihre Zustimmung zu erteilen. Das Projekt sollte in der Sitzung vorgelegt werden. Nichts geschah, und auf Anzapfung durch Genossen Vinseler erklärte der Gemeindevorstand, das Arbeitsprojekt müsse von der Gesellschaft erst aufgestellt werden. Vinseler führte nun aus, daß es unmöglich sei, die Zustimmung zu erteilen, so lange nicht ein Projekt vorliegt und so lange nicht die eventuellen Kosten des Anschlußkanals feststünden. Redner warnte davor, in den früheren Fehler zu verfallen. Die Angelegenheit wurde gegen den Widerspruch des Gemeindevorstehers an die Kommission zurückverwiesen. — Ein eigentümliches Licht auf das Heberstundenwesen im Gemeindebureau warf der Antrag um Nachbewilligung von 700 M. Hiernach sind bei der Aufstellung der Steuerlisten immerhalb sechs Wochen von einzelnen Beamten 127 M., also beinahe ein Monatsgehalt, für Heberstunden liquidiert worden. Von unseren Genossen wie auch von bürgerlichen Vertretern wurde das Heberstundenwesen in diesem Umfange scharf kritisiert. Die Summe wurde bewilligt. Die Viehzentrale hatte als Nachtrag zur Polizeiverordnung folgenden Antrag gestellt: „Der Zucht- und Magerviehbestand der Zentrale für Viehverwertung in Berlin ist der Handel mit Vieh auch außerhalb der festgesetzten Markt- und Marktzeiten gestattet, jedoch lediglich in dem ihr auf dem Magerviehhofe zum ausschließlichen Gebrauch zur Verfügung stehenden kleinen Stalle.“ Da in der Verwertung dieses Antrages eine außerordentliche Begünstigung der Viehzentrale gegenüber den anderen Viehhändlern erblickt wurde, erfolgte einstimmige Ablehnung.

### Weißensee.

Aus der Gemeindevorstandssitzung. Dem beabsichtigten Schöpfen Dr. Klamroth wurde vom Minister des Innern gestattet, den Titel Bezugsordner zu führen. Es erfolgte die Festsetzung der Jahresrechnung für 1905; nach dem Antrage der Finanzkommission wurden die Heberstunden des Voranschlags für das Rechnungsjahr 1905 nachträglich genehmigt. Die Jahresrechnung für 1905 wurde festgesetzt in Einnahme mit 3 536 869,90 Mark, in Ausgabe mit 2 488 933,68 Mark. Die Errichtung einer Sparkasse ist vom Oberpräsidenten genehmigt worden. Es erfolgte die noch-malige Durchberatung des Ortsstatuts. Danach werden Einlagen von 1—5000 M. entgegengenommen. Auch werden Sparmarken ausgegeben. Spargelder können durch Voten aus den Wohnungen abgeholt werden. Der Zinsfuß beträgt 3 Proz., der Vorstand ist ermächtigt, denselben bis auf 5 Proz. zu erhöhen. Die Ernennung des Zinsfußes darf nur mit Genehmigung des Oberpräsidenten geschehen. Durch die Post können Gelder eingezahlt sowie abgehoben werden. Die Eröffnung der Sparkasse erfolgt am 1. April 1908. In den Vorstand wurde unter anderem der Genosse Juhmann delegiert. — Ein Hauswirt schuldet der Gemeinde 600 M. an Umsatzsteuer. Trotz der Gestattung von Zeitabzahlungen wurden diese seit längerer Zeit eingestelt, so daß zur Pfändung gezwungen werden mußte, die fruchtlos ansah. Die Beschlagnahme von Mieten wurde seitens der Ehefrau des „Wesgers“ beantragt, da nach einem Verträge ihr der Nießbrauch des Grundstücks zusteht; die Gemeinde hat nun eine Klage angehängt. Derselben wurde seitens der Vertretung beigegeben, da man allseitig der Annahme war, daß hier nur eine „Schließung“ vorliegt. — Der Geselligkeitsverein hatte eine Beihilfe zur Veranstaltung einer Ausstellung beantragt; da hierzu Mittel nicht zur Verfügung stehen, wurde der Antrag abgelehnt. Einige Mitglieder dieses Vereins besaßen sich auf der Ruhovertribüne und erwarteten das Schicksal ihres Antrages. Als diese merkten, daß wenig Aussicht auf Erfolg vorliege, verließen sie demonstrativ die Tribüne. Hierbei ist zu bemerken, daß es sehr oft vorkommt, daß Interessenten solcher Anträge nur so lange ausharren, bis die Anträge erledigt sind. — In der geheimen Sitzung wurde beschloffen, den juristischen Hilfsarbeiter Dr. Ullrich wiederum auf ein Vierteljahr weiter zu beschäftigen. — Dem Verfasser der nunmehr erschienenen Chronik Herrn Friediger wird aus Petershagen wurden außer seinen baren Auslagen 300 M. zu gemeinnützigen Zwecken bewilligt, ebenso dem Ortsbeauftragten Hensbach für seine Mitwirkung 300 M. — Für das Gutachten der Rentabilität des Elektrizitätswerkes sowie das Sachverständigenurteil mußten 1800 M. gezahlt werden.

### Reinickendorf.

In der letzten Gemeindevorstandssitzung gab der Vorsitzende zunächst Kenntnis von der letzten Kassensession. Hierzu bemerkte der Bezugsordner Reichhelm, daß die Wertwachstumssteuer bis jetzt circa 50 000 M. eingebracht habe. Es stehen aber noch mehrere größere Posten aus, so daß der Etatanschlag von 80 000 M. bis Schluß des Etatsjahres sicher erreicht, wenn nicht überstiegen werden wird. Gemeindevorstander Nikolaus und Genosse Schiller monierten sodann, daß das Einziehen der Steuern seit letzter Zeit besonders zeitig erfolgt sei, was der Bürgermeister Wilke dadurch erklärte, daß einige Beamte zu sehr überlastet seien. Vom 1. April nächsten Jahres würde Abhilfe geschaffen. Des weiteren teilte der Bürgermeister mit, daß zum 1. April nächsten Jahres zwei Lehrerinnen und ein Lehrer und am 1. Oktober ein Lehrer und eine Lehrerin notwendig werden und daß ferner genügend Mittel im nächsten Etatsjahr zur Verfügung gestellt werden müssen, um bei nicht vorhergesehenen umfangreicheren Einschulungen Hilfskräfte einstellen zu können. Die Gemeindevorstandssitzung genehmigte die Vorlage. Eine längere Debatte entspann sich beim Punkt „Festsetzung der Grundzüge für die Bewilligung von Schulgeldfreibei für Schüler des Realgymnasiums“. Das Kuratorium beantragte, daß wenn drei Kinder einer Familie die Schule zugleich besuchen, prinzipiell das dritte Kind vom Schulgeld befreit sein soll und von den Gemeindefürhern 5 Proz. durchschnittlich diese Vergünstigung gemessen sollen. Unsere Genossen Ohl und Schilling bekämpften wiederholt diesen kleinen Prozentfuß freistellen für begabte Volksschüler, doch umsonst. Entschieden wurde es dem Kuratorium freigestellt, nach Bedarf Befreiung vom Schulgeld einzutreten zu lassen. Zur Weihnachtsfeier für die Ortsarmee wurden 200 M. bewilligt; ebenso nach kurzer Debatte die Einweisung eines zweiten Polizeiwachmeisters. Abhandelt wurde der von unseren Genossen bereits vor einem Jahre gestellte Antrag, die Zahl der Gemeindevorordneten auf 24 zu erhöhen, verhandelt. Hierzu beantragte der Gemeindevorstand, die Zahl der Gemeindevorordneten von 15 auf 18 zu erhöhen und die Zahl der Schöffen von 5 auf 8. Bürgermeister Wilke, Schöffe Rühmann und der Gemeindevorordnete Wäcker meinten, daß bei einer Vermehrung der Gemeindevorordneten auf 24 sehr leicht Beschlüsse gefaßt werden, die für die Gemeinde verhängnisvoll werden könnten; eine Vermehrung der Gemeindevorordneten soll nur analog dem Wachstum der Gemeinde stattfinden, die Erhöhung der Vertreter auf 24 müßte einer späteren Zeit vorbehalten bleiben, etwa bis der Ort stadtreif sei. Von unseren Genossen Ohl und Schilling wurde der Antrag und seine Begründung aufs lebhafteste bekämpft mit dem Hinweis, daß sich die Zahl der Beamten sowie die zu erledigenden Verwaltungsangelegenheiten beständig vermehren und der Antrag des Gemeindevorstandes nur Hülfsweise sei. Trotzdem wurde der Antrag des Gemeindevorstandes angenommen. Eine längere heftige Debatte zeitigte die Genehmigung des mit der königlichen Eisenbahndirektion zu Berlin wegen des Betriebes der Industriebahn abzuschließenden



# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Das **Verbandsbureau** ist am Dienstag, den 21. Dezember (Heiligabend) und am 31. Dezember (Silvester) nur bis 2 Uhr mittags geöffnet.

Das Bureau ist geschlossen

am Dienstag, den 24. Dezember, nachmittags,

- Mittwoch, 25. den ganzen Tag,
- Donnerstag, 26. den ganzen Tag,
- Freitag, 27. den ganzen Tag,
- Dienstag, 31. nachmittags,
- Mittwoch, 1. Januar, den ganzen Tag!

Für diejenigen Arbeitstagen, welche am Freitag, den 27. Dezember, Arbeitstagenunterstützung zu bekommen haben, wird die Unterstützung am Freitag, den 27. Dezember, vormittags von 9-12 Uhr, im Zimmer 11, ausbezahlt.

Die **Arbeitsnachweise** sind am 25., 26. und 27. Dezember und am 1. Januar geschlossen.

## Lebende Karpfen

Pld. 85-95 Pl.

## Schellfische

in allen Größen Pld. 20-40 Pl.

## fl. Eiskarpfen

Pld. 55-60 Pl.

## Kabliau

Pld. 22 Pl. im Ansehn. 25 Pl.



Deutsche Nord-Ostsee-Fischhallen  
John Skaroczy

Spezial-Großhandlung und Versand für Nordsee-, Ostsee- u. Süßwasser-Fische  
Lachs, Hummer, Krabbe, Kaviar, Austern, Muscheln etc.  
Alle Arten frisch u. mariniert. Fabrik- u. Topfische Zubeh.

Schönehauser Allee 144  
Bebelstraße 61

## Seelachs

Pld. 15 Pl. im Ansehn. Pld. 22 Pl.

## fl. Flußzander

Pld. 65-75 Pl.

## Bratschollen

Pld. 30 Pl. 3 Pld. 80 Pl.

## Alle anderen Fluß- u. Seefische ebenfalls billig!

## C. Stark, Neue Königstr. 73.

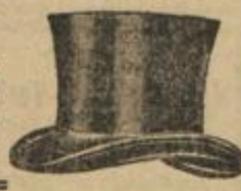
Landsbergerstr. 64.

Seidenhüte × Mechanikhüte

Filzhüte × Mützen × Schirme

in allen Preislagen vorrätig.

Vorzeiger dieses Inserats erhält 5 Prozent Rabatt.



# Das schönste Weihnachtsgeschenk vollständig umsonst



eine Sprechmaschine neuester Konstruktion bis zur elegantesten Ausführung, wenn Sie sich verpflichten, eine kleine Anzahl 2 1/2 Zentimeter großer doppelseitiger Platten prima Fabrikat à M. 3.- per Stück von mir zu beziehen.

Abnahme 14tägig eine Platte. Auch liefern Sprechmaschinen, selbstspielende Musikwerke und Zithern auf Teilzahlung.

Wochenrate nur 1 Mark. Gegen Kasse billigste Preise.

**J. Kurzberg,**  
Rosenthalerstraße 40/41, I.  
(Hackescher Markt) und  
An der Jannowitzbrücke 1, I.  
Nur 1 Treppe, kein Laden.

## Bruch-Pollmann

empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradhalter, Spritzen, Suspensionen sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt. Liefer. f. Ort- u. Hüft-Krankenbetten.  
Berlin C., 58011

## 30. Finien-Straße 30.

Alle Bruchbänder mit elastischen Pöleten, angenehm u. weich am Körper.

## H. Pfau

C., Klosterstraße 30 (Z. I. 6347).  
Weich  
Bequem  
Bruchbänder und Bandagen, Geradhalter, Leibbinden, orthopädische Apparate, künstl. Glieder, Korsetts u. alle Artikel zur Krankenpflege. Für Damen mit Wunsch weibliche Bedienung.  
Lieferant für alle Krankenbetten.

## Hygienische

Bedarfsartikel, Gummiwaren, 10000 Anerk. V. Prof. u. Aerzt. empl., bill. Apoth. S. Schwelzlers Fab. hyg. Präp., Berlin O., Holzmarktstr. 60-70. Off. verlang.

## Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

# Kleine Anzeigen

**ANZEIGEN**  
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

## Verkäufe.

**Totalverkauf** meines Engros- und Filialenlagers: Ca. 20000 St. Kleidungsstücke 10 bis 20 Prozent Rabatt. E. Weigenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125.

**Teppiche** mit Handwebstuhl zum neulieblichen Ausverkauf jetzt mit 10 Prozent Extrarabatt. Große Frankfurterstraße 125. 29863\*

**Totalverkauf** meines Engros- und Filialenlagers: Tuch- und Wollwaren, Seiden- und Wollstoffe in allen Preislagen durchweg mit 10 Prozent Extrarabatt. Große Frankfurterstraße 125. 29874\*

**Teppiche**, Rohmaterialien, Tisch- 2,25, 3,55, 4,85, 5,50, 6,50, 8,50 ufm. E. Weigenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 29888\*

**Fäuferecke**, 4 bis 6 Meter lang, jetzt spottbillig. Große Frankfurterstraße 125. 29928\*

**Reste** für Solobedüge ausreichend, Wolle und Woll, mit 10 Prozent Rabatt. E. Weigenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 29918\*

**Teppiche!** (Jederdalle) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Odeker Markt 4, Bahnhofsstr. 281/1\* 29928\*

**Teppiche** mit Handwebstuhl, Niederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre kein Laden, Bauerhoff. 41

**Gardinenhaus** Große Frankfurterstraße 9, parterre, kein Laden, Bauerhoff. 17

**Teppiche** billigst, Großes Frankfurterstraße 9, parterre. 41

**Wasserkronen**, Petroleumkronen ohne Anzapfung, Höhe 1,00, Louis Böttcher (selbst): Bogdamerstraße 32 (Bahnenverbindung Warschauerstraße), Reichendorferstraße 116, Schönhauser Allee 80, Potsdamerstraße 81, Rigold, Kaiser Friedrichstraße 247.

**Federbetten**, Stand 11,00, große 16,00, Wägel, Decken (spottbillig) Wandlbeihaus, Rüttenplan 7. 275

**Winterpaletots**, Anzüge, Bekleidungen spottbillig Wandlbeihaus, Rüttenplan 7. 288\*

**Damenubren**, Herrenubren, Ringe, Ketten, Goldschmuck, Silberwaren (spottbillig) Wandlbeihaus, Rüttenplan 7. 296\*

**Wandlbeihaus!** Rigold, Bergstraße 14, Lindendamm. Spottbilligster Bekleidungsverkauf, Winterpaletots, Herrengarderobe, Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Uhrenverkauf, Spielzeugverkauf, Kettensverkauf, Schmuckverkauf, Spottpreise.

**Kinderwagen**, Bettstellen, billigste Spiegelgeschl. Teilzahlung. Kottbuserdamm 12a. 18955\*

**Herrenhüte**, einzeln Verkauf zu außerordentlich billigen Engrospreisen nur bei A. Schneidemilch, Holzmarktstraße 34a I. 21078\*

**Wenzelhauer** Gitarrenzither 8,00, Gitarre, Brunnstraße 84. 755\*

**Kanarienhähne**, Eiferstamm, gute Geduld billig. Kohnke, Odekerstraße 32. 76\*

**Wollwaren**, Wollwaren, 28 I. Ede Rüttenplan: verlässliche Pfänder, Brillanten, Goldschmuck, Uhren, Ketten spottbillig jederzeit Gelegenheit. 128056\*

**Wollwaren**, Wollwaren, 28 I. Ede Rüttenplan: verlässliche Pfänder, Brillanten, Goldschmuck, Uhren, Ketten spottbillig jederzeit Gelegenheit. 128056\*

**Wollwaren**, Wollwaren, 28 I. Ede Rüttenplan: verlässliche Pfänder, Brillanten, Goldschmuck, Uhren, Ketten spottbillig jederzeit Gelegenheit. 128056\*

**Wollwaren**, Wollwaren, 28 I. Ede Rüttenplan: verlässliche Pfänder, Brillanten, Goldschmuck, Uhren, Ketten spottbillig jederzeit Gelegenheit. 128056\*

**Wollwaren**, Wollwaren, 28 I. Ede Rüttenplan: verlässliche Pfänder, Brillanten, Goldschmuck, Uhren, Ketten spottbillig jederzeit Gelegenheit. 128056\*

**Wollwaren**, Wollwaren, 28 I. Ede Rüttenplan: verlässliche Pfänder, Brillanten, Goldschmuck, Uhren, Ketten spottbillig jederzeit Gelegenheit. 128056\*

**Wollwaren**, Wollwaren, 28 I. Ede Rüttenplan: verlässliche Pfänder, Brillanten, Goldschmuck, Uhren, Ketten spottbillig jederzeit Gelegenheit. 128056\*

**Wollwaren**, Wollwaren, 28 I. Ede Rüttenplan: verlässliche Pfänder, Brillanten, Goldschmuck, Uhren, Ketten spottbillig jederzeit Gelegenheit. 128056\*

**Wollwaren**, Wollwaren, 28 I. Ede Rüttenplan: verlässliche Pfänder, Brillanten, Goldschmuck, Uhren, Ketten spottbillig jederzeit Gelegenheit. 128056\*

**Hochvornehme** Herrenanzüge, Herrenpaletots, feinsten Wollstoffen bestehend, 18-38,00. Täglich, Sonntagverkauf. Deutsches Verbandshaus, Jägerstraße 63, I. 27798\*

**Herren-Garderobe** nach Maß, laudere Arbeit, großes Stofflager, Paletot, Anzug 20 Mark an. Kauf beim Handwerker, liefert den Handwerker verdienen. Teilzahlung gestattet. R. Dörge, Dresdenerstraße 109.

**Abgepolte** Stühle, Englischer Stil 1,85, Erdbein gestickt 4,25, echt Spachtelstil 8,25. Spezialhaus Emil Lejore, Oranienstraße 158. 78\*

**Wollwaren**, Wollwaren, 28 I. Ede Rüttenplan: verlässliche Pfänder, Brillanten, Goldschmuck, Uhren, Ketten spottbillig jederzeit Gelegenheit. 128056\*

**Wollwaren**, Wollwaren, 28 I. Ede Rüttenplan: verlässliche Pfänder, Brillanten, Goldschmuck, Uhren, Ketten spottbillig jederzeit Gelegenheit. 128056\*

**Wollwaren**, Wollwaren, 28 I. Ede Rüttenplan: verlässliche Pfänder, Brillanten, Goldschmuck, Uhren, Ketten spottbillig jederzeit Gelegenheit. 128056\*

**Wollwaren**, Wollwaren, 28 I. Ede Rüttenplan: verlässliche Pfänder, Brillanten, Goldschmuck, Uhren, Ketten spottbillig jederzeit Gelegenheit. 128056\*

**Wollwaren**, Wollwaren, 28 I. Ede Rüttenplan: verlässliche Pfänder, Brillanten, Goldschmuck, Uhren, Ketten spottbillig jederzeit Gelegenheit. 128056\*

**Wollwaren**, Wollwaren, 28 I. Ede Rüttenplan: verlässliche Pfänder, Brillanten, Goldschmuck, Uhren, Ketten spottbillig jederzeit Gelegenheit. 128056\*

**Wollwaren**, Wollwaren, 28 I. Ede Rüttenplan: verlässliche Pfänder, Brillanten, Goldschmuck, Uhren, Ketten spottbillig jederzeit Gelegenheit. 128056\*

**Wollwaren**, Wollwaren, 28 I. Ede Rüttenplan: verlässliche Pfänder, Brillanten, Goldschmuck, Uhren, Ketten spottbillig jederzeit Gelegenheit. 128056\*

**Wollwaren**, Wollwaren, 28 I. Ede Rüttenplan: verlässliche Pfänder, Brillanten, Goldschmuck, Uhren, Ketten spottbillig jederzeit Gelegenheit. 128056\*

**Wollwaren**, Wollwaren, 28 I. Ede Rüttenplan: verlässliche Pfänder, Brillanten, Goldschmuck, Uhren, Ketten spottbillig jederzeit Gelegenheit. 128056\*

**Wollwaren**, Wollwaren, 28 I. Ede Rüttenplan: verlässliche Pfänder, Brillanten, Goldschmuck, Uhren, Ketten spottbillig jederzeit Gelegenheit. 128056\*

**Herrmann** Schlegler, Lurstraße 58, hat die besten Arbeitsanzüge. 25742\*

**Wollen** Sie einzelnes Möbelstück oder ganze Wohnungs-Einrichtung per Kasse kaufen, so müssen Sie nach Lohringstraße 26 hingehen. Möbel 30 Prozent billiger als im Laden! Verkauf nur Hof im Speicher und fünf Stagen! Größte Auswahl! Wohnungs-Einrichtung von 200 Mark an! Bessere Möbel noch billiger! Speisezimmer, eigen, komplett, 700 Mark! Salons, Herrenzimmer, Schlafzimmer, Klubstube, Ledersofa, Lederhühle. Viele Möbelhändler kommen über meine billigen Preise! Trotz der Billigkeit nur reelle, gute Möbel. Aufbewahrung und Transport frei! Jeder Rest, ob arm und reich, wird beim Möbelkauf zu Hilfe gestellt, wenn es irgend möglich ist. Verkauf nur Hof im Speicher, Lohringstraße 26, Schönhauser Tor.

**Pianos**, fast neu, billig, verkauft Pianofabrik Langestraße 109. 21055

**Winterpaletots**, Sommerpaletots, Anzüge, fast neu, Kackelocher, Normalfigur 1,70. Marienstraße 25, Altona. 764

**Winterpaletots**, Anzüge aus feinsten Wollstoffen, Best 60-80, jetzt 25-40 Mark. Blum u. Co., Friedrichstraße 212 I. Kein Laden! 21215

**Anzüge**, Paletots, jurdischebediene Maßfächer spottbillig. Blum u. Co., Friedrichstraße 212 I. Kein Laden! 21215

**Fünfstig** wöchentlich, Möbel, Garderoben, Uhren, Kinderwagen, Wägel, Betten, Steppdecken, Gardinen, Teppiche, Portieren, Pelzwaren, Glemmöbel, Kronleuchter, Phonographen, Trauringe, Granat, Lederhühle, 8, nahe Pappelallee. 471

**Halbrunner**, 30,00, tafellos, selten gebotene Gelegenheit, verkauft umfänglich bei Horn, Koppenstraße 33.

**Geschäft** des Kolal frankfurterhaller zu verkaufen. Feind, Hochmeisterstraße 7. 21155

**Wer** eine Wohnungseinrichtung, auch herrschaftliche Möbel, nicht gleich bezahlen will, aber in keinem Kredit- oder Wählungsgeschäft kaufen will, der gehe nach Lohringstraße 26 hin, Hof im Speicher. Gegen entsprechende Anzahlung gebe Möbel auf Zahlungsbekanntmachung! Einzahlung 200 Mark an! Speisezimmer, Salons, Schlafzimmer, Herrenzimmer, Klubstube in großer Auswahl! Strengste Diskretion! Beschäftigung in fünf Stagen! Aufbewahrung und Transport frei! Geöffnet 8-8, Lohringstraße 26, Hof, Schönhauser Tor.

**Ueberzählige** Herrenpaletots, Herrenanzüge, nur hochfeinste Ausführung, ausverkauft Engrosfabrik einzeln zu Engrospreisen. Enorme Geldersparnis 2-4 gelassen, Sonntagverkauf 12-2 Neue Friedrichstraße 37, III. 29117\*

**Franklin** verkauft (Schonung) Lauchfische, Wägel, Bronzetrone, Silber, Steppdecken, Ubergardinen, Wollschmuck, Kackelocher, jeden Preis, auch Sonntag. Alexandrinerstraße 110, I. 21255

**Garzer** Kanarienhähne, Jungvögelchen billig. Wägel, Rheindorferstraße 58, I. 789

# Wegen Aufgabe der Musikwerke

bietet sich eine sehr günstige Gelegenheit, Sprechmaschinen usw. zu sehr billigen Preisen zu kaufen. Trotzdem bleibt die Abzahlung wöchentlich nur **Eine Mark**. Zu jeder Maschine vier doppelseitige 1a Platten gratis. Gegen Cassa 20 pCt. Rabatt.  
**Jul. Fabian, Große Frankfurterstraße 37 II.**



**Eine Mark**  
wöchentliche Teilzahlung liefert elegante letzte 1908  
**Herren-Garderoben**  
Anfertigung nach Maass. Zobelste Kustallmang.  
**Julius Fabian,**  
Schneidermeister,  
Gr. Frankfurterstr. 37, II  
Eingang Straußberger Weg.

Viel Geld spart, wer **Cachenez, Schoner, Taschentücher, Kopftücher.** Reiseunterstützte Engrospreise **Stralauerstr. 47, 1 Treppe,** (geöffnet 1-3 Uhr) 18065\* sowie **Schönebergerstr. 7** (Wofamentierladen) im Räumungsaussverkauf kauft.

## Steppdecken

preiswert, direkt in der Fabrik, nur **72, Walstr. 72.** wo auch alle Steppdecken aufbewahrt werden. **Bernhard Strömmandel,** Berlin S. 14, Mühlstr. Freitag gratis. Sonntags vor Weihnachten geöffnet.

**Glas- und Porzellanwaren-Geschäft** von **Jacob Gutbrodt** (früher Friedrichstr. 13) jetzt Yorkstr. 28 u. Gneissaustr. 22. Brief, Wägel, i. Weihnachtsgeheimen. Vorzeiger dies. Annonces erhalten **10 Proz. Rabatt.**

**Musikinstrumente,** Sprechmaschinen, Platten, Walzen, Noten, nur oberste Qualität zu billigen Preisen empfiehlt **E. Spargold,** Berlin, Bergstr. 50. Mundharmonika für Vereine (Gebr. Ludwig, Koch) bei Duzend-Abnahme Halbpriest. 6842\*

## Pelzwaren

nur eigenes Fabrikat. Den Rest meines Warenbestandes verkaufe wegen beendeter Saison zu äußerst billigen Preisen. **Kalman, Kürschnermeister, Schmidstraße 7a.** Bis 10 Uhr abds. geöff., auch Sonntags.

## Vermietungen.

**Wohnungen.** Prachtige Ballonwohnungen sofort zu vermieten Solbimerstr. 32. 29928\*

**Zimmer.** Möbliertes Zimmer, 1-2 Herren, herrliche Aussicht, Baumgartenweg, Trojanstraße 6 II. Bahnhofs. 18948

**Freundlich** möbliertes Zimmer zu vermieten, 20,00 mit Kasse, Wollener 23 bei Rösler. (Oranienplatz)

**Möbliertes** Zimmer, 2 Herren, 16,00 inklusive, Sebastianstraße 79, vom III links. 753

**Schlafstellen.** Möblierte Schlafstelle vermietet Frau Jacoben, Wollenerstraße 10, III. 2133

**Schlafstelle,** Herrn, Wollenerstraße 124, Hof I, Brandshagen. 753

**Freundliche** möblierte Schlafstelle für Herren oder Damen Gaudystraße 6, Gartenhaus I, Platz Timmstraße. 470

**Möblierte** Schlafstelle, freundlich, für zwei Herren, Lamm, Wasserstraße 63, Seitenflügel, III. 1468

## Arbeitsmarkt.

**Stellengesuche.** Glinder Schuhmacher bietet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. R. Wägel, Potsdamerstraße 27. 1468

**Stellenangebote.** Steinmetzen auf Bau- und Plattenarbeit verlangt u. Anorr. 21233

**Wollener** Frauen für jede Touren sofort gesucht. Wollener von 8-11 und 3-5 Uhr Schöneberg, Wollenerstraße 63, Seitenflügel parterre links.

**Im Arbeitsmarkt** durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

## Verschiedenes.

**Patentanwalt** Wessel, Büchsenstraße 9a. 2559\*

**Verst** die Mutter sprache beherrschend! Erfolgreich, leicht lachliche Unterrichts- in Wort und Schrift der deutschen Sprache erzieht Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gemüthlicher Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsprobe wöchentlich genügt. Geduldige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts“ zu richten.

**Kunstisoperett** von Frau Kofsky, Charlottenburg, Goethestraße 64, I. 2133

**Platina,** alles Gold, Silber, Gebilde, Kackelocher, Treifen, sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Rückstände kauft Goldschmelze Rappendorferstraße 29. Telephon IV. 6958. Sonntag geöffnet. 94/14\*

**Tanzunterricht** frische, neuerbaute, Rembrandtstr. 61, Wollenerstr. 38/39. 1. Januar begannen neue Sonntagstänze, Mittwochstänze, Donnerstagstänze. 428\*

**Komiker** noch frei. Schwan, Rappendorferstraße 147. 21115